

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 1983.

Dienstag, den 30. Januar 1912.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 1984.

Die preussischen Finanzen und die Steuerreform.

In einer Denkschrift, die der Einkommensteuernobelle als Anlage beigegeben ist, untersucht der Finanzminister, ein wie hoher Geldbetrag von den direkten Staatssteuern ausgebracht werden muß, um eine gesunde Finanzgebarung zu gewährleisten. Da der Staatshaushalt seit 1908 infolge der Belastung durch die erhöhten Pensions- und Hinterbliebenenbezüge, durch die Besoldungsaufbesserungen und durch die mit der Reichsfinanzreform verbundene Verschlechterung in den finanziellen Beziehungen zum Reich trotz der Mehreinnahmen aus den neu bewilligten Steuern noch fortgesetzt mit Fehlbeträgen, wenn auch mit sinkenden, abgeschlossen hat, so bedarf es einerseits der Prüfung, ob auf die Dauer Erträge in Höhe der bisherigen Steuerzuschläge mit zurzeit 60 Millionen Mark zur Herstellung des Gleichgewichts im Staatshaushalt genügen, oder ob nicht etwa noch eine Erhöhung des Steuerertrages notwendig erscheint. Andererseits ist zu untersuchen, ob nicht durch eine andere Regelung des Verhältnisses zwischen Eisenbahnetat und Gesamtetat eine Erhöhung des für die allgemeinen Staatsausgaben verfügbaren Teiles der Eisenbahnüberschüsse herbeigeführt und damit der Bedarf an Steuern entsprechend herabgemindert werden kann.

Zu diesem Zweck gibt die Denkschrift zunächst einen Überblick über die Entwicklung der Finanzen seit 1908 und ihre inneren Ursachen; sie kommt zu dem Ergebnis, daß das durch die Mehrbelastung des Etats seit 1908 begründete eigentliche Defizit bis 1912 zwar noch nicht ganz beseitigt, aber doch in verhältnismäßig stetiger Entwicklung auf 19 Millionen Mark herabgemindert ist; dies sei nur durch eine ungewöhnlich hohe Beschränkung der eigentlichen Staatsverwaltungsausgaben möglich gewesen. Unter Zurückstellung von solchen Ausgaben, die sich zur Not noch ein oder mehrere Jahre verschieben lassen (gemeint sind damit Ausgaben für Kulturzwecke oder auf sozialpolitischem Gebiet), werde es gelingen, im Etat für 1913 auch den letzten Rest des Defizits zu beseitigen. Wenn auch manche dieser Aufgaben vorübergehend unerfüllt bleiben könnten, so müsse schließlich doch auch für sie im Etat Raum geschaffen werden, wenn die Kulturaufgaben des Staates nicht leiden sollen. Die vorhandenen Einnahmequellen des Staates würden zwar allenfalls genügen, um zunächst den Fehlbetrag zu beseitigen und sodann den steigenden Ausgabebedarf dauernd zu befriedigen, jede Schmälerung derselben aber müßte für eine dauernde Gefährdung der Finanzen verhängnisvoll werden. Deshalb könne auf die Erträge der bisherigen Steuerzuschläge nicht verzichtet werden. Andererseits aber brauche auch eine Bewilligung von weiteren Steuern nicht in Aussicht genommen zu werden, vorausgesetzt, daß zunächst noch die erforderliche Beschränkung in den Ausgaben geübt werde. Durch eine stärkere Inanspruchnahme der Reimüberschüsse der Eisenbahnverwaltung für allgemeine Staatszwecke könnten nicht dauernd genügende Mittel erübrigt werden, um die aus den Steuerzuschlägen bisher erlösten Einnahmen für die Zukunft ganz oder teilweise entbehrenlich zu machen.

So weit der wesentlichste Inhalt der Denkschrift, die — das muß offen anerkannt werden — an Klarheit nichts zu wünschen übrig läßt und auf den ersten Blick recht bestechend erscheint. Es ist ja eine bekannte Praxis aller Finanzminister, wenn sie Geld gebrauchen, schwarz in schwarz zu malen. Davon macht auch Herr Venke keine Ausnahme. Es fragt sich nur, ob seine Ausführungen vor der Kritik bestehen können.

Zunächst ist es nicht richtig, daß wichtige Kulturaufgaben deshalb unterbleiben müssen, weil es an Geld dafür fehlt; das Geld ist auch heute vorhanden, aber sie unterbleiben einfach deshalb, weil das Dreiklassenparlament kein Verständnis dafür hat und das Geld lieber für andere Zwecke verwendet. Bei einem Etat, der mit 4301 Millionen balanciert, spielen 66 Millionen doch wahrlich keine ausschlaggebende Rolle, es wäre ein leichtes, Absätze in dieser Höhe vorzunehmen, ohne daß der Staat dadurch gefährdet wird. Die Ausgaben für die Kirche könnten ruhig verschwinden, ebenso die für die Polizei, soweit es sich nicht um die Sicherheitspolizei handelt, die hohen Repräsentationskosten könnten erheblich vermindert werden. Wozu brauchen wir, um nur einige wenige Beispiele zu nennen, an allen möglichen Öfen, sogar beim päpstlichen Stuhl, Gesandte, die nicht nur ein hohes Gehalt kosten, sondern noch weit höhere sachliche Unkosten erfordern? Wozu brauchen wir die Millionen zum Kampf gegen die Polen, wozu die 1/2 Millionen zur Bekämpfung der sozialdemokratischen Jugendbewegung, wozu die versteckten Liebesgaben an die Agrarier? All das ließe sich vermeiden, das Defizit wäre dann mit einem Schlage beseitigt, ja es würden sogar noch beträchtliche Mittel flüssig, um wirkliche Kulturaufgaben zu erfüllen.

Für eine allzu starke Verwendbarkeit von Ueberschüssen der Staatseisenbahnen zur Befriedigung des Bedarfs für allgemeine Staatsausgaben können auch wir uns nicht begeistern. Was wir aber verlangen müssen, ist die Verwendung dieser Ueberschüsse zu Verkehrsverbesserungen und zu Tarifreformen in ganz anderem Maße, als es heute der Fall ist.

An eine Erfüllung unserer Wünsche ist nun freilich bei der Zusammenfügung des Junker- und Pfaffenparlamentes nicht zu denken. Wir haben uns mit den gegebenen Tatsachen abzufinden, und da sind wir mit der Regierung der Meinung, daß die rohe Form der Steuerzuschläge durch eine organische Reform der Einkommen- und Ergänzungsteuer ersetzt werden muß. Es fragt sich nur, wie die Reform aussieht.

Zunächst ist zuzugeben, daß durch den Vorschlag der Regierung für einige Steuerstufen eine Ermäßigung eintritt. Einkommen von mehr als 1200 bis 1500 M. werden jetzt mit 5 Proz. Zuschlag versteuert; dieser Zuschlag soll in Fortfall kommen und der frühere Satz von 12—16 M. in Kraft treten. Auch dagegen, daß die Progression von 4 auf 5 Proz. erweitert werden soll, läßt sich nichts einwenden. Es ist das immerhin ein Fortschritt, wenn auch ein recht bescheidener. Nicht scharf genug aber kann es getadelt werden, daß die Regierung von einer Heraushebung des steuerfreien Existenzminimums nichts wissen will. In ihrer Denkschrift klagt sie über das Sinken des Geldwerts, aber was für den Staat gilt, gilt doch auch für den einzelnen Staatsbürger, und Herr Venke wird doch nicht den Mut haben, zu bestreiten, daß ein Einkommen von 1200 M. heute weniger bedeutet als ein Einkommen von 900 M. im Jahre 1891. Hat man damals Einkommen unter 900 M. steuerfrei gelassen, so müßte man konsequent sein und heute, wo der Geldwert gesunken und die Lebenshaltung gestiegen ist, die Grenze weit höher ziehen.

Man wird einwenden, daß die Regierung auf diese Einnahme nicht verzichten kann. Der Einwand ist hinfällig, denn das Steuerfoll, das aus den untersten Stufen auskommt, kann doppelt und dreifach aus den höheren Stufen herausgeholt werden, wenn man endlich dazu übergeht, auch die höheren Einkommen so zu erfassen, wie es bei den Arbeitereinkommen der Fall ist. Durch den § 23, den die Regierung nicht nur nicht aufheben, sondern sogar auf alle Angestellten ausdehnen will, wird das Einkommen der Unselbständigen bis auf den letzten Pfennig besteuert; die Besitzenden dagegen haben nach wie vor die Möglichkeit, Steuern zu defraudieren, denn die angeordnete Strafe von 100 M. oder von Gefängnis bis zu einem Jahre wird auf gewissenlose Menschen umso weniger Eindruck machen, als den Regierungen die Ermächtigung erteilt ist, eine noch mildere Strafe in Anwendung zu bringen.

Eine weitere Möglichkeit, trotz Entlastung der niederen Einkommen mehr aufzubringen, bietet sich durch eine Aenderung der Ergänzungsteuer. Nach der Regierungsvorlage soll diese Steuer ja etwas erhöht werden, aber die Erhöhung ist nur minimal, der Höchstfuß, der jetzt 0,50 Prozent beträgt, soll auf 0,66 Prozent festgesetzt werden, so daß ein Besitz mit 200 000 Mark Vermögen ganze 132 Mark jährlich an Ergänzungsteuer zu zahlen hat. Weit bedeutendere Wirkungen in der Praxis als diese minimale Erhöhung, wird die beabsichtigte Einführung des Deklarationszwanges herbeiführen, dessen Annahme freilich noch lange nicht sicher ist.

Die von verschiedenen Seiten in den letzten Jahren in der Presse und im Parlament gemachten Vorschläge auf Einführung einer Vermögenszuwachs- oder Ueberschlußsteuer hat die Regierung nicht für gangbar erachtet, teils aus grundsätzlichen Bedenken, teils wegen der vermeintlich zu geringen Erträge. Es erübrigt sich, an dieser Stelle näher darauf einzugehen.

Alles in allem können wir unser Urteil dahin zusammenfassen: der Beweis für die Notwendigkeit einer Steuererhöhung ist bisher nicht geliefert. Sollte sich eine Steuerreform nicht umgehen lassen, dann darf man sich mit dem bloßen Hineinarbeiten der Zuschläge in den Tarif in dieser oder jener Art nicht begnügen, sondern dann heißt es, ganze Arbeit machen, dann gilt es, die Steuern organisch zu regeln und sozial ausgestalten, die Reichen gerecht heranzuziehen, die Armen aber zu entlasten. Vor allem muß ein Ende gemacht werden mit dem Ausnahmegesetz gegen die Mindermittelsten, wie es der § 23 darstellt, einem Ausnahmegesetz, das die Regierung sogar noch verschärfen will.

Die Kriegshetzer an der Arbeit.

Von Kroypp nach Daldorf.

Die „Post“, das Organ der Panzer- und Kanonenpatronen, die doch eigentlich in dieser Ära des waffenstarrten Friedens mit ihren kolossalen Gewinnen ganz zufrieden sein könnten, zeigte die Kriegsbegeisterung in einer Weise fort, die nachgerade die Aufmerksamkeit des Psychiaters erregen mußte. Und in der Tat, ein Psychiater hat sich denn auch bereits der „Post“ angenommen. In einem Artikel, dessen Form die Absicht der hochstehenden Verspottung selbst für einen „Postenel“ erkennen lassen würde, überzieht Redaktionsrat Dr. W. Fuchs die Kriegshetzerlichkeit der Panzerplatteninteressenten mit garabazu blutigem Hohn. Und wenn Form und Inhalt des Artikels die „Post“ delirant noch nicht über die Tendenz des Artikels aufgeklärt hätten, so hätte ihnen wenigstens der Titel des arglistig eingeschmuggelten Artikels eine Warnung sein sollen. Lautete er doch: „Psychiatrie und Politik.“ Aber ahnungslos ist die „Post“ auf diese plumpe Mystifizierung hineingefallen. Das Blatt, das ja erst vor wenigen Wochen in seiner Kriegsfarerei die tollsten Majestätsbeleidigungen ausstieß und Wilhelm II. „Guillaume le timide, le valeureux poltron“ (in vorzüglichem Deutsch: Wilhelm den Furchtsamen, den prahlenden Wortheld) nannte, hat sich das letzte Restchen

von Verstand derart vom Aukunst des ersehnten Kampfes umnebeln lassen, daß es auch die blutigste Anklage nicht merkt. So hat es denn jenen Spottartikel des genannten Redaktionsrats als heiligsten Ernst betrachtet und als Kriegsfarerei einen blühenden Blödsinn abgedruckt, aus dem wir folgende Stichproben wiedergeben wollen:

„Im heutigen Deutschland bezweifelt kein Berechnungsfähiger mehr, daß die Tripelentente sich ansieht, uns zu vernichten. Wir alle wissen: Blut fließt bestimmt; je länger wir warten, um so mehr. Aber wenigstens mögen den Rat, das Beispiel Friedrichs des Großen nachzuahmen. Und die Tat selbst wagt niemand.“

Der Hohn ist faulstid aufgetragen. Zunächst die Tripelentente. Jedes Schulkind weiß, daß Rußland auf abschbare Zeit zu absoluter Ohnmacht verurteilt ist. Jeder Versuch zu einem größeren auswärtigen Krieg würde von dem russischen Volke mit der Revolution beantwortet werden. Und England? Haben denn nicht die Flottenstrategen der „Post“ und der „Deutschen Tageszeitung“ selbst erst vor wenigen Wochen behauptet, daß Englands Seemacht nur ein lönerer Kolos sei? Haben sie nicht Englands Landmacht als einen Kinderstopp hingestellt? Und ist nicht Frankreich an Volks- und Wehrkraft Deutschland um ein volles Drittel unterlegen? Und diese Tripelentente soll die Absicht hegen, Deutschland zu vernichten? In der Tat, kaiserschwere Ohreigen konnten unsere Nordpatrioten vom Januar 1912 unseren Kriegsgehern vom Oktober 1911 nicht versehen!

Unzählige Male ist gerade von den Rechtsparteien, den Konserverativen und Freikonserverativen, das Kriegsrüsten als Garantie und Zweck des Friedens gepriesen worden. Und noch am 27. Januar wurde von der offiziellen „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“ das unablässige Rüsten als das beste Mittel zur Erhaltung des Friedens gefeiert, dessen Sicherung die vornehmste Aufgabe Wilhelm II. sei. Und was schmuggelt unser satirischer Redaktionsrat in die Spalten der „Post“:

„Die deutsche Defensive ist selbstmörderisch, der Friede bedeutet nicht nur die Schande, sondern das Ende.“

Aber noch mehr. Es sind erst wenige Tage seit der 100. Jahrestage für Friedrich den Großen verstrichen. Die ganze staats-erhaltende Presse pries den größten Hohenzollernkönig als Mehrer der preussisch-deutschen Kultur. Friedrichs Eroberungskrieg in Schlesien wurde als bittere historische Notwendigkeit bezeichnet. Sei er doch die Voraussetzung zur Schaffung der preussischen Vormacht in Deutschland gewesen, zu einem Staatsideal, das schon der Große Kurfürst in seinem Testament umrissen. Welche Friedrichs-Beleidigung aber schmuggelt unser Redaktionsrat in die Spalten der „Post“?

„Friedrich begann den ersten schlesischen Krieg aus kavalierischer Ruhmlust... Das Blut des Krieges war für jene Gefandenen lediglich Nebenprodukt...“

Eine Bosheit erster Güte. Natürlich wären die Blutströme, die bei einem von unseren Panzerplattenpatrioten und Junkern angestifteten Kriege fließen, lediglich „Nebenprodukt“. Das Hauptprodukt wären klingender Profit für die Kanonen- und Panzerplattenfabrikanten, Orden, Lorbeer und politische Macht für unsere Junker, Konserverierung des feudalen Ausbeuterregiments unserer Krant- und Schlotbarone. In der sozialdemokratischen Presse ist das oft genug gesagt worden. Daß das aber nun auch in der „Post“ steht, verdanken wir der köstlichen Verfälschung des Redaktionsrats Dr. W. Fuchs!

Aber noch ein famosel Kernsprüchlein sei aus dem Verulkungsartikel unseres witzigen Psychiaters hier wiedergegeben:

„Welche Männer ragen denn am höchsten in der Geschichte der Nation, wen umfängt der Herzschlag der Deutschen mit heißester Liebe? Etwas Goethe, Schiller, Wagner, Marx? O nein, sondern Barbarossa, dem Großen Friedrich, Blücher, Rolke, Bismarck, die hatten Blutmenschen. Sie, die Tausende von Leben hinopfert, sie sind es, welchen aus der Seele des Volkes das weinste Gefühl, eine wahrhaft anbetende Dankbarkeit entgegenströmt. Weil sie getan haben, was wir jetzt tun sollten. Weil sie so tapfer, so verantwortungsfreudig waren, wie sonst keiner. Nun muß aber die vürgerliche Moral alle jene Großen verdammun; denn der Volksgenosse hütet nichts ängstlicher als seine bürgerliche Moral; — und trotzdem huldigen seine heiligsten Schauer den Titanen der Bluttat.“

Nachdem Herrn Dr. Fuchs seine Verulkung der „Post“ so beispieldlos gelungen ist, fühlen sich vielleicht auch noch die drei Raubmörder aus der Alten Jakobstraße zur literarischen Däpierung angeregt. Ja, wir möchten hundert gegen eins wetten, daß die „Post“ auch auf eine solche Verulkung ahnungslos hereinfallen wird!

Nachdem aber das bewegene Experiment des Redaktionsrats Fuchs so glänzend geglückt ist, wäre es doch vielleicht an der Zeit, daß sich die Behörden der „Post“-Redaktion ein wenig annehmen würden. Es ist noch nicht allzulange her, daß gerade in der reaktionären Presse nach dem Polizeischuß gegen gemeingefährliche Pressen die Verulkung gerufen wurde. Der Anfang müßte entschieden bei der „Post“-Redaktion gemacht werden! Aber schleuzigt!

Die Gründung des deutschen Wehrvereins.

Eine Organisation für systematische Kriegsbegeisterung — diesen Charakter haben die Reden auf der Gründungsversammlung am Sonntag dem neuen Rüstungsverein zu Lande aufgedrückt; da ist es schließlich ganz begreiflich, daß außer berufsmäßigen Kriegern und ein paar Hurrapatrioten niemand da war, denn das deutsche Volk hat ja schon erst mit 4 1/2 Millionen Stimmen aller Kriegsbegeisterung und dem Rüstungswahnsinn ein donnerndes Halt zugerufen. Freilich, einige nationale Parolen, Herr Paasche und

Die Regierung den Wählern gegenüber noch schnell nach einer Rückbedingung für ihre Haltung. Der Landtag hatte den Wunsch, daß möglichst noch vor Beendigung der Wahlperiode eine Vorlage ausgearbeitet werde, die die direkte Wahl einführt. Da die Regierung den Ausschuss des gemeinschaftlichen Landtages in einem „Gutachten“ über die Frage hören wollte, ersuchte der Landtag die Regierung, dieses Gutachten bald einzufordern. Es sind reichlich dreiviertel Jahr darüber hingegangen. Erst jetzt gibt die Regierung dem heute, am 20. Januar, zusammensetzenden Ausschuss eine ausführliche Begründung für ihren ablehnenden Standpunkt. Diese Begründung ist die angelegte „Vorlage“.

Die Gründe sind durchsichtig genug. Die Regierung fürchtet, daß die wachsende Sozialdemokratie Vorteile bei der Einführung des direkten Wahlverfahrens habe. Sie fürchtet, daß unsere Partei, der schon einmal nur eine Stimme an der Majorität im Reichstag fehlte, dadurch die Mehrheit erlangen könnte. Zu der Vorlage führt sie deshalb aus, daß sie nur bei Annahme entsprechender Kompensationen an eine Einführung der direkten Wahl herantreten würde. Als entsprechende Kompensation gelten ihr 8. B. das Zweikammersystem, das Klassenwahlsystem, das Recht des Souveräns zur Ernennung einer bestimmten Anzahl von Abgeordneten. Auch das Mehrstimmensystem für die reichen Steuerzahler oder die Stimmenhäufung von einem bestimmten Alter an, eine Berufsständige Gliederung usw. würde ihr eine entsprechende Kompensation sein. Der einzige Zweck dieser reaktionären Vorschläge ist anerkanntermaßen, ein Gegengewicht gegen die Wirkung des lediglich auf der Masse beruhenden allgemeinen gleichen Wahlrechts zu schaffen.

Die Regierung will das Wahlrecht nicht ändern, und wenn sie es doch tun muß, so will sie es nicht ohne eine oder einige der oben angeführten „Kompensationen“. Jede Verbesserung des jetzigen Zustandes soll mit einer entsprechenden Verschlechterung erkaufte werden. Nimmt nun der Ausschuss Stellung für die direkte Wahl, so trägt er auch die Verantwortung für die Kompensation, ohne die sich die Regierung auf nichts einläßt. Nimmt er aber — unter diesen Umständen das wahrscheinliche — Stellung gegen jede Änderung, so ist es der Regierung auch recht. Auf jeden Fall kann sie sich auf den Ausschuss berufen. Auf diese Weise hofft die Regierung, sich die ihr unbequeme sozialdemokratische Forderung nach Einführung der direkten Wahl vom Hals zu schaffen. Sie erreicht ihren Willen und hat jemanden, der ihr die Verantwortung in der Öffentlichkeit mittragen hilft.

Der Ausschuss, in dem auch unser Genosse Bod sitzt, wird ihr hoffentlich einen Strich durch die schöne Rechnung machen und eine Vorlage für Einführung direkter Wahl fordern, ohne sich auf „Kompensationen“ einzulassen.

Ein Geständnis und ein Versprechen.

In einem Artikel über die Zusammenlegung des neuen Reichstages schreibt die „Aöln. Ztg.“ unter anderem:

„Die Nationalliberalen zogen zwar im ausgesprochenen Bündnis mit der Volkspartei in den Kampf, enthielten sich aber, von Baden und Bayern abgesehen, jeder parteiamtlichen Unterstützung der Sozialdemokratie. Ihre Haltung wird sich demnach als ein Beweis dafür erweisen, daß sie damit das Ziel, den Blod der Reaktion zu zertrümmern, gefährdete, aber sie hat auf die Gefahr hin, daß dieses Ziel verfehlt wurde, an ihrem traditionellen Charakter als Mittelpartei festgehalten. Indes läßt ihr Bündnis mit der Fortschrittspartei keinen Zweifel darüber zu, daß die Nationalliberalen Partei im neuen Reichstag, an der Seite der radikalen Linken reaktionäre Gesäfte abzuwehren wird. Das ist die eine Abwehrmehreheit, die sich aus der Konjunktur der Dinge von selbst ergibt. Von der Möglichkeit einer anderen „Abwehrmehreheit“, dem Bündnis zwischen Zentrum und Sozialdemokratie hat Herr Erzberger gesprochen. Leider hat er verdammt, sich darüber zu äußern, was sie eigentlich abzuwehren soll. Um Rückschlüsse auf sozialpolitischem Gebiet oder Kulturkampfgeleiten entgegenzutreten, würde sie den Liberalismus auf ihrer Seite finden; nähme sie einen zentralen Antrag an, die Jesuitengeleite aufzuheben, so würde die Abwehr eines solchen dem Staat gefährdenden Begehrens Sache der Regierung sein.“

Das Geständnis, daß die Nationalliberalen aus Haß gegen die Sozialdemokratie ihr eigenes Ziel, die Zertrümmerung des schwarzblauen Blods, fast verfehlt hätten, ist recht interessant. Und das Geständnis, stets gegen reaktionäre Gesäfte kämpfen zu wollen, nehmen wir zur Kenntnis. Hoffentlich werden wir nicht nötig haben, daran erinnern zu müssen.

Oesterreich.

Ein nationaler Arbeiterführer

wurde bei den letzten Reichsratswahlen in Schlessen in der Person des „Schriftleiters“ Ferdinand Seidl ins Parlament gewählt. Zur Bedingung seiner Wahl machten ihm die Christlichsozialen, seinem antiklerikalen Antrag zugestimmen, weshalb der ehemalige „Kampfer“ auch bei der Abstimmung über die Erwerbsreform davonließ. Jetzt hat sogar ein schlesisches Gericht einen Genossen, der den Seidl Lügner und Verleumder hieß, wegen Erdringung des Wahrheitsbeweises freigesprochen!

Frankreich.

Die Wahlreform.

Paris, 26. Januar. (Eig. Ber.) In der Wahlreformfrage ist eine wichtige Entscheidung gefallen. Wohl ist das Proportionalität in noch nicht ganz über den Berg gebracht. Aber eine arge Verfallung des Prinzipis, mit der sich sogar die Kommission und die Regierung einverstanden erklärt hatte, ist vereitelt worden: das „Apparentement“, das In-Verbindung-treten von Parteien, um die von der Aufteilung der Mandate gemäß den erreichten Wahlquotienten übriggebliebenen Stimmen zusammenzufassen. Das Apparentement hätte ebenso den Kuhhandel zwischen den Parteien gefördert, wie das feinerzeit von Briand ausgeheckte und jetzt darauf gepropfte Prämienystem, die Zurechnung sämtlicher Reste zur Stimmenzahl der Mehrheit. Es war selbstverständlich, daß sich die Sozialdemokraten gegen das „Apparentement“ mit aller Kraft wendeten und die Reden Sembats und Jaurès haben nicht wenig zu seiner Ablehnung beigetragen. Merkwürdigerweise aber waren auch die radikalen Proporzgegner dagegen, zu deren Verächtlichmachung es vorgeschlagen worden war. Sie glaubten nämlich, mit dem Apparentement, das noch einige Hoffnung auf die Blocktaktik im Wahlkampf ließ, die Wahlreform überhaupt erkämpfen zu können. So war das Apparentement auf den Ergötzen Breton als Verteidiger angewiesen, der es mit dem Hinweis auf die — übrigens gar nicht sichere — Opposition des Senats gegen den reinen Proporz zu empfehlen glaubte. Die Abstimmung ergab 457 gegen und 91 für das Apparentement.

Die Senatskommission muß nun eine neue Formel für die Zurechnung der Reste finden und am Montag der Kammer vorlegen. Die Sozialisten beantragen, mehrere be-

nachbarliche Departements zusammenzufassen, die Stimmenreste der einzelnen Parteien zu addieren und die Summe für die Zuteilung der noch nicht vergebenen Mandate maßgebend zu machen, so daß keiner Partei fremde Stimmen zugerechnet würden. Im anderen Fall sind sie bereit, den einfachen Proporz im Departement anzunehmen, wenngleich sie ursprünglich für größere Wahlkreise als das Departement eingetreten waren. Jaurès sieht dem Ergebnis mit großer Zuversicht entgegen und erklärte in der „Humanité“, das Proportionalwahlrecht sei schon verwirklicht.

Italien.

Die Republikaner für die Kammereröffnung.

Rom, den 25. Januar. (Eig. Ber.) Die republikanische Parlamentsfraktion hat soeben eine heftige Tagesordnung angenommen, in der sie die Wiederaufnahme der Kammerarbeiten fordert und die heutige Haltung der Regierung als dem Geiste der italienischen Verfassung widersprechend bezeichnet. Rügen wird freilich dieser Protest nicht viel. Vor Mitte Februar denkt Giolitti nicht daran, die Kammer wieder einzuberufen.

Belgien.

Die Angriffe gegen den „Vooruit“.

Unser Brüsseler Korrespondent schreibt und unterm 26. Januar:

In der Debatte über die Lebensmittelsteuerung, die gegenwärtig die belgische Kammer beschäftigt, hatte kürzlich der Merikale Du Bus verleumderische Angriffe gegen die Arbeiterführer und im Zusammenhang damit gegen ein an den „Vooruit“ angegliedertes Institut erhoben. Bei diesen Angriffen bediente sich der Merikale Verleumder eines entstellten und für seine edlen Zwecke präparierten Zitats aus einer Broschüre über die belgische Arbeiterbewegung, die seinerzeit als Ergänzungsheft der „Neuen Zeit“ erschien und deren Verfasser Henri de Man und Louis De Brouckere sind.

Die Angriffe Du Bus' haben nicht allein den Zwischenfall Vanderveelde provoziert, der in der Kammer dem adeligen Herrn seine Verleumdung mit einer Ohrfeige heimzahlen wollte, sondern sie haben auch noch einen anderen zur Folge gehabt, der leider in der Form eines Parteikonflikts übergegangen ist und der wohl in der nächsten Zeit die Parteiführer und die Parteibildung einermöglichen beschäftigen wird.

Die von dem Merikalen als Beweis für seinen Vorwurf der „letten Pfänden“, die die Arbeiterführer nach ihm einsaden, herangezogene Stelle aus dem Artikel des Genossen De Man bezieht sich auf das dem „Vooruit“ angeschlossene „Bureau für die Anschaffung von Vieh“, über dessen Tendenz und Wirksamkeit De Man in der erwähnten Broschüre allerdings in harten Worten urteilt, in der aber nicht ein Wort von dem Vorwurf des „Wuchers“ steht, den der Merikale auf eigene Faust aus dem Artikel debuzierte, um den Angriff als „Zitat“ auszugeben. Nun hatte De Brouckere, soweit seine Person ins Spiel kam, in einem offenen, in der Kammer verlesenen Briefe an Du Bus die Sache klargestellt, aber Herr Du Bus hat in der erwähnten Broschüre Jesuitismus diese Reklamation nur zur Befestigung seines verleumderischen Angriffs ausgenutzt. Ansele hat daraufhin als moralischer und tatsächlicher Repräsentant des „Vooruit“ in der Kammer das Wort genommen — nicht allein oder auch nur hauptsächlich, um den Angriffen des Merikalen entgegenzutreten, sondern um sich in beherzester Weise gegen De Man und die von ihm gelebte Kritik zu wenden, die, wie immer man sich zu ihr stellen mag, als Kritik eines Parteigenossen — in einem offiziellen sozialistischen Organ veröffentlicht — zu werten ist. Daß sich Ansele in übergroßer Liebe zu seinem Werk hat hinreichend lassen, den sozialistischen Kritiker und Parteigenossen mit dem Merikalen Verleumder Du Bus „in einen Topf zu werfen“ kann darum nur mit Bedauern bezeichnet werden. Darf man es billigerweise überhaupt bezweifeln, ob es am Plage ist, einen Angreifer, mit dem man in jeder Stunde zusammentreffen kann, wenn man ihn für das Geschriebene zur Verantwortung ziehen will, an dem einzigen Orte zu attackieren, wo er sich nicht verteidigen kann, so wird man es noch weniger gutheißen können, wenn ein Parteigenosse in hervorragender Stellung die Parlamentstribüne benützt, um gegen einen anderen Parteigenossen, gegen die Parteilehre des Vertretenden gerichtete Anwürfe schwerster Art zu schleudern. All dem gegenüber ist wichtig, nochmals festzustellen, daß De Man in seiner Broschüre nichts von dem geschrieben hat, was der Merikale Verleumder aus ihr herausgeholt haben wollte. Herr De Bus sprach vom Wucher, mit dem sich die erwähnte sozialistische Genossenschaft (das „Bureau für die Anschaffung von Vieh“) beim Vorstreken des Weides an Kleinbauern und Kleinpächter bereichere. Was behauptet Genosse De Man in dem Artikel? Er festhält den merkantilen Standpunkt der belgischen Genossenschaftsbewegung, die diesen auf Kosten der sozialistischen Gedankenführung in den Vordergrund stelle; er bemängelt die Umwandlung eines sozialistischen Genossenschaftsunternehmens in eine Aktiengesellschaft und kritisiert schließlich das genannte landwirtschaftliche Institut (das eigentlich eine Aktiengesellschaft sei), dessen Tätigkeit er als antisozialistisch bezeichnet. „Dieses Bureau — heißt es in dem Artikel — wird von einem der Parteisekretäre verwaltet und hat zum Zweck, den kapitalarmen Bauern, also in der Hauptsache den Kleinpächtern und Kleingrundbesitzern das Geld zum Ankauf von Vieh gegen einen Zins von 10 Proz. vorzuschleichen.“ Weiter sagt De Man, daß den Bauern verheimlicht werde, daß dieses Institut mit dem „Vooruit“ zusammenhängt, ja, es werde geflissentlich als ein Privatunternehmen jenes Parteisekretärs hingestellt. De Mans Anklage läuft schließlich darauf hinaus, daß seit einer sozialistischen Propaganda unter den Landproletariern die künstliche Plakation von Kleinbauern „mittels 10 Proz.“ betrieben wird, daß das ganze derartige Genossenschaftswesen „kleinbürgerlich entartet“ und zum reinen Krämertum herabstinkt. — Man sieht, in dieser Kritik steht mancherlei, aber nichts von „Wucher“ und „Pfänden“. Der Merikale hatte das herausgelesen, gut. Er erhielt die entsprechende Abfertigung. Ansele aber kann nur in dem Artikel gelesen haben, was tatsächlich drinnen steht und er betrachtet den Inhalt als eine Verleumdung — das ist sein gutes Recht. Aber nichts hat Ansele gehindert, innerhalb der Partei den Verfasser zur Verantwortung zu ziehen, der selbst nichts schuldlicher wünschte und diesem Wunsch auch unzähligmal Ausdruck gab, als die Auseinandersetzung vor das Forum des Generalrats der Partei zu bringen. Auch heute, in einem öffentlichen Schreiben an den „Peuple“ erklärt De Man, daß er die Antragung der Angelegenheit vor dem Generalrat seit dem März 1911 anstrebt und die Verantwortung für jede seiner Behauptungen, die sich auf Dokumente stützen, voll übernehme. Für die persönlichen, seine Ehre angreifenden Worte Anseles in der Kammer verlangt Genosse De Man die

Einberufung eines Schiedsgerichts, dem Ansele, wie wir erfahren, seine Zustimmung verweigert. Jedenfalls wird sich mit diesem Teil der Angelegenheit der Generalrat befassen, da es wohl nicht angeht, daß von einem führenden Genossen von der Parlamentstribüne aus einem in öffentlicher Parteistellung befindlichen Parteigenossen (De Man ist Sekretär des Bildungsausschusses der belgischen Arbeiterpartei) vorgeworfen wird, daß er Parteiverrat geübt habe.

Spanien.

Die Konfiskation von Ferrers' Nachlaß aufgehoben.

Madrid, 28. Januar. Die Hinterlassenschaft Ferrers', die nach seiner Verurteilung vom Staate mit Beschlagnahme getroffen worden war, soll nach einer vom Obersten Kriegs- und Marineal getroffenen Entscheidung den Erben des Verurteilten zurückerstattet werden. Mit dieser Maßregel geben selbst die Behörden zu, daß an Ferrer ein Justizmord begangen worden ist.

Marokko.

Durch Guerillakrieg zum Protektorat.

Rabat, 28. Januar. (Melbung der Agence Havas.) Oberst Simon, der am 26. Januar von Suf el Arba mit Schützen, Spahis und Gebirgsartillerie angebrochen war, um den häufigen Angriffen auf die Posten der Stappenstraße von Meknes nach Rabat ein Ende zu machen, brachte im Süden von Suf el Arba feindlichen Abteilungen Verluste bei und wies mehrere Nachtangriffe zurück. Bei Morgengrauen war der Feind verschwunden. Der Regen machte seine Verfolgung unmöglich. Die Franzosen verloren in diesen Kämpfen vier Tote. Fünfzehn Mann wurden verwundet. Die Kolonne ist nach Suf el Arba zurückgekehrt.

Der Krieg.

Erklärung der türkischen Offensive

Tripolis, 28. Januar. (Melbung der Agenzia Stefani.) In der vergangenen Nacht gegen 3 1/2 Uhr unternahm der Feind einen Vorstoß gegen Gargareh, der sofort zurückgewiesen wurde. Zur selben Stunde fand ein Angriff des Feindes auf die italienischen Schanzen bei Angara statt, der bis zum Morgen durchgeführt wurde. Bei Tagesanbruch schoben die Türken Streitkräfte von mehr als 8000 Mann auf Angara an, die gegen 7 1/2 Uhr mit bemerkenswertem Nachdruck angriffen, aber durch das Feuer der Italiener auf der ganzen Linie zurückgeschlagen wurden. Um 8 Uhr 40 Minuten trat der Feind den Rückzug in südlicher und südwestlicher Richtung an, verfolgt von den italienischen Geschossen. Die Verluste der Italiener betragen zwei Tote und acht meist leicht verwundete, die des Feindes sind sehr viel größer.

Neue italienisch-französische Verwickelungen.

Tunis, 29. Januar. (B. C.) Aus Gahes wird gemeldet: Die im Golf von Agfir in französischen Gewässern kreuzenden Fischerboote sind, da sie in den letzten Tagen sehr häufig von italienischen Torpedobooten belästigt worden sind, größtenteils nach Houmtsouk zurückgekehrt. Unter der Bevölkerung selbst herrscht infolgedessen eine große Erregung, und die französische Regierung ist versucht worden, französische Torpedobooten in die tunesischen Gewässer zu entsenden und so die dortigen Fischer vor Übergriffen der italienischen Flotte zu schützen. Da die Behörden den Ausbruch von Unruhen fürchten, so ist die französische, im Süden von Tunis stationierte Kavallerie verproviantiert und nach der betroffenen Gegend entsandt worden, um die eingeborene Bevölkerung zu beruhigen.

Paris, 29. Januar. (B. L. V.) Nach einer anscheinend offiziellen Mitteilung beabsichtigen die Regierungen Frankreichs und Italiens, eine französisch-italienische Kommission einzusetzen, welche Mittel und Wege zur Hintanhaltung von Zwischenfällen, wie den „Carthage“, „Manuba“ und „Laviniano“-Zwischenfällen, prüfen und einen modus vivendi für die Dauer des türkisch-italienischen Krieges finden soll.

Die Revolution in China.

Die Mandschuhdynastie in der Klemme.

Peking, 28. Januar. 46 Generale und Kommandeure der kaiserlichen Armee sandten telegraphisch eine Witschreife an die Regierung, in welcher sie sich ausführlich über die Schwierigkeiten der augenblicklichen Lage ausdrücken und darauf hinweisen, daß die Truppen unzuverlässig sind, weil sie eine Republik wünschen und mit besonderem Nachdruck auf die Notwendigkeit einer friedlichen Belogung der Zwistigkeiten hinweisen. Diese Witschreife wird, da sie am Vorabend des Waffenstillstandes kommt, als ein Ultimatum angesehen, um die Abdankung der Mandschuh zu erzielen.

Peking, 28. Januar. Wutingfang stellte telegraphisch die Forderung, der Thron solle noch heute abdanken; die Feindseligkeiten würden sonst morgen wieder aufgenommen werden. Die Regierung bemüht sich, eine Verlängerung des Waffenstillstandes zu erlangen.

Peking, 28. Januar. (Melbung des Reuterschen Bureau.) Im Zusammenhang mit dem Ultimatum Wutingfangs an den Thron ist weiter zu melden, daß General Duanquang sich zum Vormarsch von Wufang nach dem Norden rüstet. Quanshichais Truppen beziffert sich jetzt auf 7000 Mann, weitere Verstärkungen werden erwartet. General Tienkang, der Gegner Quanshichais, ist nach Tientsin geflohen. Der Gesundheitszustand des durch das Bombenattentat verwundeten Generals Liangpi hat sich gebessert.

Die Vorgänge in der Mongolei.

Zisfar, 28. Januar. (Melbung der Petersburger Telegraphen-Agentur.) Die Mongolen stellen den chinesischen Behörden der zwei West von der Bahnstation Manjurija gelegenen Stadt Lubinsu die Forderung, die Stadt zu räumen. Infolgedessen treffen die Chinesen Verteidigungsmahnahmen und verperrern die Zugänge der Stadt mit Drahtbindern. Die Mongolen, die ein hartnäckiger Widerstand erwartet, zögern ihrer militärischen Schwäche wegen vorzurücken. Eine aus Chailar nach Lubinsu entsandte Mongolenabteilung machte auf halbem Wege halt.

Pläne des russischen Kapitals in der Mongolei.

Petersburg, 28. Januar. Man ist mit der Bildung einer mongolischen Gesellschaft beschäftigt, welche russische Erzeugnisse von Rußland nach der Mongolei exportieren soll. Die Gesellschaft soll sich mit dem Bau von Eisenbahnen, Banken, Kanälen, Organisation von Transporten usw. beschäftigen. Das Kapital soll ausschließlich russisches sein.

Gewerkchaftliches.

Friede nach 18wöchentlichem Streik!

Ueber die bereits kurz gemeldete Beilegung des langen Kampfes im Steindruckgewerbe wollen wir heute zum allgemeinen Verständnis noch folgendes berichten:

Der Kampf nahm seinen Ausgangspunkt in Leipzig; dort stellten die Lithographen und Steindrucker Forderungen auf Verbesserungen ihrer Arbeitsverhältnisse. Ueber diese Forderungen fanden am 15. September vorigen Jahres Verhandlungen statt zwischen Vertretern des Unternehmerschuhverbandes Deutscher Steindruckereibesitzer und der Gehilfenorganisation der Lithographen, Steindrucker und verwandten Berufe Deutschlands. Diese scheiterten jedoch und so traten am 23. September rund 1000 Gehilfen in den Streik. — Eine Gauleiterkonferenz beschloß, weitere Vorstöße zu machen, worauf die Lithographen und Steindrucker in den Städten Cassel, Cannstatt, Crimmitschau, Frankfurt a. M., Jülich, Grimma, Nürnberg, Offenbach a. M., Stuttgart, Würzen und zeitweilig auch in anderen Orten streikten, wie ihre Leipziger Kollegen. Zu Verhandlungen über diese Forderungen kam es nicht, weshalb am 23. September in den vorgenannten Städten rund 1500 Gehilfen ihre Kündigungen einreichten und als es in der Kündigungsfrist auch zu keiner Verständigung kam, am 7. Oktober in den Streik traten. — Inzwischen hatte der Unternehmerschuhverband in 37 Städten Deutschlands am 30. September rund 3000 Lithographen und Steindrucker gekündigt, und zwar wurde in allen, dem Schuhverband angehörenden Betrieben nur den organisierten Gehilfen gekündigt. — Da es auch jetzt noch zu keiner Einigung kam, so wurden am 14. Oktober diese 3000 Gehilfen ausgesperrt, so daß von nun ab in 49 Städten Deutschlands rund 4600 Lithographen und Steindrucker im Kampfe standen.

Am 27. November fand dann zwischen beiden Parteien eine unerbittliche Aussprache statt, die die Bahn frei machte für weitere Verhandlungen, die dann am 7. Dezember stattfanden. Auch diese wurden vollständig ergebnislos abgebrochen; stets kam es zum Bruch bei Festsetzung der Arbeitszeit. Nach weiteren unerbittlichen Aussprachen fanden dann am 10. und 11. Januar wiederum Verhandlungen statt; diesmal über sämtliche Gehilfenforderungen. Die Zugeständnisse der Prinzipale waren aber so gering, daß die Gehilfenvertreter zu den formulierten Vereinbarungen über die Lohn- und Arbeitsbedingungen im deutschen Steindruckgewerbe ihre Zustimmung nicht geben konnten, sondern erst einer gemeinschaftlichen Konferenz des Gesamthauptvorstandes und der Gauleiter des Verbandes unterbreiteten. Diese lehnte die Vorlage einstimmig ab und beschloß, dem Unternehmerschuhverband eine zweite Forderung vorzuschlagen, in der entsprechende Abänderungsanträge von den Gehilfen gestellt werden sollten. Und nunmehr kam es nach weiteren Korrespondenzen zwischen den Vorständen beider Parteien in letzter Woche (vom 23. bis 27. Januar) wiederum zu Verhandlungen im Berliner Papierhaus, an denen 15 Gehilfenvertreter und 10 Vertreter des Unternehmerschuhverbandes teilnahmen. Diese äußerst anstrengenden Verhandlungen, die wiederum verschiedene Male zu scheitern drohten, brachten aber endlich doch noch eine Einigung. Es wurden Vereinbarungen über die Lohn- und Arbeitsbedingungen im deutschen Steindruckgewerbe abgeschlossen, die sofort in Kraft treten und wonach die Arbeit von den Gehilfen möglichst sofort (in der laufenden Woche vom 29. Januar bis 4. Februar) an allen Orten und in allen beteiligten Betrieben wieder aufgenommen wird.

Aus diesen Vereinbarungen heben wir folgendes hervor: **Arbeitszeit:** Die wöchentliche effektive Arbeitszeit für Steindrucker (auch Korrekturlithographen) beträgt 53 Stunden, für Lithographen 48 Stunden.

In denjenigen Fällen, in denen durch eine Bestimmung der Arbeitsordnung oder mit Zustimmung der Geschäftsleitung eine Zeit für Einlaufen, An- und Auskleiden und Waschen besteht, bleibt es bei dem bisherigen Zustand, vorausgesetzt, daß sich nicht Mißbräuche eingebürgert haben.

Kürzere als die 63stündige bzw. 48stündige Arbeitszeit bleiben durch diese Vereinbarung unberührt.

Mindestlohn: Nach vierjähriger Lehrzeit Ausgelernten wird im ersten Gehilfenjahr ein noch den örtlichen Verhältnissen steigender Mindestlohn bezahlt, der nicht unter 20,50 M. betragen darf.

(Der Mindestlohn wurde dann für die einzelnen Druckorte festgelegt und um 2, 2½ und 3 M. erhöht.)

Lehrlingsfrage: Auf 1-3 Steindrucker und von da ab auf je 1-4 Steindrucker, auf 1-4 Lithographen und von da ab auf je 1-5 Lithographen soll nicht mehr als ein Lehrling ausgebildet werden.

Die Regelung der derzeitigen bestehenden Verhältnisse soll innerhalb 2 Jahren erfolgen und nach deren Ablauf die Lehrlingsfrage von neuem geprüft werden.

Ueberstunden: Regelmäßige Ueberstunden sind tunlichst zu vermeiden.

Die Entschädigung für Ueberstunden, wenn solche vom Geschäft verlangt werden, beträgt wochentags 25 Proz., Sonntags 50 Proz. Zuschlag auf den regulären Lohn. Wo sie höher entlohnt werden, bleibt es wie bisher.

Bei Ueberarbeit von 2 Stunden wird ¼ Stunde, bei längerer Ueberarbeit ½ Stunde Pause in die Arbeitszeit eingerechnet. Alle an einem Tage gemachten Ueberstunden werden für die Pausen zusammengerechnet. Die Pausen sollen zwischen der regulären und der Ueberzeitarbeit liegen.

Die auf Ueberstunden bezüglichen Anordnungen werden, soweit sie vorauszuheben sind, am vorhergehenden Tage bekanntgegeben.

Die Anordnung regelmäßiger 1½stündiger Ueberstunden ist als eine Umgehung der Pausenbestimmung anzusehen. Eine 1½stündige Ueberstunde ist also nur dann zulässig, wenn die Fertigstellung einer Arbeit die einmalige Ueberstreckung der täglichen Arbeitszeit um 1½ Stunden beansprucht.

Feiertagsbezahlung: Die gesetzlichen und ohne Vereinbarung mit den Gehilfen von der Geschäftsleitung angeordneten Feiertage werden bezahlt. Gehilfen, welche in Afford an den erhaltenen Bezahlung für die Feiertage nach Maßgabe des mit ihnen vereinbarten Wochenlohnes, in Ermangelung einer solchen Vereinbarung mit 4,50 M. pro Tag. Bezüglich der katholischen Feiertage und des 3. Pfingstfeiertages bleiben die bisherigen Geschäftsgebräuche bestehen.

Extracompensation für Bronzarbeiten: Als Extracompensation wird den mit Bronzarbeiten beschäftigten Maschinenmeistern 50 Pf. für den ganzen und 25 Pf. für den halben Tag und weniger bezahlt, sofern keine staubfreien Bronzemaschinen vorhanden sind.

Entschädigung aus § 816 des Bürgerlichen Gesetzbuches: Als auf Grund § 816 B. G. B. zu entschädigende Verhinderung an der Dienstleistung wird nur angesehen die Erfüllung der staatlichen und kommunalen Pflichten der Gehilfen, soweit sich diese außerhalb der Arbeitszeit nicht erledigen lassen und Gehilfen dafür nicht bezahlt werden. Den im Wochenlohn stehenden Gehilfen wird ein Abzug vom Lohn für die Zeit der Verhinderung nicht gemacht, doch darf die letztere drei Stunden nicht überschreiten. Den im Afford arbeitenden Gehilfen wird eine Vergütung von 50 Pf. pro Stunde gewährt, aber höchstens für 3 Stunden.

Kündigungsfrist: Die Kündigungsfrist beträgt höchstens 14 Tage, längere Kündigungsfristen sind nur bei Spezialarbeitern zulässig.

Bei Spezialarbeitern mit längerer als 14tägiger Kündigungsfrist tritt im Falle allgemeiner Differenzen zwischen den ver-

tragschließenden Parteien — dem Schuhverband deutscher Steindruckereibesitzer und dem Verband der Lithographen, Steindrucker und verw. Berufe — die 14tägige Kündigungsfrist in Kraft, jedoch erst nach definitiver Entscheidung der beiden Zentralen.

Arbeitsnachweis: Der Arbeitsnachweis der Mitglieder des Verbandes der Lithographen, Steindrucker und verw. Berufe wird möglichst in erster Linie in Anspruch genommen. Die Vermittlung ist unentgeltlich.

Erledigung von Streitigkeiten: Die Erledigung von Streitigkeiten obliegt den beiden Orts- resp. Kreisvertretern und Gauvorständen und in letzter Instanz den beiden Zentralen, denen solche sofort gemeldet werden müssen. Die beiden Zentralen haben sich im einzelnen Falle über die Beilegung von Differenzen mit tunlichster Beschleunigung zu verständigen. Vor der definitiven Entscheidung der beiden Zentralen dürfen von keiner Seite irgendwelche Maßnahmen (Kündigungen, Sperrung, Verweigerung von Ueberstunden, Zurückhalten mit der Arbeitsleistung ujm.) ergriffen werden.

Zu diesen Vereinbarungen wurden noch folgende bedeutsame Beschlüsse gefaßt:

Zur Lohnfrage: Zu der Gehilfenforderung auf allgemeine Lohnzulagen erklärt der Schuhverband:

Der Schuhverband ist nicht in der Lage, außer der vorgeschlagenen Erhöhung der Minimallohne um 13,9 Proz. eine allgemeine zwangsweise Erhöhung der bestehenden Löhne vorzunehmen.

Der Schuhverband Deutscher Steindruckereibesitzer und die Kommission der Leipziger Nichtschuhverbandsfirmen werden den Prinzipalen empfehlen, den Gehilfen, welche bis inklusive 5 M. über dem örtlichen Mindestlohn verdienen, innerhalb eines Zeitraumes von 4 Wochen nach Wiederaufnahme der Arbeit eine freiwillige Zulage zu bewilligen.

Die Wiederaufnahme der Arbeit und die Einstellung von Gehilfen erfolgt an allen Orten und in allen beteiligten Betrieben im Laufe der Woche vom 29. Januar bis 4. Februar 1912. Maßregelungen finden von keiner Seite statt. Jeder an der gegenwärtigen Bewegung beteiligte Betrieb hat seine ausständigen resp. gekündigten Gehilfen in erster Linie bei Einstellung von Gehilfen zu berücksichtigen, soweit solche bis zum 1. Mai 1912 noch vorhanden sind.

Mit diesen Friedensbedingungen ist nunmehr der lange Kampf im Steindruckgewerbe, in dem auch das Hilfspersonal und zum Teil die Buchbinder mit verwickelt waren, zu Ende geführt worden. Die streikenden und ausgesperrten Arbeiter haben in dieser langen Zeit ihren Mann gestanden. Nur ganz vereinzelt waren Umfälle zu verzeichnen, und haben sich im allgemeinen auch sehr wenig Streikbrecher gefunden, so daß viele Betriebe ganz stillgelegt waren. Mit welchem starken Segner es die Arbeiterschaft hier zu tun hatte, kann man schon aus den langwierigen Verhandlungen ersehen, die insgesamt mit den Aussproben der beiderseitigen Vorstände auf etwa 13 Tage zu bemessen sind. Wenn auch über die abgeschlossenen „Vereinbarungen“ die kämpfenden Arbeiter nicht sehr erfreut sein werden, weil ihre Wünsche in der Lohnfrage und betreffs der Arbeitszeit nicht voll erfüllt wurden, so kann aber doch gesagt werden, daß in einigen bedeutsamen Punkten ein wesentlicher Fortschritt zu verzeichnen ist und die Gehilfenorganisation auf diese Vereinbarungen weiter aufbauen kann.

Zum Abschluß des Kampfes nahm die Berliner Kollegenschaft am Montagvormittag im Gewerkschaftshaus Stellung. Haß und Ezech hatten die Berichterstatter übernommen und wurde nach einer längeren Diskussion, in der vor allen Dingen zum Ausdruck kam, nun erst recht zum Verbands zu halten und auf unserm alten Wege weiterzugehen, nachstehende Resolution mit übergroßer Mehrheit angenommen:

Die kombinierten Streikleitungen und Verwaltungen als auch die heutige Versammlung der ausgesperrten Lithographen und Steindrucker Berlins erklären nach eingehender Prüfung, daß die neuen Vereinbarungen mit dem Schuhverband in keiner Weise den durchaus berechtigten und nach unserer Meinung leicht erfüllbaren Forderungen entsprechen. In Anbetracht unserer eigenartigen Produktionsverhältnisse und in der Erwägung, daß durch ein weiteres Hinausziehen des Kampfes einem beträchtlichen Teile der Kollegen die Arbeitsunfähigkeit auf längere Zeit unterbunden wäre, empfehlen sie jedoch, die neuen Bedingungen als gegeben zu betrachten und erwarten, daß die Kollegenschaft nach wie vor durch intensive Organisationsarbeit bestrebt ist, die Berufsverhältnisse unserer ursprünglichen Forderungen näher zu bringen.

Berlin und Umgegend.

Die Tarifbewegung der Kohlenarbeiter.

In einer fast vollständig besetzten Versammlung nahmen die Kohlenarbeiter am Sonntag den Bericht über den Stand ihrer Tarifbewegung entgegen.

Werner referierte und gab eine kurze Schilderung von den Bestrebungen der Kohlenarbeiter, von früheren Jahren an bis jetzt ihre Lohn- und Arbeitsbedingungen zu heben. Bei der großen Bewegung von 1906 sei es möglich gewesen, bei der Firma Kupfer an Stelle der elfstündigen Arbeitszeit die zehnstündige durchzuführen. Jetzt aber, nach den Moabiter Vorkommnissen, haben sich Positionen im Kohlengroßhandel vollzogen, so daß nunmehr da, wo die zehnstündige Arbeitszeit eingeführt war, diese wieder auf elf Stunden verlängert wurde. Dies geschah im Frühjahr 1911. Leider seien die Verhältnisse so gewesen, daß es den davon betroffenen Kohlenarbeitern nicht möglich war, diesen Schlag abzuwehren. Immerhin machten sich die Bestrebungen auf Verlängerung der Arbeitszeit unter den Kohlenarbeitern in der entschiedensten Weise geltend, zumal in den verschiedensten Großstädten schon längst eine zehnstündige Arbeitszeit bestiehe und schon sogar teilweise Tarife vorhanden sind, die selbst auch die Lohnfragen regeln. Der Transportarbeiterverband habe sich deshalb an den Verband der Berliner Kohlengroßhändler gewandt zwecks Tarifverhandlung, weil es doch räthlich wäre, ebenso wie in anderen Städten die Lohn- und Arbeitsbedingungen im Kohlengroßhandel tariflich zu regeln. In der Antwort jedoch habe man dem Transportarbeiterverband mitgeteilt, die Berliner Verhältnisse sowie die polizeilichen Bestimmungen ließen eine derartige Regelung der Arbeitszeit nicht zu, auch sei eine Lohnverbesserung unmöglich, da die Kohlenbändler erst im April die Arbeitslöhne erhöhen könnten. Man hätte annehmen können, daß angesichts der außerordentlichen Teuerung, in der alle Beamten eine Teuerungszulage erhalten haben, auch den armen Kohlenarbeitern ein entsprechender Ausgleich gewährt würde. Das sei nicht geschehen. Die Lohnverbesserung, von der die Herren sprachen, habe zwei Pfennige pro Stunde betragen, und das soll die Kohlenarbeiter derartig belastet haben, daß es ihnen unmöglich ist, eine weitere Zulage zu gewähren. Redner gibt eine Darstellung von den Verhandlungen mit den Kohlengroßhändlern, wobei Magistratsrat v. Schulz als Mittelsperson gewirkt hat. Redner betont, daß vorerst eine Verlängerung der Arbeitszeit unumgänglich notwendig sei. Dies habe man jedoch abgelehnt. Dem Unternehmern sei von Seiten des Verbandes die weitgehendste Bewegungsfreiheit gelassen worden, damit sie nicht mit dem Vorwurf der Ueberumpelung kommen könnten. Sie hätten reichlich Zeit gehabt, die Sache zu besprechen. Die Forderungen der Kohlenarbeiter seien durchaus berechtigt. Die Arbeit sei außerordentlich schwer und anstrengend. Sie begunne morgens um 5 bzw. um 6 Uhr und dauere wahl selten bis 12 und 1 Uhr nachts. Wenn dann die Arbeiter wirklich mal die Woche auf 40 M. kämen, so müsse dabei berücksichtigt werden, daß dieser Lohn in überlanger Arbeitszeit verdient worden ist. Bedenkt man obendrein, daß die Arbeiter vom grauen Morgen bis in die finstere Nacht auf der Straße liegen, Wind und Wetter preisgegeben und demgemäß auch erhebliche Zehrkosten haben, so bleibe für die Familie nicht mehr allzuviel übrig. Besonders die

Außer hätten heute noch eine ganz unregelmäßige Arbeitszeit ohne Extravergeltung, auch werde für die Pflege und Wartung der Pferde am Sonntag, die 3-5 Stunden erfordere, nichts bezahlt. Deshalb müsse Wert auf die Bezahlung der Ueberstunden und Sonntagsarbeit gelegt werden. Was die Affordarbeit betrifft, so seien die Arbeiter Gegner derselben, aber wo nun zurzeit Umstände und Verhältnisse sie bedingen, müsse sie in entsprechender Weise geregelt werden. Verlangt werde weiter, daß in den Betrieben für die Arbeiter Unterkunftsräume und verschließbare Behälter geschaffen werden. Die Unternehmer sagen, die Erfüllung dieser Forderung sei nicht möglich; dem ist aber nicht so, die Gewerbeordnung enthält sogar schon darauf hinzielende Bestimmungen. Desgleichen muß für Waschgelegenheit und Bedürfnisplätze in ausreichender Weise gesorgt werden.

Die Kohlengroßhändler behaupteten nun, die Kohlenarbeiter seien noch nicht reif für einen Tarif. Bis jetzt aber hätten die Kohlenarbeiter nicht bewiesen, daß sie ruhig und sachlich ihre Verhandlungen zu führen wüßten, und wären sie demso rigoros, wie sehr oft die Unternehmer es waren, dann wären mehr Streiks im Kohlengroßhandel vorgekommen als bisher. Die Kohlenarbeiter ständen auf dem Standpunkt, daß es besser sei, wenn man auf gütliche, friedliche Weise Verbesserungen erreiche. Jeder Versuch, die Sache zu verschleppen, bis eine für die Arbeiter ungünstige Zeit kommt, sei von der Organisation der Arbeiter entschieden abgelehnt worden. Ein bemerkenswerter Umstand kommt nun hinzu: Herr Rabmer, der Direktor des B. V. K. K. G. (vormals Kupfer u. Co.) hat den Vertrauensmann seines Betriebes rufen lassen und ihm gesagt, er wisse von einzelnen Tarifverhandlungen nichts, denn er sei nicht im Verband der Berliner Kohlengroßhändler. Auch ist der Transportarbeiterverband telephonisch von Rabmer deshalb angerufen worden. Er sei aber für eine friedliche Einigung mit den Arbeitern und wolle verhandeln; nur dürfe dies nicht so kurzgerhandelt verlangt werden. Um, wie gesagt, jede Möglichkeit auszuschalten, von einer Ueberumpelung zu reden, haben die Vertrauensleute der Kohlenarbeiter einstimmig beschlossen, eine Bedenkzeit bis Mittwoch a b e n d zu gewähren. Die Situation sei nicht gerade ungünstig für die Arbeiter, so daß sie mit Ruhe der Entscheidung entgegengehen können.

Der überwiegende Teil der Versammlung spendete dem Redner lebhaften Beifall.

Die wichtigsten Forderungen des Tarifentwurfs sind: eine Arbeitszeit von 6 Uhr morgens bis 6 Uhr abends inklusive einer 1½stündigen Frühstückspause, einer 1stündigen Mittags- und einer 1½stündigen Vesperpause. Ueberstunden, falls solche in dringenden Fällen gemacht werden müssen, sind mit 5 Pf. Zuschlag zum regulären Lohn zu bezahlen. Desgleichen ist auch die Arbeitszeit im Ueberstundenlohn zu bezahlen, die vor Beginn der festgesetzten Arbeitszeit geleistet wird. Sonntagsarbeit ist möglichst zu vermeiden, wenn jedoch in dringenden Fällen des Sonntags gearbeitet werden muß, so ist hierfür eine Vergütung von 60 resp. 65 Pf. pro Stunde zu bezahlen. Die Arbeiter haben eine Arbeitszeit von 5 Uhr morgens bis 6 Uhr abends mit denselben Pausen wie die Arbeiter. Die Arbeit soll so eingeteilt werden, daß die Arbeiter um 6 Uhr abends mit ihren Fuhrwerken auf dem Plage sind. Für Fuhrer, welche nach 8 Uhr abends oder vor 6 Uhr morgens gemacht werden müssen, erhalten die Arbeiter eine Extrabehaltung von 50 Pf. pro Stunde. Die Arbeiter erhalten einen Lohn von 45 Pf. pro Stunde, ab 1. Oktober 1912 einen solchen von 47½ Pf. und ab 1. April 1913 50 Pf. pro Stunde. Der Lohn für Fuhrer beträgt 31,50 M. ab 1. Oktober 1912 32,50 M. und ab 1. April 1913 33,50 M. pro Woche. Von einer Regelung von Arbeiter, die im Afford ausgeführt werden, wird Abstand genommen. Dagegen soll da, wo die Eigenart des Betriebes für diese oder jene Arbeit das Affordsystem erfordert, der Lohn hierfür von Fall zu Fall zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer vereinbart werden. Etwas sich hierdurch ergebende Uneinigkeiten sollen durch eine paritätische und sachmännliche Kommission geprüft und geschlichtet werden. Dieser Tarif soll vom Tage des Abschlusses an gerechnet auf die Dauer von zwei Jahren Gültigkeit haben, und verlängert sich jedesmal um ein Jahr, wenn er nicht sechs Wochen vor Ablauf von einer Partei gekündigt wird.

In der Diskussion sprachen einige Redner gegen diesen Vertrag als nicht weitgehend genug. Trotzdem erfolgte jedoch die einstimmige Annahme desselben. Ebenso einstimmig wurde folgende Resolution angenommen:

Die heute versammelten Kohlenarbeiter und Fuhrer nehmen Kenntnis von dem Verlauf der im Oktober 1911 angebahnten Lohnbewegung und sprechen ihr tiefstes Bedauern darüber aus, daß die Kohlengroßhändler den berechtigten minimalen Forderungen bisher keinerlei Entgegenkommen gezeigt haben. Die Versammelten sind jedoch gewiß, die in letzter Stunde seitens der Firmen Union, Herrn Lichtenstein und der B. V. K. (K. G.) angebotenen Verhandlungen abzuwarten und den endgültigen Beschluß bis Mittwoch, den 31. Januar, auszuschieben. Die Versammelten setzen voraus, daß die Kohlengroßhändler ein den Zeitverhältnissen entsprechendes, wirklich annehmbares Zugeständnis machen werden.

Brauereiarbeiter! Unter dem Namen Vereinigte Brauereien Rixdorf-Altenhagen G. m. b. H. haben sich in den letzten Tagen die Rixdorfbrauereien Alt Berlin, Charlottenburg, C. D. Fischer, Rixdorf und Bärenbrauerei, Berlin, zu einem Betriebe zusammengeschlossen. — Nachdem mit sämtlichen in Frage kommenden Brauereien einigermassen befriedigende Vereinbarungen getroffen, welche eine allzu große Schädigung derselben verhinderten, erhielt in den letzten Tagen der Geschäftsführer der vereinigten Brauereien eine Verfügung, welche eine schwere Schädigung der Fuhrer darstellt. Die unterzeichneten Organisationen, welchen die Fuhrer angehören, veruchten zu vermitteln, jedoch hatten zweimalige Verhandlungen keinen Erfolg und haben sich daher alle Fuhrer genötigt, zu Freitag, den 2. Februar, die Kündigung einzureichen. Zugut ist fernzuhalten.

Die Brauerei befindet sich Rixdorf, Prinz-Gomburg-Str. 78-80. Verband der Brauerei- und Rixdorer Arbeiter. Zahlstelle Berlin. Artur Schuldt. Deutscher Transportarbeiterverband. G. Alisch.

Letzte Nachrichten.

Die Streikbewegung in Portugal.

Lissabon, 29. Januar. Die elektrischen Straßenbahnwagen versuchten heute, unter dem Schutz von Truppen die Remisen zu verlassen, aber die Ausständigen griffen die Wagen an und zwangen sie zur Rückkehr in die Remisen. Die Truppen hatten keinen Befehl, auf die Ausständigen zu schießen, doch ist die Regierung entschlossen, den Ausstand energisch zu unterdrücken. Zahlreiche Drucker sind gleichfalls in den Ausstand getreten, um das Erscheinen der Zeitungen zu verhindern. Die Ausständigen fordern Freilassung aller wegen Streikvergehen verhafteten Arbeiter und die Entlassung des Zivilgouverneurs von Goro.

Sämtliche Arbeiterorganisationen schicken Sendboten in die Provinzstädte, um den Generalkrieg zu betreiben, doch werden diese auf Befehl der Regierung unterwegs auf den Bahnhöfen durch die Lokalbefehdungen verhaftet, ebenso wie diejenigen Voten, die mit Automobilen oder zu Fuß ihr Ziel zu erreichen suchen.

Sonnenwirtschaft.

Moskau, 29. Januar. (B. Z. R.) Neue politische Morde sind hier an dem Vorsitzenden des Stadtraids und zwei angesehenen Mitgliedern der Fortschrittler verübt worden. Ähnlich werden hier Personen, die im Verdacht stehen, zu den Revolutionären zu gehören, verhaftet und hingerichtet.

Zwölfter Parteitag der englischen Arbeiterpartei.

London, 25. Januar. (Fig. Ver.) Zweiter Tag.

Die erste Resolution, mit der sich der Parteitag heute befahte, lautete:

Diese Konferenz ist der Ansicht, daß die Verwendung des Militärs in wirtschaftlichen Kämpfen verantwortlich ist und eine Bedrohung der organisierten Arbeiterschaft bedeutet. Sie beurteilt die Regierung, weil sie den Eisenbahnerstreiks Soldaten zur Verfügung gestellt hat...

Anderson (J. L. P.) begründete die Resolution. Er wies darauf hin, daß die englische Arbeiterschaft seit dem letzten Parteitag der Arbeiterpartei um eine Erfahrung reicher sei. Bei den großen Streiks habe die Regierung systematisch Militär gebraucht...

Fox (Partei-Vorsitzender) wendet sich gegen ein von dem Minister des Innern vor kurzem an die Häupter der Polizei geschicktes Zirkular, in dem die Bildung einer besonderen Streikpolizei angeregt wird. Die Leute, die sich für diese Posten melden, hätten sicher keine Sympathie mit der Arbeiterbewegung...

Die Resolution wurde einstimmig angenommen.

Dann begründete MacDonald einen Vorschlag des Parteivorstandes, 6000 Pfund Sterling (120 000 M.), die die Parteileitung im vergangenen Jahre an Gehältern der Abgeordneten gespart hat, dazu zu verwenden, um Aktien in einer Gesellschaft zu kaufen, die in nächster Zeit ein Arbeiterzeitungsblatt herauszugeben will...

Es entspann sich eine längere Diskussion, an der sich besonders Thorne und Henderson beteiligten und die sich um die geplante Gründung eines zweiten Arbeiterblattes drehte.

Kleines feuilleton.

Künstler und Kunde. Im großen Saale der Berliner Nationalgalerie hängt auch eine Anzahl von Porträts, die übermalten Photographien gleichen und mit künstlerischer Vertiefung der Charakteristik nicht mehr gemein haben wie solche. Diese Bilder stellen verschiedene repräsentative Persönlichkeiten dar, hohe Staatsbeamte und Militärs...

Ein Gegenbeispiel: Wie oft wird ein Porträt, das ein wirklicher Meister geschaffen hat, von den nächsten Freunden des Dargestellten oder von diesem selbst mit den Worten abgetan: Ein Kunstwerk vielleicht, aber — von Gehaltlosigkeit keine Spur. Unter dergleichen Artikeln hatten die größten Künstler zu leiden und Rembrandt ist darüber in tiefer Not geraten...

Der Künstler, der daraus entsteht, daß der Künstler seinen „Kunden“ ganz anders sieht als dieser sich selbst, ist natürlich sehr alt. Er ist auch Auguste Rodin nicht eripart geblieben. Der Meister rächt sich, indem er in seinen Zeichnungen über „Die Kunst“ deren deutsche Ausgabe bei Ernst Rowohlt-Leipzig erschien, einige Wahrheiten über den „hörtwürdigen Kampf des Vorkämpfers gegen den Künstler“ sagt. Unerbittlich stellt Rodin fest, daß der Besteller gewöhnlich in seiner nichtisogendsten und banalsten Erscheinung wiedergegeben werden sollte...

Mit diesen Tatsachen erklärt Rodin den Erfolg vieler mittel-mäßiger Porträtisten und Wüstenschmaler, die sich darauf beschränken, das unpersonliche Aussehen ihrer Besteller, ihren Buß und ihre konventionelle und formelle Haltung wiederzugeben. Solche Künstler, sagt der Meister weiter, sind gewöhnlich sehr beliebt, weil sie ihr Modell mit einer Maske von Reichum und Feierlichkeit anstatteten. Je hochtrabender Wüsten oder Porträts sind, um so mehr gleichen sie streifen und anmahnenden Puppen, und um so zufriedener ist der Besteller.

Musik.

Ein Richard-Wagner-Abend der Arbeiter-Bildungsschule. Wagners Musik für den Hausgebrauch oder für den Konzertsaal hergerichtet, ist ein Un Ding. Schon der Meister selbst hat sich mit Entrüstung dagegen gewendet. Und immer wieder werden neue Proteste laut werden. So wäre also die Arbeiter-Bildungsschule schlecht beraten worden, weil sie ihr 21. Stiftungsfest durch ein Wagner-Konzert beging? Nein, im Gegenteil; diese Ver-

innerlich sein wird, geben die Londoner Buchdrucker bei ihrem letzten Streik eine täglich erscheinende Streikzeitung (The Daily Herald) heraus. Nach dem Streik ging das Blatt ein, aber die Buchdrucker ließen den Plan, ein Arbeiterzeitungsblatt in London (der „Daily Citizen“) soll in Manchester erscheinen) nicht fallen und gründeten eine Gesellschaft, die die Unterstützung des Parlamentarischen Komitees der Gewerkschaften fand, dessen Vorsitzender Thorne und dessen Sekretär der Vorsitzende der Buchdrucker ist. Es schien, als ob die Nichtstimmung der Londoner, die die Wahl Mandelsters als eine Zurücksetzung der Reichshauptstadt empfanden, in diesem Meinungsstreit eine Rolle spielte. Thorne bemerkte in seiner Rede, man könne deutsche Verhältnisse nicht ohne weiteres auf Großbritannien übertragen. Die deutschen Arbeiter seien Sozialdemokraten; das treffe auf die englischen nicht zu. Allerdings unterließ ihm bei der Schilderung deutscher Verhältnisse der Fehler, daß er behauptete, der deutsche Arbeiter bekomme seine Zeitung von der Organisation zugeführt und das Abonnement sei in dem Parteibeitrag enthalten, ein Irrtum, der von Saunders (Fabier) leider nur teilweise richtig gestellt wurde.

Der Parteivorstand unterbreitete dem Parteitag einen Vorschlag zur Neuordnung der Parteifinanzien, die durch die staatliche Befolgung der Parlamentarier geboten erscheinen. Bisher wurden die Finanzen der Partei in folgender Weise aufgebracht: Die affilierten Gruppen und Gewerkschaften bezahlten jährlich 15 Schilling für je 1000 Mitglieder als sogenannte Affiliationsbeiträge und 2 Pence pro Mitglied und Jahr für den Parlamentsfonds. Der Vorstand schlug vor, die Beiträge zu vereinheitlichen und auf 1 Penny jährlich für das Mitglied herabzusetzen. Gegen diese Neuerung wandte sich entschieden das Parlamentariermitglied Snowden (J. L. P.). Er wies darauf hin, daß man in den letzten Tagen soviel von der deutschen Sozialdemokratie gesprochen und ihre vorzügliche Organisation gelobt habe. Die deutsche Partei habe ihre Organisation nicht durch einen jährlichen Beitrag von einem Penny (8 Pfennig) pro Mitglied aufgebaut. Nach dem Vorschlag des Vorstandes würden im kommenden Jahre ganze 500 Pfund für den Aufbau der Organisation im ganzen Lande verwendbar sein. Das sei eine lächerlich geringe Summe, wenn man bedenke, daß die bürgerlichen Parteien in jedem Wahlkreis jährlich 4—500 Pfund Sterling zur Aufrechterhaltung der Organisation ausgaben. Eine Partei, deren Mitglieder nur 1 Penny das Jahr als Beitrag zahlten, sei nicht wert, daß sie bestehe.

Nach kurzer Debatte nahm der Parteitag mit großer Mehrheit den Vorschlag Snowdens an, den Antrag des Vorstandes an den Vorstand zurückzuziehen.

Ein zweiter Vorstandsantrag wurde ebenfalls abgelehnt. Er betraf die Einführung einer neuen Sorte Mitglieder (passive Mitglieder). Ehort (Kesselschmiede) bemerkte, daß die Partei keine Mitglieder brauche, die sich weder den Gewerkschaften noch den sozialistischen Gruppen anschließen wollten. Bruce Glacier führte aus, daß die Arbeiterpartei keine primäre, sondern eine sekundäre Organisation sei, die nur Organisationen aufnehmen. Wenn der Vorschlag des Vorstandes den Zweck verfolge, reichen Leuten die Mitgliedschaft möglich zu machen, so sei er dagegen. Die Partei müsse eine Arbeiterpartei bleiben. Andere Delegierte wiesen auf die Gefahren hin, die der Partei noch ihrer Ansicht durch die Neuerung drohten. Der Gemeinderat Palin bemerkte, daß für eine Person, die nicht einmal in dem weiten Rahmen der Fabischen Gesellschaft Platz finden könne, auch in der Arbeiterpartei kein Platz sei.

Bei dem Punkte „Demission des Sekretärs“ wurden von verschiedenen Rednern die großen Verdienste, die der scheidende Sekretär (MacDonald) der Partei seit ihrer Gründung unentgeltlich geleistet hat, gebührend gewürdigt. Das Parlamentariermitglied Henderson wurde zum Sekretär gewählt. Bei dieser Gelegenheit wurde von Anee (Londoner Gewerkschaftsleiter) darauf aufmerksam gemacht, daß der Sekretär der Arbeiterpartei auch stets Sekretär der britischen Sektion des Internationalen Sozialistischen Komitees sei laut Beschluß dieses Komitees. Es geht nicht an, daß Henderson, der kein Sozialist sei (!) diesen Posten ausfülle. Es wurde jedoch von verschiedenen Seiten darauf hingewiesen, daß der internationale Sozialistenkongress eine Zusammenkunft von Sozialisten und Gewerkschaftlern sei, zu der die britischen Gewerkschaften stets eingeladen worden seien.

Zu dem Thema Streikrecht hatte das Londoner Gewerkschaftsforum und die Gewerkschaft der kaufmännischen Angestellten

anstellung ist verdienstlich zu nennen durch die Mitwirkung des Berliner Volkschor. Ihn zu besitzen, darf sich die Arbeiterpartei Berlins glücklich schätzen. Ohne ihn wäre eine Vorführung Wagnerischer Musikstücke von der am Sonntag gebotenen Art gar nicht denkbar. Instrumentalensemble, gemischter Chorsängerchor und solistischer Gesang müssen zusammengehen, wenn der Hörer vom Geiste Wagnerischer Schöpfungen — in diesem Falle „Lohengrin“ und „Tannhäuser“ — ohne sie vorher von der Theaterbühne herab in ihrer Totalwirkung empfinden zu haben, einen Hauch verspüren soll. Mehr als diesen zu gewinnen, ist selbst bei den vollendeten Leistungen unmöglich, weil auf dem Konzertsaalpodium die organische Einheit aller Künste, wie sie bei Wagner machtvoll in die Erscheinung tritt, verloren geht. Die Chöre, die Einzelparts sind vollständig ihres dramatischen Lebens entleert. Es bleibt nur zurück, was gesungen werden kann. Auf der Bühne wird z. B. der materielle Zug der Frauen nach dem Münster, das Brautlied ungleich bewegter sich abspielen. Der weibliche Stimmenkörper des Volkschors wirkte diesmal noch etwas schleppend und schwerfällig; wohingegen der männliche Kraft und dramatische Berde entfaltete. Franlein Lucie Haenisch interpretierte die Elsa gefanglich recht ansprechend. Ihre Sopranstimme ist hell in Höhenlagen, wenig tragend nach der Tiefe hin; des dramatischen Elements scheint sie jedoch zu ermangeln. Die Gebetsarie der Elisabeth im „Tannhäuser“ gelang ihr weit besser. Von der hochbedeutenden Aufgabe, die Wagner den Darstellern seiner Gestalten zugewiesen hat, konnten sich die Zuhörer bei Max Giehw ein, diesem auserwählten Künstler, eine annähernd richtige Vorstellung machen. Da wird der Wagnerische Sprechgesang in seiner dramatischen Mystik, Charakterisierungsfälle und dennoch poetischen Linie ungeheuer lebendig. Die Szene nach der Hochzeit im Schlafgemach, eine der herrlichsten, die Wagner jemals geschaffen hat, konnte natürlich nur annähernd in ihrem Zauber vorgeführt werden, weil die Vertreterin der Elsa hier beinahe alle gebotene Leidenschaftlichkeit und Säge vermissen ließ. Daß Wein die Gralserzählung Lohengrins und die Romfahrt des Tannhäuser mit überwältigender Hoheit zu Gehör brachte, ist bei diesem Fleiß und Blut gewordenen Wagnerjäger so betwunderungsvoll als selbstverständlich. Dr. Jander dirigierte mit Schwung und energischem Feuer. Das Berliner Sinfonie-Orchester spielte unter seinem Dirigenten Maximilian Fikser, namentlich die Tannhäuser-Ouverture ausnehmend schön. Einen Wunsch aber an die Leitung der Arbeiterbildungsschule: Würde es sich nicht empfehlen, in Zukunft lieber zu Konzerten zu veranlassen, um einer dringvoll fürchterlichen Enge im Saalraum vorzubeugen? o. k.

Humor und Satire.

Aus dem Tagebuch des Dr. Karagöz Bey. 19. Januar. Morfeide, das „Tor des Orients“ — für uns das Tor Europas. Es ist doch etwas Schönes am Europa. Welche Ehrfurcht vor der Humanität! Als ich heute mittag auf der Cannebidre vor dem Café Zurich saß, umorte mich eine Dame unter Segenswünschen und bat mich, einen Haden aus dem roten Halbmond auf meiner Armbrunde zupfen zu dürfen. Die Dame war freilich an die fünfzig, fast wie eine Hour, und sie sagte mir, sie habe schon Häden aus Schulterknaufen von 41 Infanterieregimenten zupfen und das bringe Glück. Aber gleichwohl, welcher Respekt vor unserer erhabenen

eine Resolution eingebracht, in der erklärt wurde, daß das Recht der Arbeiter, zu streiken, in Gefahr sei und um jeden Preis gewahrt werden müsse. Der Begründer, Anee (Londoner Gewerkschaftsleiter), wies auf die Versuche hin, die die Regierung mache, den Arbeitern diese Waffe zu entreißen oder die Waffe abzutumpfen. Herr Churchill sei im Begriff, eine eigene Streikpolizei einzuführen. Die irischen Kontervaiben hätten einen ähnlichen Einfall gehabt und sich auch eine besondere Polizeioorganisation geschaffen, die ihre Aufmerksamkeit am 8. Februar dem Minister des Innern in Belfast zuwenden würden. Der Minister werde dann Gelegenheit haben, zu studieren, wohin diese neue Regierungslinie führe.

Nach kurzer Debatte wurde die Resolution einstimmig angenommen.

Angenommen wurden ferner Resolutionen, die die Aufrechterhaltung des augenblicklich von den englischen Unternehmern heftig angegriffenen Gewerkschaftsgesetzes vom Jahre 1906 (Streikpostengesetz) und die Umfassung des Verbotsurteils verlangten. Ein Antrag zu der ersten Resolution, der die Erklärung des Generalstreiks für den Fall forderte, daß eine Verschlechterung des Gewerkschaftsgesetzes beabsichtigt werden sollte, wurde abgelehnt. Bezeichnend war die Annahme eines Zusatzantrages zu der Verbotsresolution, der die Gewerkschaften aufforderte, der richterlichen Entscheidung im Odbornesfall Trotz zu bieten, eine Aufforderung, die von einer Reihe Gewerkschaften schon seit einiger Zeit befolgt wird.

Abends fand eine große Demonstration im Rathause statt, in der Genosse Kollenuhr in einer Rede das Argument der englischen Schutzöllner, daß Deutschland seinen wirtschaftlichen Aufschwung dem Schutzoll und nicht der Intelligenz und der Tatkraft seines Volkes verdanke, glänzend widerlegte.

Konferenz der Binnenfahrer.

Seit gestern vormittag 9 Uhr tagt im Gewerkschaftshause die diesjährige Konferenz der Binnenfahrer und Flößer der Elbe, Oder und der Märkischen Wasserstraßen, einberufen von der Mitgliedschaft dieser Branche des Deutschen Transportarbeiterverbandes. Anwesend sind 41 Delegierte, 16 Mitglieder des Vorstandes, sowie je ein Vertreter der Rheinfahrer und des Verbandes der Maschinenisten und Heizer, und ferner nimmt als Vertreter der österreichischen Studerorganisation Anton Prager an der Veranstaltung teil.

Der erste Punkt der Tagesordnung ist der Geschäftsbericht des Vorstandes, den der Vorsitzende Schünung gab. Er wies zunächst auf die außerordentlich schwere wirtschaftliche Katastrophe hin, von der die Binnenfahrerschaft im verfloffenen Jahre infolge des niedrigen Wasserstandes der Flüsse und Wasserstraßen betroffen wurde. Die Regierung, und namentlich die preussische, ist für wirksame Maßnahmen zur Vorbeugung und Verhütung solcher Ereignisse nicht zu haben. Der Redner spricht die Erwartung aus, daß die Verstärkung der parlamentarischen Macht der Arbeiterklasse auch dahin wirken wird, daß eine bessere Verkehrspolitik für die Binnenfahrerschaft zur Geltung kommt. — Die Organisation der Binnenfahrer hat trotz der so sehr ungünstigen Schiffsabverhältnisse recht gute Fortschritte gemacht. Die Mitgliedszahl ist im Laufe des Jahres von 5485 auf 8763 gestiegen. Am stärksten ist die Organisation auf der Oder und Elbe, während sie auf den märkischen Wasserstraßen noch ziemlich viel zu wünschen übrig läßt. Leider ist es auch noch nicht gelungen, die Flößer in größerer Anzahl zu organisieren und sie zu tätigen Mitgliedern zu machen. Im allgemeinen wäre es mit der Organisation der Binnenfahrer noch weit besser vorwärts gegangen, wenn man mit normalen Verhältnissen zu rechnen gehabt hätte. Der Versuch, durch Schiffermission und Schifferpastoren einen Keil in die Bewegung zu treiben, ist mißlungen, so daß man jetzt davon Abstand nehmen mußte. Die Unternehmer suchen nun den Steuerleuten ihr besonderes Wohlwollen zuzuwenden, natürlich lediglich, um sie von der Organisation fernzuhalten. Bei der im letzten Jahre durchgeführten Lohnbewegung auf der Oder sind die Bootleute und Steuerleute einmütig vorgegangen, und so ist es dort auch verhältnismäßig leicht gelungen, einigermassen erteilte Verhältnisse zu schaffen und Tarifverträge abzuschließen. Wenn auf der Elbe die Steuerleute sich bei der kommenden Lohnbewegung nicht beteiligen, werden sie jedenfalls diejenigen sein, die unter die Räder kommen. Im ganzen fanden im verfloffenen Jahre neun Bewegungen statt, und davon

Mission! — Soeben geht die „Manouba“ in See. Mit uns reißt der Genius der Menschlichkeit über Meeresswogen und Ländergrenzen.

30. Januar. Wir kommen heute nicht nach Tunis. Wir sind in Cagliari. Die „Manouba“ wurde von einem italienischen Kriegsschiff festgehalten, weil wir verkleidete Offiziere sein sollen. Aber die Kulturwelt kann die Verletzung der Genfer Konvention, Frankreich die seiner Flagge nicht dulden!

22. Januar. Nichts Neues, als daß man uns den Italienern ausgeliefert und unsere Taschen nach Kanonen untersucht hat. Dem Sanitätskolonnen Drabim wurde eine Nummer des „Zeit Journal“ konfisziert, worin er eine Lyoner Wurst verpackt hatte. Auf der zweiten Seite ist eine Karte von Tripolitaniens. Man hält ihn für einen General. Die Nummer ist an den italienischen Generalsstab geschickt worden.

23. Januar. Endlich ein Hoffnungsstrahl! Ich lese, daß der französische Ministerpräsident unsere Freigabe fordert. Die französische Regierung will selbst untersuchen, ob wir Kombattanten sind. Ja, die Zivilisation, die Humanität, das Völkerrecht. Genf, London, der Haag! Alles aussteigen!

24. Januar. Wir sind noch immer in Cagliari. Die italienische Regierung will die Untersuchung selbst führen. Generalarzt Dr. Mortadella führte mir den Infanteristen Mandolati vor, dessen Fußleiden — der Mann hinkt — ich examinieren soll. Diagnose unmöglich.

25. Januar. Infanterist Mandolati nach einem Fußbad von neuem vorgeführt. Ich habe ihm das Führerauge geschnitten. Generalarzt Dr. Mortadella beglückwünschte mich kollegial. Meine ärztliche Qualität ist bewiesen.

26. Januar. Es ist wieder nichts. Die italienische Regierung will selbst nach Tripolis bringen, weil unser roter Halbmond auf dem Kermel unaufsehbar ist. Frankreich aber duldet das nicht.

27. Januar. Die Formel ist gefunden! ... Wir werden an Frankreich ausgeliefert. Die Untersuchung geht weiter. ... In der tripolitanienschen Wüstenform liegen Vermundete, in den Feldspitälern fehlen Ärzte, fehlt Verbandzeug. ... D Humanität! O. P.

Notizen.

— Felix Schweighofer, einer unserer besten komischen Charakterisierer, ist im 70. Lebensjahre in Blasewitz bei Dresden einer Lungenerkrankung erlegen. Er halte in der Jugend noch das ganze Samierleben kennen gelernt und wirklich von der Pike (vom Bettelausträger) an gebient. Mehrmals mußte er in sonstigen Berufen Fußfuchter suchen, bis er sich auf der Bühne behaupten konnte. Seit 1870 war er in Wien, bis die Flut der blöden Operetten ihn vertrieb. Er war dann jahrelang auf allen deutschen Theatern der Welt zu Gast, überall durch die Vielleitigkeit, Roturturen und die feinste, minutiöse Ausarbeitung seiner Rollen Entzücken erregend.

— Gustave de Molinari, einer der letzten konsequenten Wanderschaften, ist in einem kleinen Orte an der belgisch-französischen Grenze im Alter von 93 Jahren gestorben. Er war ein reines wissenschaftliches Fossil, wie sie sich nur unter französischen Volkswirtschaftlern erhalten. Seit 1891 leitete er das „Journal des Economistes“, die Zeitschrift des französisch-belgischen Wandfesterturns.

Aus der Partei.

Zu den sozialdemokratischen Stichwahlzügen

gingen beim Parteivorstand noch folgende Glückwunschtelegramme ein: Stockholm, 26. Januar. Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion, 75 Abgeordnete der beiden Kammern, senden den deutschen Kollegen herzliche Grüße zum glänzenden Wahlsiege. Sie wünschen doch immer als die ersten voran!

Paris, 26. Januar. Der Vorstand der Partei und die sozialistische Gruppe des Parlaments senden den deutschen Genossen die wärmsten Glückwünsche anlässlich ihres hervorragenden Sieges vom 12. Januar, der durch die Stichwahlergebnisse so brillant vervollständigt wurde. Sie begrüßen die gewaltigen Fortschritte der deutschen Sozialdemokratie und sehen darin eine neue Garantie für die Aufrechterhaltung des Friedens und für den kommenden Triumph der sozialistischen Arbeiter-Internationale.

Dubrenil, Dejeante.

Kristiania, 27. Januar. Es leben die „Niedergerittenen“! Hoch die Internationale! Sozialistische Grüße.

„Vorwärts“, Kristiania.

Columbus (Ohio), 28. Januar. Glückwunsch zum Siege! Die sozialistische Partei von Ohio.

Agitatorisches.

Von einem in der Agitationspraxis stehenden Genossen wird uns geschrieben:

Die Erfolge unserer Partei bei der Reichstagswahl werden anspornend auf unsere Agitation wirken. Schon die Spekulation unserer Gegner auf eine möglichst baldige Auflösung des Reichstags zwingt und treibt zur sofortigen Bereitschaft. Besonders lebhaft wird die Agitation in den Wahlkreisen einsehen, in denen wir nicht auf eigener Kraft siegen konnten, auf unzuverlässiger Stichwahlhilfe angewiesen waren oder bei der Hauptwahl unterlegen sind.

In Wahlkreisen mit zahlreicher ländlicher Bevölkerung ist die Agitation außerhalb der Wahlzeit nicht viel leichter als während dieser; sie wird vielfach eine noch schwieriger werden, denn unsere Erfolge werden die Gegner ohne Zweifel veranlassen, uns die Agitation durch Sozialabtrieb und Anwendung anderer terroristischer Mittel zu erschweren.

Bei der großen Zahl der Wahlkreise, in denen die proletarische Bevölkerung in zahlreichen Orten sehr zerstreut wohnt, wie beispielsweise in allen thüringischen Wahlkreisen, und wo die Agitation durch territoriale Zerissenheit und durch schlechte Verkehrsverhältnisse ohnehin erschwert wird, müssen Mittel und Wege gefunden werden, die unsere Agitation erleichtern, ohne ihre Wirksamkeit zu beeinträchtigen. Das kann am besten durch eine intensive, gut organisierte schriftliche Agitation geschehen.

Wo uns die Versammlungsorte abgetrieben werden, wo uns nicht genügend geeignete Genossen zur Verbreitung unseres Agitationsmaterials zur Verfügung stehen, die bei ihrer Hausagitation die Wähler für uns bearbeiten können, müssen wir um so öfter schriftliche Agitation betreiben und hier gibt es Mittel und Wege, die uns niemand verwehren kann, so lange keine Ausnahmegesetze bestehen.

Unsere Organisationen müssen sich die Adressen der Wähler aller Orte verschaffen und die Flugblätter durch die Post versenden. Wenn wir es schon oft gefunden und erlebt haben, unseren agitatorischen Genossen das Zutritt zu den Arbeiterwohnungen der Unternehmer durch Anschlag verboten wird, den Briefträgern können es die Schlotjunker so wenig wie die Kranjunker verbieten, sozialdemokratische Briefe zu bestellen. Zudem ist dieser Verkehr billiger als der durch Genossen. Der Reichsverband betreibt diese Agitation jahraus und jahrein, mit wieviel Erfolg kann dahingestellt bleiben. Jedenfalls wäre es, nebenbei gesagt, falsch, die Agitation des Reichsverbandes in Wahlkreisen wie den hier bezeichneten zu unterbinden.

Wir haben Wahlkreise mit mehr als 150 und 200 Orten. Befolgen wir die Adressen der in diesen Orten wohnenden, für uns in Frage kommenden Wähler, Kleinbauern, Handwerker, Post- und Eisenbahnbeamten und Arbeiter, dann wird es uns gelingen, der Agitation des Reichsverbandes den Boden zu entziehen. Die vom Parteivorstand empfohlenen Flugblätter eignen sich ganz vortrefflich zu einer dergleichen Agitation. Jeder eingemachten leistungsfähigen Kreis kann die Kosten dieser Verbreitung durch die Post tragen, zumal der Preis der Flugblätter ein außergewöhnlich niedriger ist. Totel verkehrt ist es, wenn die Kreisleitungen in der wahlfreien Zeit sparen und glauben, das Pulver bis zum Wahlkampf trocken halten zu müssen; gerade weil sie für den Wahlkampf gespart haben, werden sie in diesem oft viel Geld vergeblich ausgeben müssen.

In allen Wahlkreisen mit vorwiegend ländlicher Bevölkerung ist die Parteipresse schlecht oder doch sehr mangelhaft verbreitet. Die politische Organisation ist meist ebenso schwach entwickelt. Das ganze öffentliche Leben, ohnehin ziemlich inhaltslos, wird beherrscht von der großen Anzahl kleiner Lokal- und Provinzialblätter, von Kriegern, Flottenvereinen und vom Bund der Landwirte. Und nun kommen wir alle paar Jahre, je nachdem Landtags- oder Reichstagswahlen stattfinden, um die politische Situation für unsere Partei auszunutzen, denn von Vorderseiten der Situation sind wir und kam unter solchen Verhältnissen absolut keine Rede sein. In diesen Kreisen leben wir tatsächlich nur von den Dummheiten unserer Gegner. Je nachdem diese wachsen oder sich verringern, bewegt sich dort unser Wahlsitz, steigt es oder verläßt es uns.

Eine Partei, die für eine Klasse die politische Macht erobern will, darf nicht von der Gunst oder der Ungunst der politischen Situation in ihren Fortschritten abhängig sein, sie muß imstande sein, sich eine dauernd günstige Situation zu schaffen, indem sie die Massen vom Denken erzieht, sich in ihren Zielen und Forderungen in der öffentlichen Meinung durchzusetzen versteht. Das kann aber nicht in Wahlen geschehen, wo wir uns gerade in zurückgebliebenen Wahlkreisen meistens in der Verteidigungstellung befinden.

Ein weiterer Fehler, der noch sehr oft in der Wohlagitation gemacht wird, ist, daß die Verschiedenheit der sozialen Stellung der Wähler ländlicher Kreise sowie auch der kleineren und mittleren Städte nicht genügend berücksichtigt wird. Die Wähler werden einfach über einen Kamm geschlagen. Wenn keine Unterscheidung der Wähler nach ihren sozialen Verhältnissen bei der schriftlichen Agitation vorgenommen wird, ist es unmöglich, die Erkenntnis der Gemeinsamkeit ihrer sozialen und politischen Interessen allen Schichten der proletarischen Wähler beibringen zu können. Auch in der politischen Agitation muß der Grundgedanke zur Geltung kommen, über der Einheit die Mannigfaltigkeit nicht zu vergessen, sondern zu unterscheiden, um zu verbinden. Die Arbeiterklasse, vom halbproletarischen Kleinbauern bis zum ungelerten Handwerker, ist nicht so einfach zusammenzufassen, daß die Gemeinsamkeit der Interessen jedem gleich ins Auge springt. Besonders in jenen Schichten, die ihrer sozialen Lage nach zur Arbeiterklasse gehören, sich selbst aber nicht als Arbeiter selbständig betrachten, die wir aber, wenn wir die politische Macht erobern wollen, für uns gewinnen müssen, muß die schriftliche Agitation in der wahlfreien Zeit energisch und mit besonderer Klugheit betrieben werden. Schon wenn es uns gelingt, das Vorurteil, das in diesen Kreisen immer stark gegen uns besteht, zu brechen, und wenn auch auf abschbare Zeit noch keine Aussicht vorhanden ist, sie organisatorisch für unsere Partei zu gewinnen, so haben wir, wenn sie sich nicht abgestoßen oder vernachlässigt fühlen, schon viel gewonnen.

Diese Schätzung der Wähler nach ihren ökonomischen Verhältnissen ist keine schwierige Aufgabe, wenn die Kreisleitungen im Besitze der Adressen sind. Da in den Landorten der Wohnungswechsel äußerst gering ist, bleibt das Adressenmaterial auf längere Zeit zuverlässig; es muß selbstverständlich von Zeit zu Zeit ergänzt werden.

Wie soll nun dieses Material beschafft werden? Teilweise werden Adressbücher zu haben sein; wo dieses nicht der Fall ist, können die Vertrauensleute die Adressen ermitteln, und wo es auch an genügend Vertrauens-

leuten fehlt, müssen unsere Genossen bei Flugblattverbreitung, Zeitungsdistribution oder anderen Gelegenheiten die Adressen zu ermitteln suchen.

Das so gewonnene Adressenmaterial dient nicht nur zur Verbreitung von Flugblättern, sondern ist auch bei der mündlichen Agitation außerordentlich nützlich zu gebrauchen.

Wie schwer sind in vielen Gegenden öffentliche Versammlungen zustande zu bringen; auch dort, wo genügend Versammlungsorte zu unserer Verfügung stehen. Die Presse ist vielfach gar nicht verbreitet; persönliche Einladung ist wegen mangelhafter Verbindung und weiler Entfernung unmöglich; der Ortspolizeibeamter stellt vielfach noch im glücklichsten Falle die Versammlung im Dorf aus zu einer Tageszeit, in der besonders die Arbeiter noch nicht zu Hause sind. Um wieviel leichter ist die Arbeit, wenn beständig eingeladen werden kann. Wo die Versammlungen Sonnabends und Sonntags stattfinden müssen, können mehrere Orte eingeladen und auf diese Weise viel bessere agitatorische und organisatorische Erfolge erzielt werden. Ist die Agitation einige Zeit auf diese Weise betrieblen worden, dann wird sich deren Wirkung sehr bald zeigen. Das Bedürfnis, mehr von uns zu sehen und zu hören steigt. Obgleich man es auf dem Lande so oft genug zu hören bekommen, wir können nur zu Wahlfestungen, um uns die Stimmen der Landbewohner zu holen. Gelingt es uns, das politische Leben auf dem Lande reger zu gestalten, dann wird es uns nicht schwer, unsere Presse zu verbreiten und Mitglieder für die politische Organisation zu werben. Die ausgegebenen Gelber können bestimmt wieder ein, und es gelingt uns, den Einfluß auf die öffentliche Meinung zu erhalten, ohne den wir unsere Erfolge nicht zu dauernden machen können. Unserer Aufklärungsarbeit folgt dann aber auch die gewerkschaftliche Organisation. Unsere Gewerkschaften haben in diesen ländlichen Kreisen nicht minder schwer zu arbeiten als die Partei. Wo sich die Industrie auf das platte Land ausdehnt, macht sich überall das Schlotterentum breit und unterbindet jegliche Organisationsfähigkeit. Die Arbeiter vertrauen sich kaum eine Versammlung zu besuchen, aus Furcht, demüdigert zu werden. Die Unternehmer unterhalten ein häßliches Spiegeltum. Haben wir aber eine Zeitlang schriftliche Agitation betrieben, dann beginnen sich auch die bedrücktesten Arbeiter zu regen und wir lassen ihnen Fuß für die Partei und Gewerkschaften. Es empfiehlt sich daher, daß sich die Partei- und Gewerkschaftsfunktionäre der betreffenden Wahlkreise über die Agitationsweise verständigen und sie organisieren. Wenn die hier gegebene Anregung geprüft wird, werden die Genossen allerorts zugehen müssen, daß auf dieser Basis mit Voransicht auf Erfolg gearbeitet werden kann.

Tod eines österreichischen Parteiveteranen. In Wien ist Genosse Rudolf Pokorny im Alter von 60 Jahren gestorben. Schon 1879 war er in der radikalsten Arbeiterpartei hervorragend tätig und er wurde unter dem alsbald verhängten Ausnahmezustand besonders beispielhaft. Er war dann der erste Redakteur des Fachblattes der Metallarbeiter. Neben Viktor Adler hat sich Pokorny die größten Verdienste um die Einigung der streitenden Fraktionen erworben. Er hatte an allen Einigungsversuchen seit 1888 und selbstverständlich am Hainfelder Parteitag von 1888/89 großen Anteil. Er hat aber auch als praktischer Sozialpolitiker an der Verwaltung der Unfallversicherung mitgearbeitet und widmete sich in den letzten Jahren dem Arbeiterkassenverein „Vorwärts“.

Ein Siebzigerjähriger. In Göttingen befehlt heute ein alter Vorkämpfer der Partei, Genosse Hugo Keller seinen siebzigsten Geburtstag. Bis zu seinem 65. Lebensjahre hat sich der Jubilar als Tabakarbeiter kümmerlich durch das Leben schlagen müssen. Als dann das Arbeitersekretariat in Göttingen errichtet wurde, wurde er mit diesem Amte betraut. Stand er doch seit einem halben Jahrhundert als nimmermüder Agitator im Dienste der Partei. Besonders tätig war er in der preussischen und sächsischen Provinz. Jahrelang kandidierte Genosse Keller im Wahlkreis Göttingen-Landau und im Wahlkreis Göttingen. Im Jahre 1906 trat er wegen seiner angegriffenen Gesundheit von der Kandidatur zurück. Im eben beendeten Wahlkampf war er noch als Redner und Agitator tätig und konnte die Freude erleben, daß sein alter Wahlkreis Göttingen-Landau für die Partei gewonnen wurde. Auch als Stadtvorordneter steht Genosse Keller seit dem Jahre 1908 im Dienste der Partei. Wir wünschen, daß der Jubilar noch recht lange unserer Sache erhalten bleiben möge.

Versammlungen.

Zentralverband der Handlungsgehilfen und Gehilfinnen Deutschlands.

Die Generalversammlung des Bezirks Groß-Berlin tagte am 26. Januar in den Kaiserpalast. Vor Eintritt in die Tagesordnung gedachte Friedländer mit warmen Worten der Verdienste des verstorbenen Kollegen Leopold Piepmann. Der Verstorbene war einer der Mitbegründer des Verbandes und hat derselbe schon in dem Vorläufer des Zentralverbandes — der Freien Organisation junger Kaufleute — anspornend und tatkräftig für die Verbreitung der gewerkschaftlichen Ideen unter den Handlungsgehilfen gewirkt. Seine unermüdete Tätigkeit für die Verbesserung der Lage der arbeitenden Klassen wird ihm ein dauerndes Andenken in der modernen Arbeiterbewegung sichern. Der sodann gegebene Kassenbericht über das vierte Vierteljahr 1911 schließt in Einnahme und Ausgabe mit 12 251,95 M. ab. Der auf das neue Vierteljahr vorzutragende Kassenbestand beträgt 2401,35 M. Die Mitgliederzahl hat sich gegenüber dem 3. Vierteljahr um 132 auf 2410 erhöht. Die Gesamtzunahme an Mitgliedern im Jahre 1911 beläuft sich auf 623. Auch die im Berichtsjahre ins Leben gerufene Jugendabteilung hat erfreuliche Fortschritte gemacht. Aus dem Geschäftsbericht ist zu entnehmen, daß der Verband im abgelaufenen Geschäftsjahre rührig tätig war und auch Erfolge erzielte, so u. a. in der Sonntagabendbewegung, die zur weiteren Einschränkung der Verkaufszeit in Berlin und in fast allen Vororten geführt hat. — Die Wahl für den von seinem Posten als Ortsbeamter zurückgetretenen Kollegen Horn fiel auf Fritz Schmidt. In die Ortsverwaltung wurden gewählt: als zweiter Bevollmächtigter Wachner, als Schriftführer Schner und Reuthal, als Delegierte zur Gewerkschaftskommission Urban, Fritz Schmidt, Maske und Laack. Die Wahl des ersten Bevollmächtigten und des Aktionsausschusses wurde bis zu dem im Februar stattfindenden außerordentlichen Generalversammlung aufgeschoben.

Die Filiale Berlin des Verbandes der Tapezierer hielt am Freitag im großen Saale des Gewerkschaftshauses ihre Quartalsversammlung ab, in der als erster Punkt der Quartals- und Jahresbericht auf der Tagesordnung stand. Der Vorsitzende Litzke führte in seinem Bericht in der Hauptsache folgendes aus. Von dem wirtschaftlichen Aufschwung, der sich in der Industrie bemerkbar macht, war im verfloffenen Jahre im Tapezierergewerbe nichts zu spüren, und die Arbeitslosigkeit ließ alles zu wünschen übrig. In den beiden ersten Quartalen war die Konjunktur sehr schlecht, im dritten trat zwar ein Aufschwung ein, aber er war nicht von langer Dauer, und von einer Hochkonjunktur wie in früheren Jahren, konnte nicht die Rede sein. Mitte des 4. Quartals war die Arbeitslosigkeit schon wieder außerordentlich groß, und dieser Zustand dauert auch jetzt noch an. Es ist — auch nach Meinung einschätziger Geschäftsleute — vor allem auch die politische Depression, es sind die Kriegserlösbereiten, unter denen das Geschäft nach dem Ausland schwer gelitten hat. Das verfloffene Jahr brachte für die Ortsverwaltung und für die Ortsverwaltungskommission eine sehr umfangreiche Tätigkeit mit sich. Obwohl die Lohnbewegung im 1. Quartal zum Totalausbruch führte, waren auch nachdem noch in verschiedenen Werkstätten Lohnkämpfe auszufechten. Im allgemeinen hat die Lohnbewegung schwebende Vorteile. Erhöhung der Löhne und für eine Reihe von Verhältnissen Verkürzung der Arbeitszeit gebührt. Der Redner ging sodann näher auf die Verhältnisse in den einzelnen Sektionen ein und erwähnte als eine erfreuliche Tatsache die Gründung der Pioniers-

waren fünf Angriffs- und zwei Abwehrbewegungen, und in zwei Fällen war die Organisation der Winenschiffer in Mitleidenschaft gezogen. An den Lohnbewegungen waren 3977 Mann beteiligt, und für 3950 Mann verliefen sie erfolgreich. Die erzielte Erhöhung des Monatslohnes betrug für diese 7,29 M. pro Mann oder für alle zusammen 38 795,50 Mann. Außerdem wurde bessere Bezahlung der Leberstunden erzielt, so daß hierfür der Lohn für 3325 Mann von 25 auf 50 Pf., für die übrigen teils von 40 auf 50, teils von 50 auf 60 Pf. erhöht worden ist. Entschädigung für Sonntagarbeit ist durch die Bewegung teils erst eingeführt, teils in derselben Weise erhöht worden wie die für die wochentägliche Leberzeitarbeit. Es sind außerdem noch verschiedene andere Vorteile errungen worden, und namentlich ist hervorzuheben, daß der Nachschuß und die Kaution, durch die das Unternehmertum die Bootskente gegen ihren Willen an einen bestimmten Arbeitgeber zu fesseln suchten, abgeschafft sind, und daß, ebenfalls für die Oberkammer ein Schiedsgericht geschaffen wurde. In diesem Schiedsgericht ist zwischen den Organisationen beider Parteien unter anderem eine Verständigung darüber getroffen, daß bei Behinderung der Schifffahrt eine siebenstägige, statt der sonst vierzehntägigen Kündigungsfrist gelten soll, und daß die Winterruhe von Seiten der Reedereien nicht vor dem 15. November erklärt werden darf. Die Lohnbewegungen sind im allgemeinen friedlich verlaufen, nur bei einer Firma kam es mit 26 Mann zum Streik. Bemerkenswert ist noch, daß die Mitgliedschaft der Winenschiffer in Pirna eine Lohnbewegung im Pange werbe durchführte; es handelte sich dort um 40 Mitglieder, die infolge des niedrigen Wasserstandes arbeitslos in ihrem Beruf Arbeit als Bauarbeiter verrichteten. Auch diese Bewegung verlief erfolgreich. Im übrigen waren die Winenschiffer bei ihren Lohnbewegungen überall zum Kampf gerüstet, und wenn es meist ohne Kampf abging, so liegt das daran, daß das Unternehmertum wie auch die Privatbesitzer es vorzogen, annehmbare Zugeständnisse zu machen. Der Hauptvorstand des Transportarbeiterverbandes war den Wünschen der Winenschiffer in jeder Weise entgegengekommen, so daß in dieser Hinsicht einem energischen Vorgehen keine Hindernisse im Wege standen. — Der Redner ging weiter auf die Agitations- und Organisationsarbeit ein, und seinen Ausführungen ist zu entnehmen, daß auch in dieser Beziehung eine äußerst rege Tätigkeit entfaltet worden ist.

An den Bericht schloß sich eine rege Diskussion, in der namentlich die Organisationsverhältnisse der Winenschiffer wie der Flößer eingehend besprochen wurden.

In der Nachmittagsführung kam zunächst der Kassenbericht

zur Verhandlung. Er liegt sowohl für das letzte Vierteljahr wie für das ganze Jahr 1911 vervollständigt vor. Der Kassierer Böhmner gab mündlich eine Reihe Ergänzungen und Erläuterungen dazu. Der Kassenbericht zeigt ebenfalls von dem starken Fortschritt, der im verfloffenen Jahre gemacht ist; es sind rund 117 400 Vorkaufsmarken mehr abgesetzt worden als im Jahre 1910. Die Jahresabrechnung schließt mit der Bilanzsumme von 173 288,57 M. ab. An die Hauptkassen wurden in bar 49 878,42 M. abgeliefert; für die verschiedenen Unterführungen samt Rechtsfonds wurden jedoch 61 672 M. angegeben. Die größten Ausgabenposten auf Rechnung der Hauptkasse sind: 26 048,70 M. für Arbeitslosen, 11 004,67 M. für Krankenunterstützung, 11 837,70 M. für Lohnbewegungen, Agitation usw. Der Bestand der Lokalkasse ist von 11 165 M. auf 25 459,88 M. gestiegen. Unter den Ausgaben der Lokalkasse sind auch 1247,00 M. für die angesperrten Tabakarbeiter. — In der Diskussion über den Kassenbericht wurden Einwendungen nicht erhoben. Dem Kassierer wurde einstimmig Decharge erteilt. Angenommen wurde ein Antrag, dem Gewerkschaftsartikel in Allen o. d. Erde als Beitragsleistung der Winenschiffer jährlich eine Pauschale von 80 M. zu zahlen.

Darauf hielt der Schriftführer A. Schulz einen Vortrag über die Reichstreitigkeiten in unserer Branche. Infolge der Behinderung der Schifffahrt durch den niedrigen Wasserstand ist es im verfloffenen Jahre zwischen Arbeitnehmern und Arbeitgeber zu einer großen Anzahl Streitigkeiten gekommen, die nur auf gerichtlichem Wege zum Austrag kommen konnten. Es sind 158 Klagen anhängig gemacht worden, für im ganzen 408 Mitglieder. Die eingeleiteten Forderungen beliefen sich auf die Summe von 12 012,33 M., wovon den Klägern 9372,65 M. zugesprochen wurden. Da es sich zu einem guten Teil um prinzipielle Entscheidungen handelt, namentlich auch Kündigungslose Entlassung, Einbehaltung des Lohnes, Weigerung der Zahlung des Reisegeldes in Frage kommt, ist der Vorteil, den die Mitglieder auf Grund der Durchführung der Klagen erreicht haben, weit größer, als es in jener Summe zum Ausdruck kommt. Der Redner ging näher auf einzelne der gefällten Entscheidungen ein und machte verschiedene lehrreiche Ausführungen über die Rechtsverhältnisse der Bootskente und Steuerleute. — Aus den Reihen der Delegierten wurde angeordnet, daß der Referent an verschiedenen Orten den Mitgliedern Vorträge über die Rechtslage der Winenschiffer halten möge.

Sodann berichtete Schünung über die Bibliothek und ihre Benutzung. Der Bestand erstreckt sich auf die Zeit vom 1. Juli 1910 bis zum 1. Juni 1911. Der Bücherbestand ist von 6030 auf 6008 Bände gestiegen. Benutzt wurde die Bibliothek im Berichtsjahre von 1325 Mitgliedern, im vorhergehenden Jahre von 1124 Mitgliedern. Das Interesse an guter Literatur ist also im Wachsen begriffen. Neue Schriftdruckbibliotheken sind von der Mitgliedschaft im verfloffenen Jahre in Breslau, Fürstberg, Stettin und Lübeck eingerichtet, so daß die Gesamtbibliothek nun aus 12 Ortsbibliotheken oder Ausgabestellen besteht. — In der Diskussion wurde erwähnt, daß die „Magdeburger Zeitung“ und andere Kapitalistenblätter einen gehässigen Artikel über die Bibliothek gebracht haben. Als die Bootskente sich nach Mid-Carrier und Indianerführern wie anderer Schundliteratur besahnen, haben derartige Blätter sich nicht darum bekümmert, aber nun, wo ihnen die besten Werke der schönen und der populärwissenschaftlichen Literatur zur Verfügung stehen, müssen sie ihre häßlichen Bemerkungen darüber machen. — Ein Antrag, die Bibliothek aus den Wirtschaften in die Bureauz zu verlegen, soweit die Organisation an den betreffenden Orten eigene Bureauz hat, wurde dem Vorstande zur Verächtlichung überwiesen.

Es folgte:

„Die Trinkwasserverhältnisse in der Winenschifffahrt.“

Der Referent Schramm führte hierzu in der Hauptsache aus, daß die Bootskente wie auch die Reichsmisten und Heizer und die Flößer häufig genötigt sind, ihr Wasser zum Trinken, Kochen und Waschen aus dem Flusse zu entnehmen, weil sie nicht Zeit finden, aus dem manchmal allzu entfernt liegenden Brunnen oder Leitungen Trinkwasser zu beziehen. Einzelne Gemeinden holten es auch nicht für nötig, den Schiffen Gelegenheit zur Entnahme von Trinkwasser zu geben, so daß die Schiffer genötigt sind, es sich bei Privatleuten zu holen, was ja meist, da man sich an Gastwirte oder Geschäftsleute wenden muß, mit Geldausgaben verknüpft ist. An einzelnen Orten muß das Wasser überhaupt erst gelaufen werden, und besonders während des Kleinwasserstandes in diesem Sommer war es den Winenschiffern an einzelnen Orten ganz besonders schwer gemacht. Trinkwasser zu erhalten. Während der Cholera im Jahre 1893 wurde eine sehr strenge Kontrolle ausgeübt, und auf der Höhe wurde den Schiffen nicht nur überall gutes Trinkwasser besorgt, sondern manchmal auch noch Cognac dazu geliefert. Es sind damals Einrichtungen zur Versorgung mit Trinkwasser für die Winenschiffer geschaffen, aber in vielen Fällen fehlt es noch immer daran. Es ist dringend notwendig, daß hierin für Besserung gesorgt wird. — In der regen Diskussion trat es deutlich hervor, daß die Schiffsmannschaften wie auch die Flößer noch vielfach unter Trinkwassermangel zu leiden haben und daß nur zu oft durch den Gebrauch von Flußwasser den schwersten Gefahren für ihre Gesundheit preisgegeben. Die Forderungen, die in dieser Hinsicht gestellt werden müssen, sind in einer Resolution niedergelegt.

Arbeiteraktion. — Wenn man früher bei Lohnbewegungen die Beobachtung machen mußte, daß nach deren Beendigung wieder ein starker Rückgang der Mitgliederzahl eintrat, so war das diesmal nicht der Fall. Allerdings war auch jetzt die Zahl derer, die sich aufnehmen ließen, dem Verbandsstand und wieder untreu wurden, ziemlich groß, aber es zeigt sich doch ein Fortschritt. Auch im letzten Quartal hat die Mitgliederzahl zugenommen, und zwar von 1923 auf 1927. Die Bibliothek ist im letzten Jahre 778 Mal benutzt worden, gegenüber 690 Mal im Jahre 1910. Der Bücherbestand ist von 700 auf 622 Bände angewachsen. Der Redner ermunterte die Mitglieder, sich die reichen Schätze der Bibliothek zunutze zu machen, und forderte im übrigen zu eifriger Tätigkeit für die Organisation auf. — Die Abrechnung lag sowohl für das letzte Quartal wie für das ganze Jahr vervollständig vor. Die Jahreseinnahmen sind dem alten Bestand betrugen 55 090,44 M., die Ausgaben 28 283,91 M., so daß ein Bestand von 26 806,53 M. übrigbleibt. Unter den Ausgaben ist der größte Posten der für die Lohnbewegung mit 10 042,35 M. Für die Hauptkasse schließt die Jahresabrechnung mit der Bilanzsumme von 67 098,60 M. ab. In die Hauptverwaltung wurden 1748,22 M. abgezahlt; die Arbeitslosenunterstützung erforderte 13 105 M., die Krankenunterstützung 2804,50 M., die Lohnbewegung 30 105,30 M., und für Gemahrgelienunterstützung wurden 707 M. ausgegeben.

In die Berichte schloß sich eine kurze Debatte. Darauf wurde die Neuwahl der Ortsverwaltung vollzogen, die folgendes Ergebnis hatte: 1. Vorsitzender Ribewitz, 2. Vorsitzender Neue, 1. Kassierer Szilinski, 2. Kassierer Hedmann, 1. Schriftführer Baltosec, 2. Schriftführer Janz; Beisitzer: Reumann und Sieler. Als Revisoren wurden wiedergewählt: H. Ludwig, Jaz und Horst.

Der nächste Punkt der Tagesordnung war: Stellungnahme zur Gaukonferenz, die am 18. Februar in Posen stattfindet. Hierzu wurde ein Antrag angenommen, durch den die verschiedenen Filialen im Distanz aufgefordert werden sollen, bei Tarifbewegungen dahin zu wirken, daß das Lehrlingswesen geregelt und eine bestimmte Lehrlingskategorie eingeführt wird. Gegenwärtig findet in vielen Orten eine für das ganze Gewerbe verberbliche Verheimlichung statt. So gibt es z. B. in Potsdam neben 47 Gehilfen nicht weniger als 45 Lehrlinge, und in anderen Städten ist das Verhältnis nicht besser. Oftmals ist es mit der Lehre so schlecht bestellt, daß der junge Gehilfe in keiner guten Werkstatt Unterkunft finden kann, sich dann bei Privatleuten Arbeit sucht und den Meistern sowohl wie der Gewerkschaft die größte Schmachtkonzurrenz bereitet. Ein zweiter Antrag zur Gaukonferenz, der ebenfalls von der Versammlung gutgeheißen wurde, fordert alle übrigen Ortsvereinigungen im Distanz auf, dafür zu sorgen, daß die nach Berlin reisenden Gehilfen auf die hier geltenden Tarifbestimmungen aufmerksam gemacht werden, damit sie sich danach richten, wenn ihnen in Berlin Arbeit angeboten wird. Als Delegierte zur Gaukonferenz werden gewählt: Neue, Horst, Otto Schmidt und Jibewitz. Die Versammlung beschäftigte sich ferner mit einigen Verbandangelegenheiten, wobei unter anderem beschlossen wurde, einem Kollegen aus den Reihen der Mitglieder Gelegenheit zum Besuch der Gewerkschaftsschule zu geben.

Zwei öffentliche Tapeziererversammlungen fanden ebenfalls im Gewerkschaftshaus, vor der Quartalsversammlung statt. Die eine diente zur Neuwahl der Vorsitzenden zum Jahresabschlussgericht. Zunächst wurde hier über die Tätigkeit dieses Gerichts im verfloffenen Jahre berichtet. Es sind 97 Klagen anhängig gemacht worden, und 17 davon führten zur Verurteilung des Beklagten, 27 wurden durch Verständigungsurteil gegen den Beklagten, 21 durch Vergleich erledigt, und in 14 Fällen wurden die Klagen teilweise abgewiesen und teilweise wurde der Beklagte verurteilt; abgewiesen wurden nach Verhandlung 17 Klagen. Außerdem wurden noch 4 Klagen durch Zurückziehung erledigt. Die Summe der eingeklagten Forderungen belief sich auf 2578,84 M. und davon wurden den Klägern zugesprochen 1675,07 M. — Als Revisor zum Jahresabschlussgericht wählte die Versammlung: Hedmann, Bände, Brunow, Strauß, Petle und Horst; als Erfahrlente: Barniski, Klinke, Emil Schröder, Oßen, Neue und Paschal.

Die zweite Versammlung galt der Neuwahl des Gehilfenausschusses. Dem Bericht, den der Abteilungsleiter Bände gab, ist zu entnehmen, daß im verfloffenen Jahre 198 Lehrlinge ausgebildet haben und 152 neue Lehrlinge eingeschrieben wurden. Uebrigens ist über die Logisverhältnisse wie auch über die Behandlung, die den Lehrlingen bei einigen Meistern zuteil wird, geklagt worden. Bei einem Meister befindet sich der Schlafraum des Lehrlings im Abort, wo auch noch schmutzige Wäsche und aller möglicher Kram herumliegt. Sehr sonderbar ist es, daß der Gehilfenausschuh zu den Versammlungen der Innung nicht zugelassen wird, obwohl dort doch oft über Dinge verhandelt wird, deren zweckmäßige Erledigung die Teilnahme der Gehilfenvertreter erfordert. Gegenüber dieser Beschwerde versprach der amtierende Innungsmeister Steinborn, dafür einzutreten, daß die Gehilfenvertreter zu den Innungsversammlungen geladen werden, wenn irgend welche Angelegenheiten, die für sie von Wichtigkeit sind, auf der Tagesordnung stehen. Im übrigen wurde in der Versammlung angeregt, daß die Lehrlinge in Zukunft ihre Gehilfenstatus in einem besonderen Raum unter Aufsicht der Gehilfen- und Meistervertreter anfertigen sollen. — In den Gehilfenausschuh wurden gewählt: Adnide, Friisch, Minn, Brunow, Oßen und Horst; als Erfahrlente: Rabe und Hedmann.

Zentralverband der Steinarbeiter. Die Generalversammlung der Filiale Berlin fand am Sonntag vormittag in der „Neuen Philharmonie“, Köpenicker Straße, statt. Der gedruckte vorliegende Jahresbericht für 1911 wurde von dem Vorsitzenden Ernst Winkler erläutert. Eine gute Konjunktur und eine recht zügige Inflation hat es ermöglicht, den Mitgliederbestand von 855 am Beginn des Jahres auf 1028 am Ende desselben zu erhöhen. Der Hauptteil des Zuwachses entfällt auf die Warmbrande, welche auch den größten Erfolg im Kampfe um bessere Arbeitsbedingungen zu verzeichnen hat, und zwar durch Abschluß eines Tarifvertrages mit dem Verband der Steinmehrgeschäfte von Groß-Berlin. Die Sektion I (Sandsteinarbeiter) hat durch die Organisierung der Hilfsarbeiter einen kleinen Mitgliederzuwachs erhalten. In der Kunststeinbranche dauerte der Kampf gegen das Altab- und Zwischenmeisterstufen während des ganzen Jahres an, ohne daß der gewünschte Erfolg erreicht wurde. Die Fragen der Arbeitslosenunterstützung und des paritätischen Lohnnachweises wurden im Geschäftsjahre viel erörtert, fanden aber noch keine Lösung. Ueber die Verhältnisse im Beruf veranfaltete der Verband statistische Erhebungen; die Beteiligung daran ließ aber zu wünschen übrig. Aus der Statistik ist unter anderem zu ersehen, daß von 1511 Berufsangehörigen 1073 organisiert waren (Stand vom 1. Juli 1911); davon gehörten 1014 zum Zentralverband und 59 zu anderen Verbänden. Von 580 Befragten, die sich an der Statistik beteiligten, arbeiteten 401 im Stundenlohn, 94 im Akkord und 141 auf beide Arten (der fehlende war ein Gewerkschafter). Das Durchschnittsalter der Steinarbeiter betrug nach der Statistik 33 Jahre 5 Monate. 288 Fälle von Krankheit, 1187 Fälle der Arbeitslosigkeit wurden registriert.

In dem Jahresbericht wird über die Verhältnisse in Potsdam gesagt, daß dort die Tarifbewegung Fortschritte gemacht hat, und daß der jetzt ablaufende Tarifvertrag durch einen besseren ersetzt werden soll, entsprechend den herrschenden Verhältnissen.

Der Vorsitzende rügte in seinen erläuternden Bemerkungen das Unwesen der Ueberstunden und betonte, daß eine Verfürgung der Arbeitszeit im Gewerbe notwendig sei. Freilich, so meinte er, sei die Verwirklichung dieser Verfürgung so stark gewachsen, daß der eine Angestellte im Bureau manche Ueberstunden und ohne Entschädigung machen müsse. Diese Bemerkung gab Veranlassung zu einer Diskussion über die Notwendigkeit, einen zweiten Beamten anzustellen; dagegen erhob sich aber ein scharfer Widerspruch unter den Versammelten. — In der Diskussion kam die Einrichtung einer Arbeitslosenunterstützung und die Möglichkeit einer Veröffentlichung des Namens der Restanten unter den Mitgliedern zur Sprache.

Der Kassenericht zeigte die folgende Bilanz: Gesamteinnahme inkl. Bestand vom vorigen Jahre 45 877,54 M., Gesamtausgabe 32 765,79 M., Bestand am Jahreschluss 13 111,75 M.

Unter den Ausgaben stehen verzeichnet: Für Reiseunterstützung 1178,— M., für Gemahrgelienunterstützung 33,75 M., für Rechtschutz 145,— M., für Umzugsunterstützung 50,— M., für Krankenunterstützung 2989,25 M., für Sterbeunterstützung 210,— M., für besondere Unterstützung 52 M.

Dazu kommen als Zuschuß aus der Lokalkasse für Streik- und Gemahrgelienunterstützung 2637,50 M., Reiseunterstützung 435,— M., Krankenunterstützung 1055,— M., Sterbeunterstützung 200,— M., Weihnachtsgeld- und besondere Unterstützung 457,75 M.

Nachdem die Versammlung dann die Berichte der Gauleitung, hauptsächlich die Agitation im Gau betreffend, und die Berichte der Besonderekommission gehört hatte, wurden Neuwahlen vorgenommen. Als Verbandsleiter wurde Ernst Winkler wiedergewählt. In die Gauleitung wurden Sieben, Ohnge mach, Hansjose und Tillack, in die Besonderekommission Böller, Wolf, Papp, Michaelis und Ahgrim gewählt.

Die Stad- und Zellensarbeiter Berlins nahmen in ihrer letzten gutbesuchten Versammlung den Jahresbericht der Branchenkommision entgegen. In der Diskussion wurde über die Arbeitsverhältnisse der Firma Ludwig Besondere geführte. Speziell ist es Meister Ender, der es gut verstanden hat aus dieser ehemals freien Arbeitsstätte eine Art staatliche Vorkommnisse zu machen. Von den Disziplinardrednern wurden Einzelheiten geschildert, wie Herr Ender mit älteren Arbeitern umspringt. Mit Enttäuschung protestierten die Versammelten gegen ein derartiges Treiben und verlangten, daß man auch bei Ludwig einsehen möge, Arbeiter seien auch Menschen. — Dann beschäftigte sich die Versammlung mit dem Streit bei der Firma Pöschke. Ueber acht Wochen streikten die Arbeiter dieser Fabrik und keiner ist abtrünnig geworden, trotzdem der Geschäftsführer Tannert bei einigen Ausständigen persönlich um ihre Arbeitskraft geworden hatte. Wie der Unternehmer mit seinen liebes Arbeitwilligen zufrieden ist, beweisen die fortwährenden Annoncen in der „Korrespondenz“ und „Volkszeitung“, nach denen unorganisierte Arbeiter und ebenso die Arbeiter auf „Militäreffekten“ gesucht werden. Lobhaft bedauert wurde, daß solche Blätter noch von Arbeitern gelesen werden. Arbeitswillige, die den Schutz der Kommission gegen die Firma nachsuchen, schildern die jetzigen Verhältnisse als äußerst traurig. 40 bis 50 Proz wurden vom Tarif abgezogen und die Arbeitszeit um 8 Stunden verlängert. Einem Arbeitswilligen gelang es, in 10 Stunden eine volle Mark zu verdienen. Die Firma, die früher mit einem Meister zurecht kam, beschäftigt deren jetzt 8 zu Löhnen von 45 bis 60 M. Biele lange Herr Pöschke diese Selbstmordstatistik noch weiter treiben kann, ist nur eine Frage der Zeit. Unter diesen Meistern befinden sich ganz bekannte Herren, wie Klein, Gruber, Knoll, Birner jun., Schulte, Andersen und ein Herr von Selzen. Manche von ihnen handeln früher selbst in den Reihen der Arbeiter. Draufhin berichteten einige Arbeitswillige über das kollegiale Verhalten der angehenden Meister untereinander: ein jeder Meister will eine neue Arbeitsmethode einführen, und ein jeder behauptet sein Recht. Das Ende ist ein Lohnwahn, so daß dem Arbeiter bei einigen Fällen selbst Angst wurde. Einigen von diesen guten Seelen ist bereits gekündigt; offensichtlich können die Arbeitnehmer die gute Arbeit nicht gebrauchen. — Die Streikenden führten bitter Beschwerde über das Verhalten der Polizei. Nicht nur, daß diese mit allen Mitteln zuzunehmen des Arbeitgebers eingreift und jeden Streikposten verweigert oder fesselt, versuchte sie auch, einzeln in der selben Hause wohnenden Streikenden den Tonvorg zu verbieten. Er kann ja über die Dächer sein Heim aufsuchen oder sich eines Flugapparates bedienen. Selbstverständlich geschieht dies alles zur „Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit!“ — Die Versammlung sprach den Streikenden ihre volle Sympathie aus und forderte die Kollegen auf, auszuhalten bis der Sturz des Arbeitgebers geschehen ist und die Arbeiter als Sieger aus dem Kampfe hervorgegangen sind.

Aus aller Welt.

Einst und jetzt!

Ein Parteigenosse sendet uns zur Erinnerung an seine Militärzeit folgende Zeilen mit der Bitte um Veröffentlichung: Am 27. Januar waren 18 Jahre verflossen. Ich war damals Soldat in einer kleinen Garnisonstadt der Provinz. Wie üblich führten auch wir bei der Feier dieses Tages ein Theaterstück auf, und zwar eine Episode aus dem Kriege 1870/71. Am Schlusse der Aufführung stand ich mit einigen Kameraden auf der Bühne, wir hielten jeder ein Weinglas in der Hand und ich rief mit lauter Stimme in den Saal hinein: „Hoch lebe die deutsche Armee, die unser geliebtes Vaterland groß und einig machen wird!“ Und heute? Seit mehr denn einem Jahrzehnt gehöre ich mit schon mit meinen ganzen innersten Gefühlen der Sozialdemokratie an. Als Mitglied der sozialistischen Armee kämpfe ich in ihren Reihen mit unter der Devise: „Krieg dem Krieg!“ Welch eine Wendung durch sozialistische Aufklärung! Und ich bin zufrieden und stolz darauf. „Drum: Getreu bis in den Tod der Fahne rot!“

Aus Nahrungsforgen in den Tod.

Auf dem Gebiete der Domäne Köstlin bei Gomborn fand man gestern morgen an der Wegkreuzung die Leiden des früheren Fleischbeschauers Lodinger aus Neuenkirchen, seiner Frau und seines etwa einjährigen Kindes. Die näheren Umstände lassen auf Selbsttötung von Mann und Frau schließen, die vermutlich ihren Grund in Nahrungsforgen hat.

Rühne flucht eines Gefangenen aus dem Pariser Justizpalast.

Im Untersuchungsgefängnis des Pariser Justizpalastes fand eine Gefangenentweichung statt, die durch die große Kühnheit des flüchtenden bemerkenswert ist. Es handelt sich um den 36 Jahre alten Holländer Marius Devos, der wegen verschiedener Verbrechen eine fünfjährige Gefängnisstrafe in Holland zu verbüßen hatte. Es gelang ihm jedoch, aus dem holländischen Gefängnis zu entkommen und nach Frankreich zu flüchten. Hier wurde er aber von der Polizei aufgegriffen und sollte in den nächsten Tagen nach Holland zurückgeführt werden. Als nun gestern vormittag um 9 Uhr der Gefangenewärter die Zelle von Devos öffnete, um ihn auf den Hof des Untersuchungsgefängnisses zu dem üblichen Morgenpaziergang herumzuführen, fürzte Devos, der nur mit Hemd und Hose bekleidet war, an dem Gefangenewärter vorbei und es gelang ihm, vom Hof aus über eine hohe Mauer in den eigentlichen Justizpalast zu entkommen. Hier warteten bereits zwei seiner Komplizen auf ihn, mit deren Hilfe er mittels einer Stiege Leiter durch ein Fenster des Justizpalastes die Straße gewinnen konnte. Der Vorgang blieb merkwürdigerweise im Justizpalast selbst unbemerkt, so daß die flucht des Gefangenen nicht verhindert wurde. Dem flüchtling ist man noch nicht wieder auf die Spur gekommen.

Drohende Hungersnot in Persien.

Nach einer Meldung des „New York Herald“ aus Teheran droht in der persischen Hauptstadt eine große Hungersnot auszubrechen, da die Vorräte nicht mehr in der Lage sind, Getreide sowie auch andere Nahrungsmittel nach Teheran zu liefern. Der Preis für Getreide ist bereits in das Unermessliche gestiegen. In Buzurjoid haben die Einwohner furchtbar unter der Hungersnot zu leiden. In Teheran ist eine Subskriptionsliste für die arme

Bevölkerung aufgelegt worden. Es sind bereits beträchtliche Beiträge gezeichnet worden. Man hofft so wenigstens die Not der ärmeren Bevölkerung etwas zu lindern.

Schiffsunfälle.

Auf der Höhe von Lowestoft sank, einem Telegramm aus London zufolge, der holländische Dampfer „Friendship“, wobei fünf Matrosen ertrunken sind.

Nach einer Meldung des Madrider Blattes „Españuela“ sind von den Azoren Nachrichten eingelaufen, wonach der Dampfer „Duerubie“ auf der Höhe des Archipels gestrandet und viele Menschen dabei umgekommen seien.

Kleine Notizen.

Von der russischen Grenzwahe erschossen. In Nowosibirsk wurde gestern nacht ein den besseren Ständen angehöriger junger Mann, welcher in Gesellschaft von Schmutzern die russische Grenze ohne Erlaubnis passieren wollte, von den russischen Grenzwahe erschossen. Die russischen Behörden halten den Namen des Erschossenen geheim.

Schweres Sprengungslück. In Sehsfel (Ober-Sachsen) sind bei den dabei für eine Dyoner Firma stattfindenden Abdämmungsarbeiten durch vorzeitige Explosion der Sprengmine mehrere Arbeiter getötet und fünf schwer verletzt worden.

Kälte in Paris. Die gefürchte Witterung, die während der letzten Wochen in der Seinestadt herrschte, ist plötzlich in einen starken Frost umgeschlagen. In Paris zeigte gestern nachmittags das Thermometer 5 Grad unter Null an, eine Temperatur, wie sie seit einer ganzen Reihe von Jahren hier nicht mehr zu verzeichnen war. Sollte die Kälte andauern, so dürften die Pariser das seitene Vergnügen genießen, auf einer Eisbahn im Freien dem Schlittschuhsporn zu huldigen.

Erdbeben in Frankreich. An verschiedenen Orten des Bezirks Digne wurden gestern nacht zum Teil heftige Erdstöße verspürt. Mehrere Häuser weisen Risse auf und drohen einzusinken.

Großes Schadenfeuer. Aus Rouen wird gemeldet: Von einem großen Schadenfeuer wurde gestern die Uhrenfabrik von Gebr. Couaillier in St. Nicolas d'Allicremont heimgegriffen. Der angerichtete Schaden wird auf eine halbe Million Frank geschätzt, soll jedoch durch Versicherung gedeckt sein.

Aus Nahe darüber, daß der Zahnarzt Dr. Pfau in Zernberg seine Wirkthätigkeit entlassen hatte, wurde er von dem Bruder derselben durch Dolchschläge in den Unterleib schwer verletzt.

Marktbericht von Berlin am 27. Januar 1912, nach Ermittlung des Königl. Polizeipräsidiums. Marktschallendrucke (Kleinhandel) 100 Allogramm Erbsen, gelbe, zum Kochen 38,00—50,00. Speisebohnen weiße, 40,00—60,00. Linen 40,00—80,00. Kartoffeln 11,00—14,00. 1 Allogramm Rindfleisch, von der Keule 1,50—2,40. Rindfleisch, Bandfleisch 1,30 bis 1,80. Schweinefleisch 1,30—1,80. Kalbfleisch 1,40—2,50. Hammelfleisch 1,30—2,20. Butter 2,00—3,20. 60 Stück Eier 4,20—7,20. 1 Allogramm Karotten 1,00—2,40. Rote 1,20—2,80. Jander 1,50—3,50. Zwiebeln 1,20—2,50. Gurke 1,00—2,00. Sellerie 1,00—3,20. Rote 0,20—1,40. 60 Stück Zwiebeln 3,00—21,00.

Witterungsbericht vom 29. Januar 1912.

Stationen	Barometer hoch mm	Windrichtung	Wolkenart	Wetter	Temp. in C. 10 U. N.	Stationen	Barometer hoch mm	Windrichtung	Wolkenart	Wetter	Temp. in C. 10 U. N.
Stettin	762,8	SW	4	Schnee	-0	Daparden	758,0	RD	4	wolklos	-21
Hamburg	765,2	SW	4	Rebel	-1	Petersburg	748,5	SE	3	Schnee	-4
Berlin	765,2	SW	2	bedekt	-0	St. Petersburg	766,0	SE	6	Schnee	-5
Frankfurt a. M.	766,0	RD	1	bedekt	-1	Aberdeen	770,5	SE	1	bedekt	0
München	768,5	SE	2	bedekt	-13	Paris	769,0	RD	2	bedekt	-5
Wien	766,9	SE	1	halb bb.	-7						

Wetterprognose für Dienstag, den 30. Januar 1912. Ein wenig kälter, teilweise aufklarend, jedoch unbeständig mit leichten Schneefällen und häufig nordwestlichen Winden. Berliner Wetterbureau.

Wasserstands-Nachrichten

der Landesanstalt für Gewässerkunde, mitgeteilt vom Berliner Wetterbureau.

Wasserstand	am 28. I. 27. I. am cm	Wasserstand	am 28. I. 27. I. am cm	
Wemel, Aist	130 ⁺	0	Saale, Großh.	130 ⁺
Wregel, Insterburg	-12 ⁺	-3	Havel, Spandau	88 ⁺
Wegscheid, Thorn	80	-4	Havel, Matheson	91 ⁺
Ober, Havel	202 ⁺	-6	Spree, Spremberg	70
Profen	147 ⁺	+9	Beetzow	59 ⁺
Frankfurt	180 ⁺	+2	Weser, Minden	147
Barthe, Schrimm	64 ⁺	-3	Minden	252
Landenberg	82 ⁺	+2	Rhein, Maximilianshan	368
Rega, Borsdamm	65 ⁺	-1	Rhein, Rind	183
Elbe, Lelmert	96	-19	Rhein, Rind	232
Dresden	-67	-10	Redar, Zellbrom	93
Beebe	197 ⁺	+7	Main, Wertheim	-
Magdeburg	-	-	Wozel, Erier	-

+ bedeutet Hoch, - Fall. -) Unterpegel. - *) Eißstand.



Engelhardt
Special Hell

Flasche 10 Pfl.

Erstklassiges Spezial-Bräu
nach Pilsner Art

Überall käuflich

Buchhandlung Vorwärts
Lindenstraße 69 (Laden).

Neuererscheinungen:

Handbuch für sozialdemokratische Wähler.

Der Reichstag 1907—1911.

Preis geb. 5 Mark.

Wahlzügen der bürgerlichen Parteien.

Eine Sammlung und Wiederlegung der von den bürgerlichen Parteien zur Verkung der Sozialdemokratie und der sozialdemokratischen Vertreter verbreiteten Lügen.

Quelle veränderte Auflage.

Preis geb. 3 Mark.

Hermann Fischers
billigste Sürge
Urbanstr. 111, früherer Hildorf. Tel.

A. Wertheim

G.M.B.H

In den Lichthöfen unserer Häuser:

Leipziger Str. 132-37. Rosenthaler Str. 28-31. Oranien-Str. 52-55. König-Str. 31-32.

Grosse

Wäsche = Ausstellung

Verkauf zu Extra-Preisen.

Soweit vorhanden: *In der Lebensmittel-Abteilung*

Obst, Gemüse, Fische, Räucherwaren können nicht zugesandt werden

Amerikan. Aepfel Pfund 16 Pf.	Frisch. Schinken ca. 10 Pfd. schw. Pfd. 70 Pf.	Kamm und Schuft Pfd. 75 Pf.	Kabeljau in ganzen Fischen Pfund 15 Pf.
Kochäpfel Pfund 15 Pf.	Schulterblatt ca. 4 Pfd. schw. Pfund 65 Pf.	Schweinekotelettes Pfd. 85 Pf.	Bratschellfische . Pfund 12 Pf.
Rosenkohl Pfund 20 Pf.	Schweinebauch . . Pfund 60 Pf.	Gulaschfleisch Pfd. 60 Pf.	Schellfische 2 bis 4 Pfund schwer . . Pfd. 23 Pf.
Mohrrüben 5 Pfund 30 Pf.	Rückenfett . . Pfund 55, 60 Pf.	Gehacktes Fleisch Pfd. 60 Pf.	Lachs in ganzen Fischen Pfund 45 Pf.
Mandarinen Pfund 25 Pf.			Grüne Heringe . . . 2 Pfund 10 Pf.
Schneehühner Stück 88 u. 95 Pf.	Grosse span. Apfelsinen . Pfund 9 Pf.		Rotzungen Pfund 28 Pf.
Birkhühner Stück 1.10	Ananas Pfund 45, 65 Pf.		Geräucherte Aale . Bund 40 Pf.
Ungar. Puten Pfd. 75 u. 88 Pf.	Grosse Tafel-Feigen (Locoums) Pfd. 38 Pf.		Fett-Bücklinge 2 St. 10, Kiste 40 Pf.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Arbeitsnachweis: Verwaltungsstelle Berlin Hauptbureau: Amt Nordst., Nr. 1239. Charitèstraße 3. Amt Nordst., Nr. 1987.

Mittwoch, den 31. Januar 1912, abends 8 1/2 Uhr:
Branchen-Versammlung
der
Drahtarbeiter und Arbeiterinnen
im Gewerkschaftshaus Engelufer 15 (Saal 3).

Tagesordnung:
1. Vortrag des Kollegen Fritz Carl. 2. Diskussion. 3. Verbands- und Branchenangelegenheiten.
Da wichtige Angelegenheiten auf der Tagesordnung stehen, ist es notwendig, daß sämtliche Kollegen vertreten sind. Die Kollegen der Firma Wolf u. Friedrich sind hiermit noch besonders eingeladen.

Mittwoch, den 31. Januar 1912, abends 8 1/2 Uhr:
Mitglieder-Versammlung
der
Gold- und Silberarbeiter
und verwandten Berufsgeoffen
im Dresdener Garten, Dresdener Str. 45.

Tagesordnung:
1. Vortrag des Kollegen Jernise. 2. Verbandsangelegenheiten und Verschiedenes.
Mitgliedsbuch legitimiert. — Zahlreicher Besuch wird erwartet.

Mittwoch, den 31. Januar 1912, abends 6 Uhr:
Versammlung
der
chirurgischen Branche
im Rosenthaler Hof, Rosenthaler Str. 11/12.

Tagesordnung:
1. Jahresbericht. 2. Diskussion. 3. Neuwahl der Branchenkommission. 4. Verschiedenes.
Ohne Mitgliedsbuch kein Zutritt.
Kollegen und Kolleginnen! Erscheint vollständig in dieser Versammlung.
Die Ortsverwaltung.

Deutscher Buchbinder-Verband.

Zahlstelle Berlin.
Mittwoch, den 31. Januar 1912, abends 8 Uhr,
im großen Saal der Arminshallen, Kommandantenstr. 58/59:
General-Versammlung.

Tagesordnung:
1. Fortsetzung der Beratung des Ortsstatuts. 2. Verschiedenes.
Wir ersuchen die Mitglieder, in dieser Versammlung recht vollständig zu erscheinen.
Mitgliedsbuch legitimiert. Die Ortsverwaltung.
Berantwortlicher Redakteur: Albert Wachs, Berlin. Für den

Schöneberg! Sozialdemokratisch. Wahlverein

Heute Dienstag, den 30. Januar, abends 8 Uhr:
Versammlung
in den Neuen Rathausgärten, Meiningen Str. 8.

Tagesordnung:
1. Vortrag: Der Ausfall der Reichstagswahlen. Referent: Stadtdorordneter Genosse R. Küter. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes. 15/4 Der Vorstand.

Verband der Maler, Lackierer, Anstreicher etc.

Bureau: Melchiorstr. 28, part. Filiale Berlin. Arbeitsnachweis: Rüderstr. 9, Fernspr.: Amt Nordst., 4787. Fernspr.: Amt Nordst., 6708.

Donnerstag, den 1. Februar, abends 8 1/2 Uhr:
Sektions-Versammlung der Lackierer
im Gewerkschaftshaus, Engelufer 15.

Tagesordnung:
1. Bericht der Delegierten von der Lackiererkonferenz in Leipzig. 2. Diskussion. 3. Jahresbericht und Neuwahl der Sektionsleitung. 4. Verbandsangelegenheiten.
Wir erwarten, daß die Kollegen vollständig erscheinen. 127/1 Die Sektionsleitung.



Oskar Wollburg
Trauer-Magazin
Berlin N., Brunnenstraße 56.
Große Auswahl in schwarzer Konfektion; auch einz. Röcke, Blusen, Hüte etc. Anfertigung nach Maß in 12 Stunden. Änderungen sofort.

Frack-Verleih-Institut
Frack, Gehrock, Smoking-Anzüge, für jede Größe passend, in großer Auswahl vorrätig.
S. Berg Nachf. Borchardt,
Friedrichstr. 115 I, u. Oranienburg-Tor. Tel. Nord 7402.

Dr. Simmel
Spezial-Arzt für Haut- und Harnleiden.
Prinzenstr. 41, dicht am Moritzplatz
10-2 5-7. Sonntags 10-12 2-4
Blumen- und Grammbinderei von Robert Meyer, nur Mariannen-Str. 2.
Lohnschweißerei,

geeignet für jeden Metallarbeiter (Lebensversicherung), nur an realen, treuhändigen Mann zu verkaufen. Erforderlich 900 Mark. 27315
West. Offerten unter K. 4 Exped. des „Vorwärts“.

Pollmanns Bandagen

Geschäft, nebst Artikel zur Gesundheits- u. Krankenpflege, Verbandstoffe, Gummiwaren etc. Berlin N., Söthring Str. 60. Lieferant für Krankenkassen Eigene Werkstoff.

Restaurationsräume, Höherer Str. 6, Doppelladen etc., 1200 R. an verm. Kunstst. d. Verwalter.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Verwaltung Berlin.
Branchenversammlungen:

Dienstag, den 30. Januar:
Küchenmöbelbranche abends 8 Uhr im Englischen Garten, Alexanderstr. 27c.
Tagesordnung: 1. Jahresbericht. 2. Neuwahl der Branchenkommission, 3. Branchenangelegenheiten.

Mittwoch, den 31. Januar:
Schirmmacher abends 6 1/2 Uhr bei Lehmann, an der Stralauer Brücke 3.

Perlmutter-, Horn- und Steinnußarbeiter abends 8 Uhr
in Wilkes Festsaal, Seckelstr. 30.
Tagesordnung: 1. Vortrag. Referent: Kollege Gätz. 2. Diskussion. 3. Wahl der Branchenleitung. 4. Verbandsangelegenheiten.

Donnerstag, den 1. Februar:
Modell- und fabriktischler abends 8 Uhr im Rosenthaler Hof, Rosenthaler Str. 11/12.
Tagesordnung: 1. Bericht der Kommission. 2. Neuwahl der Kommission. 3. Verbands- und Branchenangelegenheiten. 75/4

Deutscher Bauarbeiter-Verband.

Sektion der Stoffateure.
Am 2. Februar, abends 8 Uhr, in untenstehenden Lokalen:
Bezirks-Versammlungen.

Tagesordnung:
Die Stellung der Unternehmer zu unserem Tarifablauf.

Für Charlottenburg, Rigdorf, Steglitz, Wilmersdorf, Westen, Moabit und Wedding in den alten Zahlstellen. Für den Norden bei Obglo, Schwedter Str. 23/24. Für den Osten und Südosten bei Zietz, Warschauer Str. 61. 196/11*
Jeder Kollege agitiere für guten Besuch.
Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW.

Soziales.

Alkoholmißbrauch oder Unfallfolgen?

Um die Entscheidung, ob der Tod des Verletzten infolge Alkoholmißbrauchs oder an Unfallfolgen eingetreten ist, drehte sich der Rechtsstreit, den die Hinterbliebenen des Arbeiters L. aus Velten bis zum Reichsversicherungsamt durchgeführt haben.

Der Hergang ist kurz folgender: Der Arbeiter Heinrich L. aus Velten erlitt am 12. November 1897 dadurch einen Betriebsunfall, daß eine kleine Lötorgel beim Anklippen mit der heißen Ladung auf ihn fiel. Als Unfallfolgen wurde Quetschung der rechten Brustseite und des rechten Beines sowie eine Reihe nervöser Störungen festgestellt. Hinzu kam eine chronische Entzündung des rechten Hüftgelenks, Jochias. Seit dem Unfalltage vermachte L. einer Beschäftigung nicht mehr nachzugehen, seit 1899 erhielt L. eine Rente von 80 Proz. Am 18. April 1910 verstarb L. Der von den Hinterbliebenen bei der Nachforschlichen Vaugewerks-Vereinsgenossenschaft, Sektion I, erhobene Anspruch auf Gewährung der Hinterbliebenenrente wurde abgewiesen, weil der Tod nicht ursächlich mit dem Unfall im Zusammenhang stände, sondern infolge krankhafter Veränderungen am Gehirn eingetreten sei. geltend gemacht wurde seitens der Vereinsgenossenschaft, daß diese Veränderungen des Gehirns infolge Alkoholmißbrauchs eingetreten seien.

Das Schiedsgericht für Arbeiterversicherung Reg.-Bez. Potsdam hob auf eingelegte Berufung den ablehnenden Bescheid der Genossenschaft auf und verurteilte dieselbe zur Zahlung der Hinterbliebenenrente. Das Schiedsgericht stützte sich bei seiner Entscheidung auf das Obduktionsprotokoll sowie auf das Gutachten des Kreisarztes Dr. A. Dieser Arzt hatte L. im Laufe der Jahre mehrfach untersucht, kannte daher die Entwicklung des Leidens genau. Kreisarzt Dr. A. hat festgestellt, daß bei L. ausgeprägte krankhafte Veränderungen am Gehirn und an den Gehirnhäuten bestanden haben und daß diese Veränderungen höchstwahrscheinlich durch den Unfall hervorgerufen worden sind. An den inneren Organen wurden sichere Zeichen des chronischen Alkoholismus nicht festgestellt.

Mit dieser Entscheidung gab sich die Genossenschaft nicht zufrieden, sondern legte Rekurs beim Reichsversicherungsamt ein. Die Genossenschaft stützte sich hierbei auf ein Gutachten ihres Vertrauensarztes Sanitätsrat Dr. R., der in Verbindung mit einem anderen Vertrauensarzt der Genossenschaft Professor Dr. N. bestätigte, daß der Tod infolge Alkoholmißbrauchs eingetreten, nicht aber als Unfallfolge anzupfehlen sei. Das Reichsversicherungsamt erhob weiteren Beweis durch Einholung eines Obduktionsprotokolls von Professor Dr. O. Dieser sagte in einem längerem ausführlichen Gutachten: Wenn von den Vorgutachten (Ärzte der Genossenschaft) wiederholt hervorgehoben worden ist — um einen Zusammenhang zwischen Geistesstörung und Unfall auszuschließen —, daß der Kopf gar nicht von der Gewaltwirkung mitbetroffen worden sei, so beweist das gar nichts, denn derartige ist gerade eine Eigentümlichkeit vieler traumatisch-neurotischer Erkrankungen. Prof. Dr. O. gelangte zu dem Schluss, daß mit überwiegender Wahrscheinlichkeit anzunehmen ist, daß der Tod des L. auf den erlittenen Unfall zurückzuführen sei.

Das Reichsversicherungsamt wies daraufhin den Rekurs der Genossenschaft zurück und bestätigte die Entscheidung des Schiedsgerichts.

Gerichts-Zeitung.

Patentschwindeln.

Die Verführerinnen des Kanzelgehilfen Müller, über die wir zusammenfassend bereits am Sonntag berichteten, kamen gestern zur Verhandlung. Der Angeklagte sucht die Summe, um die er betrogen hat — es handelt sich um etwa 150 000 bis 300 000 M. — als niedriger hinzustellen und möchte sich als das Opfer einer „inneren Stimme“ hinstellen, die ihm von Jugend auf zugerufen habe, er müsse reich werden. Er will auch Morphium sein. Seine Verjüngung, so den „wilden Mann“ zu spielen, stehen auf feinem Boden bei dem Verhandlungsleiter Landgerichtsdirektor Spietschger.

Zeuge Sekretär Marcinkowski hat sich das Geld, welches er hingegeben, erst gesehen und gibt seinen Schaden auf 47 500 M. an. Ihm ist ein Gewinn von 80 bis 300 Proz. innerhalb 4 Monaten in Aussicht gestellt gewesen. Zu den ihm proponierten Geschäften hat er sich dadurch verleiten lassen, daß sein Schwager Goldammer, der ihm als sehr vornehmer Mann bekannt sei, ihm von den so gewinnbringenden Geschäften erzählt hatte. Er hat keinerlei Zweifel an allen Erzählungen gehabt, die ihm der „Dr. Martini“ über seine persönlichen Verhältnisse und seine Patentgeschäfte machte. — Vorl.: Es ist doch merkwürdig, daß Sie als Beamter, der doch im allgemeinen sehr sicher geht und doch auch mit dem Geschäftsgang bei Behörden, wie es das Patentamt ist, einermöglichen Bescheid weiß, sich so dupieren ließ. — Zeuge: Das ganze Ausstreben des Angeklagten war so, daß ein Zweifel an seinen Angaben gar nicht aufkommen konnte, außerdem diente er auch immer sofort mit den nötigen Umständen. — Vorl.: Sie sind auch wohl dadurch in Ihrem Vertrauen gestärkt worden, daß ihr Vater lange Zeit Militär war und der militärische Geist bei ihm so in Fleisch und Blut übergegangen war, daß er meinte: wenn er einen Stabsarzt vor sich habe, sei der Gedanke an Betrug bei ihm völlig ausgeschlossen.

Der Zeuge Intendantursekretär Goldammer hat gleichfalls dem Oberarzt Dr. Martini volles Vertrauen entgegengebracht und in Gemeinschaft mit seinem Schwiegervater, dem Rentier Marcinkowski, schließlich 124 250 M. verloren, wovon auf ihn selbst 10 000 M. entfielen. Das Vertrauen des Zeugen wurde auch dadurch gestärkt, daß der Angeklagte in seiner Gegenwart einen (von dem Angeklagten selbst hergerichteten) Brief öffnete, dem er 20 000 M. als angegebene zurückgezahltes Depot entnahm. Auch diesem Zeugen sind 300 bis 400 Proz. Gewinn versprochen worden. Ein solches Tages ist er mit einem Führer bei dem Zeugen vorgefahren, welches er als „Dienstführer der Charité“ ausgab. Die Gewinne, die der Zeuge nach der „Beendigung“ der einzelnen angelegten Geschäfte zugewiesen erhielt, hat der Angeklagte fast immer schon vor dem Fälligkeitstermin gezahlt.

Der Büroassistent Wising ist mit dem Angeklagten dadurch bekannt geworden, daß dieser wiederholt Biletts zum Schauspielhaus am Wilhelmsplatz kaufte, hat sich jedoch in Geschäfte mit ihm nicht eingelassen. Der Zeuge weiß, daß der Angeklagte die Rolle als „Oberarzt“ mit großer Berbe gespielt hat, so zwar, daß man in der Familie des Zeugen zu der Ueberzeugung kam, einen besseren Arzt gibt es nicht. Er hat auch in einem Rolle eines Bekannten des Zeugen, der eine Partikular hatte, ein so gutes Rezept verordnet, daß die Partikular in kurzer Zeit verstorben war.

Zeuge Sekretär Thierbach, ein Kollege des Angeklagten, bekundet, daß der Angeklagte sich im Amte des größten Vertrauens erzeigte; er war bescheiden, entgegenkommend und ein sehr guter Arbeiter. Er hat auch für die Beamten Lebensmittel zu billigen Preisen beschafft, wobei er nach seiner jetzigen Behauptung erheblich zugelegt haben will. Ehe dieser Zeuge mit ihm in Geschäftsverbindung trat, die für ihn mit einem Verlust von 10 500 M. endete, hat ihm der Angeklagte von den großen Gewinnen viel erzählt, und seine Braut, Fräulein Meyer, habe dies bestätigt und gesagt, daß sie für ihre 5000 M. schon 20 000 M. zurück erhalten habe.

Der Zeuge Drescher, der Verkäufer in einem Zigarrengeschäft war und sich auch zu den geheimnisvollen Geschäften hatte verleiten lassen, hat 80 000 M., die seinen Eltern gehörten, verloren. Die Eltern seien durch den Angeklagten ruiniert worden.

Der Drogist Meyer hat von dem Angeklagten die Zusicherung erhalten, daß es sich nicht nur um ein Spekulations-, sondern um ein ganz sicheres Geschäft handle. Der Zeuge hat 6000 M., die seiner Mutter gehörten, verloren.

Etwas schwierig ist die Feststellung des Schadens, den der Zeuge Blahberg auf zirka 114 000 M. angibt. Bei diesem Zeugen kommt zur Sprache, daß Müller, der sich als reicher Mann fühlte, eine Villa in Lichterfelde kaufen wollte, und der Zeuge eine Villa gekauft hat, wofür er nun in große Verlegenheit gekommen ist.

Die Braut des Angeklagten, Fräulein Theresie Meyer, Direktorin im Kaufhaus des Weizens, hat dem Angeklagten ihre Ersparnisse in Höhe von 6000 M. hingegeben. Sie hat die großen Summen und das viele Geld immer bei dem Angeklagten gesehen und wirklich angenommen, daß ihr Bräutigam 300 bis 600 Proz. verdiene. Sie schildert ihn als einen furchtbar nervösen Menschen, der viel ausgehungen habe. So habe er sich immer als „Affektor“ anreden lassen, was sie ihm wiederholt ernstlich unterzagt habe.

Die Mutter des Angeklagten sagte aus, daß sich der Angeklagte im 9. Lebensjahre eine schwere Gehirnverletzung durch Sturz von einer Leiter auf eine scharfe Kante zugezogen habe. Nach diesem Sturz habe er lange Zeit stets große Kopfschmerzen gehabt und ein wunderliches Wesen zur Schau getragen, eine Zeitlang ist er auch Nachtwandler gewesen.

Vorl. Arzt Dr. Freundlich hat dem Angeklagten wiederholt Atteste zur Begründung seines Wegbleibens vom Dienste ausgestellt. Nach seinen Wahrnehmungen ist der Angeklagte hochgradig nervös und macht auf ihn den Eindruck eines psychopathisch veranlagten Menschen. — Vorl. Landgerichtsdirektor Spietschger: Das sind alle, die hier vor Gericht als Angeklagte zu erscheinen haben. — Dr. Freundlich: Es wäre ganz unerklärlich, wie ein Mensch mit vernünftigen Sinnen solche Dinge begehen kann.

Sachverständiger Nervenarzt Dr. Magnus Hirschfeld meint, der Angeklagte sei nicht als normal anzusehen. Die ganzen Erscheinungen, die der Angeklagte bietet, entsprechen dem Bilde der psychopathischen Konstitution, und zwar dem hysterischen Typus dieses Leidens mit vorwiegend phantastisch-pseudopathologischen Zügen. Er gehöre zu der Gruppe der von Delbrück und anderen beschriebenen pathologischen Schwindler. In der Gasse habe sich dieser Zustand zu einer direkten Psychose gesteigert.

Auf Anregung der Verteidiger Rechtsanwälte Dr. Fuype und Dr. Simon stellt Dr. Magnus Hirschfeld den Antrag aus § 81 des Strafgesetzbuchs: Den Angeklagten zur Beobachtung seines Geisteszustandes auf 6 Wochen einer Anstalt zu überweisen. Das Gericht lehnt diesen Antrag ab. Der Vorsitzende erklärt, daß der Gerichtshof keinerlei Zweifel an der Zurechnungsfähigkeit des Angeklagten habe.

Nach Schluss der Beweisaufnahme sprach Staatsanwaltschaftsrat Dr. Ulfse zunächst seine Verwunderung über die unglaubliche Leichtgläubigkeit der vernommenen Belastungszeugen aus, die in so laum erklärlicher Weise in die Reize des Angeklagten gegangen sind. Diese Vertrauensseligkeit der Zeugen und die nach dem Gutachten des Dr. Hirschfeld vorliegende verminderte strafrechtliche Verantwortlichkeit des Angeklagten berechtigen den Antrag, diesen nicht ins Zuchthaus zu schicken. Erschwerend falle ins Gewicht, daß der Angeklagte, wenn er auch kein fest angelegter Beamter gewesen sei, doch den Dienst geleistet habe und daß die Belastungszeugen in unglücklicher Verbündung nicht nur ihr eigenes, sondern auch fremdes Geld dem Angeklagten geopfert haben. Der Staatsanwalt beantragte 5 Jahre Gefängnis und wegen Führung falschen Namens 6 Wochen Haft; letztere möge als verbüßt erachtet werden.

Das Gericht verurteilte den Angeklagten wegen Betruges und schwerer Urkundenfälschung. Bei der Abmessung der Strafe wurde berücksichtigt einerseits die bisherige Unbescholtenheit des Angeklagten, andererseits die Tatsache, daß es sich um sehr erhebliche Summen handelt, die ganz bestimmt auf mindestens 160 000 M. festzustellen sind. Der Angeklagte sei zwar minderwertig, doch müßte auf eine hohe Strafe erkannt werden, die der Gerichtshof auf 4 Jahre Gefängnis und 5 Jahre Ehrverlust bemessen hat.

Frida Hempel als Mälerin.

Die Agl. Hofopernsängerin Frida Hempel hat gegen den Chefredakteur des „kleinen Journals“ Artur Lehmann einen Verleumdungsprozess angestrengt, der gestern vor der 135. Abteilung des Amtsgerichts Berlin-Mitte verhandelt wurde. Den Vorsitz führte Amtsgerichtsrat Kabe.

Gegenstand der Klage bildet ein am 20. November v. J. in der Nr. 48 des „kl. Journals“ unter der Ueberschrift „Frida Hempels Leopoldorden“ erschienener Artikel, in dessen Beginn mitgeteilt wird, daß der ehemalige Kammerdiener des Königs Leopold II. von Belgien zurzeit im Pariser „Journal“ seine Memoiren veröffentlicht. Hierdurch würden recht interessante Aufschlüsse über die Art, wie Frida Hempel zu der hohen Auszeichnung des Leopoldordens gekommen sei, gegeben. Frida Hempel habe sich, um in den Besitz dieses sehr selten an Künstlerinnen verliehenen Ordens zu kommen, mit der damals allmächtigen Mälerin des Königs, Baronin Baughan, ins „Einkornzimmer“ geeilt. Diese habe, trotzdem König Leopold sonst ein Russthafter gewesen sei, in ihrer Villa Vandenborgh ein Konzert gegeben, bei welchem Frida Hempel sang, während der Violinist Jacobs spielte. Nachdem der offizielle Teil des Festes durch die Rückkehr des Königs nach seinem Schloss Palmier beendet war, habe in der Villa ein Hochanal stattgefunden, bei dem der Saft in Strömen geflossen und die gewagtesten Tünze ausgeführt worden seien. Während die übrigen Teilnehmer durch Sammelgaben und andere Geschenke belohnt worden seien, habe es die Baronin Baughan bei dem König durchzuweisen genutzt, daß dem Fräulein Hempel der Leopoldorden verliehen wurde, mit dem sich diese dann drei Tage später in dem Ostender Kursoal zeigte. Diese Affäre, die damals allgemeines Beschämendes Kopfschütteln erregt habe, sei schließlich verdrängt worden.

Der Artikel im Pariser „Journal“ wurde zur Verlesung gebracht. Er stimmt mit dem des „kleinen Journals“, abgesehen von ganz geringfügigen Abweichungen, überein. Fräulein Hempel für die der Staatsanwalt Klage erhoben hat, bekundet als Zeugin folgendes: Bei ihrem Aufenthalt in Ostende sei eines Tages die Baronin Baughan, die sie bis dahin nicht gekannt habe, an sie herangetreten und habe sie eingeladen, in ihrer Villa ein Konzert gegen das übliche Honorar zu geben. Sie habe eingewilligt und das Konzert, an welchem nur der König, die Baronin Baughan und die Gattin des Sekretärs des Königs teilgenommen hätten, habe am nächsten Tage stattgefunden. Der König sei sehr liebenswürdig zu ihr gewesen, habe sich zu ihr auf ein Sofa gesetzt, ihr Komplimente gemacht und ihr schließlich beim Abschiede gesagt, daß er sich erlauben werde, ihr eine Auszeichnung zu schicken. Sie sei dann unmittelbar nach dem König nach ihrem Hotel gefahren, und sei nach dem Abendessen mit der Bahn abgereist. Der Orden sei ihr denn einige Tage später mit einem amtlichen Belegschreiben zugesandt worden. Den Verwurf, daß sie um Orden schägere, müsse sie ganz entschieden zurückweisen. — Staatsanwaltschaftsaffessor Haase beantragte eine Geldstrafe von 100 Mark mit Rücksicht darauf, daß der Angeklagte offenbar gutgläubig den Artikel aus dem Pariser „Journal“ übernommen habe. Rechtsanwältin Bahu beantragte die Freisprechung. — Der Angeklagte wurde wegen übler Nachrede nach § 186 und fahrlässigen Vergehens gegen das Preßgesetz zu 100 M. Geldstrafe verurteilt. Außerdem wurde der Klägerin die Publikationsbefugnis in mehreren Berliner Zeitungen zugesprochen.

Aus der Frauenbewegung.

„Von mit und ohne Stimmzettel.“

Ereignisreiche und bedenkliche Tage hat uns der Januar gebracht. Der 12. Januar brachte die Bestätigung, daß ein Drittel

des deutschen Volkes zu uns gehört. Jeder dritte Reichstagswähler ist ein Sozialdemokrat. Die Wahltag brachte uns insgesamt 110 Reichstagsmandate, 57 Mandate mehr als wir im letzten Reichstag hatten. Die Privilegien- und Geldsachverständigen im Reich sind ob des Aufschwürens der roten Flut aus ihrer behaglichen Ruhe geschreckt worden, und mancher „edle Herr“, auch der Januschauer Didenburg, der im letzten Reichstag das große Wort zur Anebelung und Unterdrückung der Arbeiter führte, hat jetzt Zeit in Ruhe darüber nachzudenken, daß das Sprichwort „Allzu stark macht schwach“ auf Wahrheit beruht.

Daß die Sozialdemokratie diesen herrlichen Sieg über die Protovotierer, über alle jene, die das Recht der Masse nicht achten, sondern ständig eine Politik im Interesse ihrer bestützigeren Klasse betrieben haben, erringen konnte, ist auch der tapferen Mitarbeit unserer Genossinnen zu danken. Unermüdet haben auch die Frauen gewirkt in der Kleinarbeit, beim Verdräten von Stimmzetteln, beim Flugblatttragen, und in allen Wählerversammlungen waren die Frauen äußerst stark vertreten. Noch in keiner Wahlbewegung war die Beteiligung der weiblichen Bevölkerung so stark wie in der diesmaligen. Auch andere Parteien, wie das Zentrum und die Liberalen, haben sich die Mitarbeit der Frauen gern gefallen lassen. Aber während in unserer Partei das Erwachen der Frauen mit lauerlicher Miene vor dieser Erscheinung, unsere Partei betrachtet die Frauen als vollkommen gleichberechtigt und wird nicht ruhen und rasten, bis sie den Frauen das politische Wahlrecht erkämpft hat. Die anderen Parteien dagegen wollen von dieser Gleichberechtigung nichts wissen, sie wollen in ihren Räten die Frauen nur als Mittel zum Stimmensatz benutzen. Sogar das „Berliner Tageblatt“ brachte vor der Wahl einen Artikel über „Das Frauenwahlrecht in Australien“, in dem geschildert wurde, wie in Australien der große Teil der Frauen so stimmt, wie die Männer es wünschen, denen sie sich aus irgend einem Grunde verpflichtet fühlen. Von selbständigem Denken und Handeln der Frauen sei wenig zu spüren. „Eva bleibe sich gleich, ob mit oder ohne Stimmzettel.“

Mit diesen wenigen Worten wurde vom Kritikerschreiber der Stab über die Forderung auf politische Gleichberechtigung der Frauen gebrochen. Jedoch diesem „liberalen“ Herrn gibt ein viel maßgebender Herr aus Australien die richtige Antwort. Der Ministerpräsident von Neuländwales (Australien) erklärt, daß die Zahl der selbständig entscheidenden Frauen von Jahr zu Jahr zunimmt und daß die Wahlbeteiligung der Frauen größer als die der Männer ist. Die Stadt Sydney, die bestverwaltete Stadt nur durch die Mitarbeit der Frauen geworden, und auch die Wählerversammlungen böten heute durch den Einfluß der Frauen ein viel besseres Bild als früher. —

Wahrlich, wir wählen auch keinen Grund, warum all die Frauen und Mädchen, die mit glühenden Wangen und strahlenden Augen in den Versammlungen lauteten und bei der Wahlarbeit hilfreiche Hand leisteten, die im Schleppeidienst so manchen lauen, säumigen Wähler zur Abgabe des Stimmzettels veranlaßten, warum diese Frauen im Besitz der politischen Gleichberechtigung weniger Interesse an der Wahl haben sollten als wir jetzt.

Von all den Frauen, die im täglichen Leben derart mitkämpfen müssen, daß die Familie meistens nur gestützt auf die Mitarbeit der Frau begründet und erhalten werden kann, sind eine immer größere Zahl politisch mündig geworden. Sie fühlen, wie das Koalitionsrecht, die Sozial- und Arbeiterschutzgebung, die Steuergesetzgebung, der Militarismus, sie genau so tief wie die Männer angeht. Sie fühlen, daß die gerückten Volksmassen, Männer und Frauen, gemeinsamen Einfluß auf die Gesetzgebung und Verhältnisse ausüben müssen, weil sie auch gemeinsam die Lasten und Pflichten derselben zu tragen haben. Je stärker daher auch die unterdrückte und rechtlose Frauenwelt in die politischen Kämpfe hineingezogen wird, um so schärfer wird auch das Verlangen nach dem Frauenwahlrecht und der Kampf um dasselbe werden. Wie aber die Proletarierfrauen politisch interessiert und aufgeklärt werden, begreifen sie, daß sie ihren Kampf nur in den Reihen der Sozialdemokratie wirksam führen können. Nur die Sozialdemokratie fordert: Allgemeines, gleiches, direktes Wahl- und Stimmrecht mit geheimer Stimmabgabe aller über 20 Jahre alten Reichsangehörigen ohne Unterschied des Geschlechts für alle Wahlen und Abstimmungen. Alle anderen Parteien sind in dieser Frage rückständig. Von diesen Gegnern der Frauengleichberechtigung kann man sagen: „Diese deutschen Michel blieben sich gleich, ob mit oder ohne Stimmrecht.“

Verfammlungen.

Deutscher Textilarbeiterverband. Die Generalversammlung der Filiale Berlin fand am Donnerstagabend bei Komotnick, Langestraße, statt. Der Geschäfts- und Massenbericht für das Jahr 1911 lag gedruckt vor; er enthält die Berichte der einzelnen Branchen des Verbandes, der Weber, der Posamentierer, der Dekatore, der Seiler, der Färber, der Stricker und Wirker, der Sticker. Einen schweren Stand hatten die Weber, da sie mit vielen Arbeitslosen zu rechnen hatten. Drei Webereibetriebe wurden aufgelöst. Auch die Sticker- und Dekaturbranche hatte unter schlechtem Geschäftsgang zu leiden. Trotzdem hat die Organisation manchen Erfolg zu verzeichnen, namentlich in der Posamentier-, Färber- und Seilerbranche. Die Webeposamentierere haben mit der Posamentier- und Seidenknopfmachereinnung und der Freien Vereinigung der selbständigen Posamentierere Berlins einen Tarifvertrag abgeschlossen. Ein Angriffstreik in der Hand- und Schiffschneiderbranche war erfolgreich, ebenso ein Abwehrstreik der Weber in der Teppichfabrik von Sadowitz. Ein „wilder“ Streik in einer Tuchfabrik ging verloren. Eine Reihe Lohnbewegungen verliefen ohne Streik günstig und brachten auf dem Wege friedlicher Verhandlung mancherlei Vorteile durch Lohn erhöhungen oder Verlängerung der Arbeitszeit oder beides. Am Laufe des Jahres fanden 3 öffentliche, 11 Mitglieder-, 163 Fabrik-, 77 Branchenversammlungen, 48 Vertrauensmänner-, 7 Arbeiterauschuss-, 17 Lohn- oder Tarifkommissionsitzungen, 20 Sitzungen der Ortsverwaltung, 88 Verhandlungen mit den Unternehmern, sowie andere Sitzungen und Konferenzen usw., zusammen 448 Veranstaltungen, statt, bis in der Geschäftsstelle gemeldet wurden, was leider, wie der Vorsitzende rügte, nicht immer geschah. — Der Bericht vom Zentralarbeitsnachweis der Filiale Berlin zeigt für das Geschäftsjahr 1911 arbeitssuchende Personen, das sind 65 mehr als im Jahre 1910. Offene Stellen wurden in der Zahl von 703 gemeldet, das sind 45 mehr als im Vorjahre. Besetzt wurden 487 Stellen oder 69 mehr als im Vorjahre. — Die Bibliothek umfaßt 582 Bände. 109 Bände wurden angeschafft, 824 Bände wurden gelesen. Für Anschaffungen wurden 111,00 M. ausgegeben.

Der Vorsitzende Gruhl erläuterte den vorliegenden Bericht und besprach die Maßnahmen, die notwendig seien, um die Unorganisiertesten heranzuziehen. Wo schlechte Organisationsverhältnisse bestehen, da wären auch die Arbeitsverhältnisse schlecht; ein Beispiel biete der Betrieb von W. Spindler-Röpenid. Dort wurde kürzlich eine Teuerungszulage bewilligt, aber nur für diejenigen, die weniger als 22,50 M. pro Woche verdienen. Dieser Wochenlohn erscheint also der Firma schon als ausreichend. Um keine Verbesserungen zu erreichen, müssen die Arbeiter von Spindler „schriftliche Eingaben“ machen, weil sie zu schlecht organisiert sind.

Der Kassenbericht für das Jahr 1911 zeigt eine Einnahme von 84.226,57 M., der eine Ausgabe von 80.572,50 M. gegenübersteht, mithin ist der Bestand 3333,08 M. Unter den Ausgaben stehen bezeichnet an Unterhaltungen für Kranke 7607,15 M., an Arbeitslohn 8579,70 M., in Sterbefällen 474 M. neben 61,25 M. aus der Lokalkasse; als Reiseunterstützung 1879,73 M. nebst

53,35 M. aus der Lokalkasse; bei Lokalbewegungen 8751,89 M. nebst 127,55 M. aus der Lokalkasse; bei Maßregelungen 1367 M.; für Rechtschutz 167 M. nebst 5 M. aus der Lokalkasse; als Umzugsunterstützung 863,80 M.; in Notfällen 167 M. nebst 15 M. aus der Lokalkasse.

Die Mitgliederbewegung zeigte zu Beginn des Jahres 1911 einen Bestand von 3237 Personen, darunter 862 weibliche. Ende des Jahres 1911 war eine Steigerung von 285 Mitgliedern zu verzeichnen; der Bestand war 3522, darunter 1075 weibliche Mitglieder.

Den Berichten folgte nur eine kurze Diskussion, in der einige Vorschläge zur besseren Organisation für den Verband gemacht wurden.

Die Neuwahl der Verbandsfunktionäre ergab das folgende Resultat: 1. Vorsitzender Max Gruhl, 2. Vorsitzender Emil Liebers, 1. Kassierer Otto Schein, 2. Kassierer Peter Wingen, 1. Schriftführer Adolf Kauerhof, 2. Schriftführer Simon Unger, Revisoren

Georg Trümper, Karl Borges, Posamentier und Eduard Döfla, Weber, Weißer Max Raffahite, Etider, Max Silberstein, Posamentier und Adolf Reiser, Weber. Vertreter in der Berliner Gewerkschaftskommission: Hubert Streuer, Adolf Kauerhof, Max Silberstein.

Der Vorsitzende führte dann die Namen der Tranchenleiter an, und zwar für die Weber: Jakob Niemech, die Posamentiere: Moritz Alshner, die Etider: Willi Sager, die Stricker: Emil Liebers, die Seiler: Anton Neidert und für die Färber: Georg Trümper.

Während der Verhandlungen liefen die Resultate der letzten Stichwahlen ein, die jedesmal sofort vom Vorsitzenden bekanntgemacht und von den Versammelten mit Jubel begrüßt wurden. In das dreimalige Hoch, das vom Vorsitzenden auf die Sozialdemokratie ausgebracht wurde, stimmten die Versammelten begeistert ein.

MAGGI'S Erzeugnisse

MAGGI'S Würze MAGGI'S Bouillon-Würfel MAGGI'S Suppen

sind die besten!

„Für den Magen ist nur das Beste gut genug!“

Theater und Vergnügungen

Dienstag, den 30. Januar 1912
Anfang 7 1/2 Uhr.

Kgl. Schauspielhaus. Madame Butterfly.
Deutsches. Minna von Barnhelm.
Leitung. Komtesse Wigg. Erde.
Haberland. Spezialitäten.
Zirkus Busch. Gala-Vorstellung.
Zirkus Schumann. Gala-Vorstellung.
Zirkus Sarrasani. Gala-Vorstellung.

Anfang 8 Uhr.

Urania. Landestruhe 48/49.
Von Meran zum Orler.
Anfang 8 Uhr: Dr. W. Berndt:
Abstammung des Menschen.
Kammerspiele. Eine glückliche Ehe.
Neues Schauspielhaus. Ill.
Schubert.

Anfang 8 Uhr.

Residenz. Alles für die Firma.
Nacht der Ratten.
Komische Oper. Napoléon.
Wochen. Russisches Ballett.
Zustspielhaus. Die Damen des Regiments.
Berliner. Große Hofmänner.
Neues Operetten. Eine glückliche Ehe.
Schiller O. Jopf und Schwert.
Schiller O. Charlottenburg. Die Wildente.
Griech. Wilt. Schauspielhaus.
Zwei glückliche Tage.
Neues. Das Mädel von Rom.
marie.

Anfang 8 1/2 Uhr.

Folies Caprice. Wandelblatts
Vollereabend. Vogelfangen. Waffenübung.
Waldhalla. Teufel, das hat eingeschlagen!
Road. Die Bettlerin und ihr Kind.
Voigt. Pfeffer-Wiesel.
Anfang 8 1/2 Uhr.

Anfang 8 1/2 Uhr.

Neues Volkstheater. Leidenschaft.
Belle-Alliance. Trilby.
Sternwarte. Invalidenstr. 57-62.

Anfang 8 1/2 Uhr.

Schiller-Theater O. Theater.
Dienstag, abends 8 Uhr:
Zopf und Schwert.
Mittwoch, abends 8 Uhr:
Der Weg zur Hölle.
Donnerstag, abends 8 Uhr:
Der Probepfennig.

Anfang 8 1/2 Uhr.

Schiller-Theater Charlottenburg.
Dienstag, abends 8 Uhr:
Die Wildente.
Mittwoch, abends 8 Uhr:
Der Probepfennig.
Donnerstag, abends 8 Uhr:
Emilia Galotti.

Anfang 8 1/2 Uhr.

Neues Theater.
Abends 8 Uhr:
Das Mädel von Montmartre.
Sonntag, abends 7 1/2 Uhr zum 1. Male:
Der liebe Augustin.

Anfang 8 1/2 Uhr.

Theater des Westens.
Abends 8 Uhr:
Russisches Ballett.
Karnaval — Geist der Rose —
Polowetzor Tänze — Kleopatra.

Anfang 8 1/2 Uhr.

Residenz-Theater.
Direktion Richard Alexander.
Abends 8 Uhr:
Alles für die Firma.
(Aimé des hommes).
Schwan in 3 Akten von M. Gannequin
u. G. Michel. Für die deutsche Bühne
bearbeitet von Holten-Bachter.
Morgen u. folg. Tage: Alles f. Firma.

Anfang 8 1/2 Uhr.

Bellealliance-Theater.
8 1/2 Uhr: „Trilby“.
Gastspiel Ferdinand Bonn.
Ab Sonntag, 3. Februar, täglich:
Napoléon Bonaparte und seine Frauen.
Gastsp. Bonn als Napoléon Bonaparte.

Anfang 8 1/2 Uhr.

Luisen-Theater.
Dienstag (Abend) täglich:
Wir tanzen durchs Leben.
Morgen: Dieselbe Vorstellung.
Donnerstag: Premiere: Sommerputz.

Anfang 8 1/2 Uhr.

ROSE-THEATER
Große Frankfurter Str. 132.
Abends 8 Uhr:
Zwillinge.
Drama in 5 Akten v. H. W. Lammheim.
Mittwoch: Solon und Moser.
Donnerstag: Heimat.

Anfang 8 1/2 Uhr.

Metropol-Theater.
Abends 8 Uhr: Hausen gestattet.
Die Nacht von Berlin!
Große Jahresrevue in 7 Bildern von
Carl Freund. Musik von H. Halländer.
In Szene gesetzt vom Dir. R. Schulz.

„CLOU“
Berliner Konzerthaus,
Mauerstr. 82 Zimmerstr. 90/91.
Großes Konzert u.
!!! Zillerthaler und Tegernseer Säng. Plattler und Jodler!!!
Anstich von 3 Königsbräu, dem köstlichsten aller Münchener Doppelbiere.
Anfang 8 Uhr.
An allen Wochentagen nachmittags:
Gr. Promenaden-Konzert bei freiem Eintritt.

Brauerei Friedrichshain
am Königstor.
Heute nachmittag: Kaffeestunde der „Berl. Hausfrau“
Abends 8 Uhr:
Karl Heinzius - Abend
Mitwirkung erster Bühnenkünstler. Festwirt Jos. Weinzierl
Tanz
Morgen Mittwoch: Elitetag. Juhu! Ehrengraber
u. Weinzierl. Gratis-Vorteil von 200 Wertgegenständen.

Neue Welt.
Arnold Scholz. Hasenheide 108-114.
Heute Dienstag, den 30. Januar 1912:
Elitetag.
Herren-Prämierung.
Prämiiert wird:
Der längste einfarbige tragbare Frack.
Künstlich verlängerte Frackschöße werden nicht prämiert.
3 bare Geldpreise: 50,-, 30,-, 20 Mark.
4 Kapellen. 30 bayerische Mad'l.
Anfang 7 Uhr. — Entree 30 Pf.
Anmeldungen bis 10 Uhr abends an der Kasse.

Voranzeige! Donnerstag, den 1. Februar 1912:
Damen-Prämierung.
Prämiiert wird:
Der längste echte Zopf.
3 bare Geldpreise: 50,-, 30,-, 20,- Mark.

MÖBEL MESSE
AUSSTELLUNGSHÄLLEN AM ZOO
BERLIN-1912 VOM 20.-30. JANUAR
EINTRITT FREI! GEOFFNET V. 10-8 UHR

Herrnfeld Theater
Nur noch wenige Tage!
Das Kind der Firma
und
Schmerzlose Behandlung.
Anfang 8 Uhr.
Vorverk. 11-2 Uhr (Theaterkasse).
In Vorbereitung: Die Naviläten:
Wie man Männer hessert.
Komödie in 2 Akten von Anton
und Donat Herrnsfeld. — Hierzu:
Schwank in 1 Akt.
Der Kansteufel.

BUNTE BÜHNE
Kabarett und Theater.
Jeden Dienstag:
Kastanienwäldchen
Sabstraße 16.
Anfang 8 1/2 Uhr, Sonntags 8 Uhr.

Zirkus A. Schumann
Dienstag, 30. Jan., abends 7 1/2 Uhr:
Gala-Vorstellung
mit reichhaltigem Programm
und um 9 Uhr das große
Ausstattungsstück:
Das Motorpferd
in 5 Akten.
Weiter geht es nicht
mehr! Dieses große Aus-
stattungsstück zu über-
treffen ist unmöglich!
Besonders hervorzuheben: Der
5. Akt: Im Lunapark. Die
glänzende Schlussapotheose.
Die 100 Fuß hohe Fontaine
lumineuse.

Sarrasani
Schönhauser Allee.
Telephon: Nord 4100.
Dienstag, den 30. Januar,
abends 7 1/2 Uhr:
Das weltberühmte,
echte
Circus-Programm.
Mittwoch nachm. 3 Uhr
und abends 7 1/2 Uhr:
Zwei Vorstellungen.
Vorverkauf a. d. Circus-
kasse und an sämtlichen
Billetverkaufsstellen v.
A. Wertheim

Voigt-Theater.
Dienstag, den 30. Januar 1912:
Gastspiel im Roadster Winter-
garten, früher
Artushof, Seidenberg Str. 26.
Pfeffer-Wiesel.
Schauspiel in 5 Akten.
Kasseneröffnung 7, Anfang 8 1/2 Uhr.

Passage-Panoptikum.
Bei den Feuerfressern
Lebend! Lebend!
Die wilden Essaus.
Karawane sudanesischer
Haut- und Feuer-Fakire in ihrem
Originaldorf.
Ohne Extra-Entree.

Roach's Theater.
Direktion: Robert Hill.
Berlin N., Brunnenstraße 16.
Die Bettlerin und ihr Kind.
Schauspiel in 5 Akten von Meißner.
Anfang 8 1/2 Uhr. Vers. umg. gültig.
Morgen: Dieselbe Vorstellung.

Casino-Theater
Lehrter Str. 37. Anfang 8 Uhr
Der arzte Theatererfolg!
Täglich ausverkauft.
Der Kampf ums Dasein.
Aktuell! Dem heutigen Leben ent-
nommen. — Sonntag nachm. 3 1/2 Uhr:
Der heilige Polkschindl.

Urania.
Wissenschaftliches Theater.
8 Uhr:
Von Meran zum Orler.
Hörsaal 8 Uhr: Dr. Berndt:
Die Abstammung des Menschen.

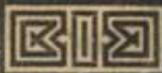
Zirkus Busch
Dienstag, 30. Januar, ab 7 1/2 Uhr:
Gala-Vorstellung.
Gastspiel Gertr. Arnold
Die Hexe.
Besonders hervorzuheben:
Der Traum des Hexenmeisters
(eine Darstellung des Volks-
aberglaubens jener Zeit).
Vorher: Der Manège-Illusions-
künstler Taft!
Sandi-Siwel und Amata. Herr
Schumann's origin. Dressuren.
3 Schw. Blumentanz, Reitzkünst-
lerinnen, Fri. Stennis, Schuhr.,
und das große Gala-Programm.

Folies Caprice.
Täglich 8 1/2 Uhr:
Vogelfangen.
Waffenübung.
Wandelblatts Vollereabend.

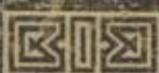
Reichshallen-Theater.
Stettiner Säng.
Neu! Neu!
Pantoffel-Helden.
Dunkle u.
Reichardt
Anfang
8 Uhr.
Sonntag
7 Uhr.

Admiralspalast
Am Bahnhof Friedrichstraße
Nachm.: **Militär-Konzert!**
Kunstausproduktionen
Abends: **Fest-Vorstellung.**
Zum 100. Male:
Das prächtige Eisballett
Alpenzauber
National-Tänze
Die kleine Charlotte
Der norwegische Melster
Harry Paulsen
Bis 6 Uhr und von 10 1/2 Uhr
abends halbe Kassenpreise.

Für den Inhalt der Inserate
übernimmt die Redaktion dem
Publikum gegenüber keinerlei
Verantwortung.



Todes-Anzeigen



Unserer werten Kundschaft und Geschäftsfreunden machen wir hierdurch die ergebene Mitteilung, daß am 27. Januar

Herr Adolf Petruschke

Filialeiter des am hiesigen Platze bestehenden Fahrradhaus „Frisch auf“, Berlin, Brunnenstr. 35, in der Blüte seiner Jahre und mitten in seiner rastlosen Tätigkeit uns durch den Tod entrissen wurde.

Als treuer und eifriger Mitarbeiter, dem wir das Blühen des Geschäftes am hiesigen Platze mit zu verdanken haben, werden wir ihm jederzeit ein ehrendes Andenken bewahren.

Fahrradhaus „Frisch auf“ Aufsichtsrat des Fahrradhaus „Frisch auf“
Offenbach am Main. [102/7] Offenbach am Main.



Arbeiter-Radfahrer-Bund „Solidarität“ Gau IX

Wir erfüllen hiermit die traurige Pflicht, alle Bundesgenossen sowie Freunde und Bekannte von dem am Sonnabend erfolgten Tode unseres Bundesgenossen und Gaukassierers

Adolf Petruschke

in Kenntnis zu setzen.

Wir verlieren in ihm einen treuen und bewährten Kampfgenosse, der jederzeit sein Bestes gab. Sein Tod reiht eine schmerzliche Lücke, und oft noch werden wir seine Mitarbeit vermissen.

Sein Andenken werden wir übers Grab hinaus in Ehren halten.

Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 31. Januar, nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des städtischen Friedhofes in Friedrichsfelde aus statt.

Um recht zahlreiche Beteiligung bitten
Arb.-Radl.-Bd. „Solidarität“ Arb.-Radl.-Bd. „Solidarität“
Ortsgruppe Berlin. Gau IX.
Richard Karraz. W. Delsart.

Am Sonnabend, den 27. Januar, abends 9^{1/2} Uhr, entschlief nach langem Leiden mein innig geliebter Mann, herzlich geliebter Sohn, Bruder, Schwager, Schwiegerjohn und Onkel, der Kassierer des Transportarbeiterverbandes

Hermann Kartheuser

im 57. Lebensjahre.

Es geht tiefbetäubt an, mit der Bitte um stille Teilnahme.

Im Namen der Hinterbliebenen
Elise Kartheuser,
Niddor, Halstr. 11.

Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 31. Januar, nachmittags 2^{1/2} Uhr, vom Trauerhaus aus, nach dem neuen Jakobikirchhof, Niddor, Hermannstr. statt.

Sozialdemokrat. Wahlverein Rixdorf.

Den Parteigenossen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Hausdiener

Hermann Kartheuser

im 57. Lebensjahre verstorben ist.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 31. d. Mts., nachmittags 2^{1/2} Uhr, vom Trauerhaus Halstraße 11 aus nach dem neuen Jakobikirchhof in Rixdorf, Hermannstraße statt.

Um rege Beteiligung ersucht
Der Vorstand.

Deutscher Transportarbeiter-Verband.

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Einfassierer

Hermann Kartheuser

am 27. Januar im Alter von 58 Jahren verstorben ist.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 31. Januar, nachmittags 2^{1/2} Uhr, von dem Trauerhaus Halstraße 11 aus nach dem neuen Jakobikirchhof in Rixdorf, Hermannstraße 99/100 statt.

Um rege Beteiligung ersucht
Die Bezirksverwaltung.

Sozialdemokratisch. Wahlverein Kreis Niederharnim Bezirk Borsigwalde.

Am Sonnabend, den 27. Januar, nachmittags 9^{1/2} Uhr, verstarb nach schwerer Operation unsere Genossin

Julie Meik.

Ehre ihrem Andenken!

Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 31. Januar, nachmittags 4 Uhr, von der Borsigwalder Friedhofkapelle aus statt.

Um rege Beteiligung ersucht
Die Bezirksleitung.

Verband der Lithographen, Steindrucker u. verw. Berufe. (Deutscher Senefelder-Bund.)

Am Freitag, den 26. Januar 1912, verstarb unser Kollege und Mitglied, der Steinbruder

Edmund Hedicke

im Alter von 51 Jahren an einer Lungenerkrankung.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet am Dienstag, den 30. Januar, nachmittags 2^{1/2} Uhr, von der Leichenhalle des Thomas-Kirchhofes in Rixdorf aus statt.

Die Verwaltung der Filiale I.

Dankfagung.

Für die innige Teilnahme bei der Beerdigung meines lieben Vaters, unferer guten Vaters

Johann Diener

lage ich allen Verwandten, Bekannten und Genossen sowie dem Sängerkor „Wedding“ meinen herzlichsten Dank.
Johanna Diener nebst Kindern.

Sozialdemokratisch. Wahlverein Kreis Nieder-Barnim. Bezirk Lichtenberg.

Den Genossen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Glasmacher

August Müller

am 14. verstorben ist.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet heute Dienstag, nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des Lichtenberger Gemeindefriedhofes in Rixdorf aus statt.

Rege Beteiligung ersucht
Die Bezirksleitung.

Zentral-Verband der Steinarbeiter. Zahlstelle Berlin.

Am 25. Januar starb unser Kollege

Ernst Franke

im Alter von 49 Jahren an Herzschlag.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet heute nachmittags 3^{1/2} Uhr, von der Leichenhalle des städtischen Friedhofes Rixdorf, der Seestraße, aus statt.

Um rege Beteiligung ersucht
Die Ortsverwaltung.

Deutscher Bauarbeiter-Verband Zweigverein Berlin. (Bezirk Norden II.)

Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Maurer

Reinhold Brisch

am 29. Januar verstorben ist.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 1. Februar, nachmittags 2 Uhr, vom Trauerhaus, Kastanienallee 29/30 aus, nach dem Friedhof in Nieder-Schönhausen statt.

Um rege Beteiligung ersucht
Der Vorstand.

Sozialdemokrat. Wahlverein Steglitz.

Den Genossen zur Nachricht, daß am 26. d. Mts. unser Mitglied

Paul Kucher

gestorben ist.

Die Beerdigung findet heute nachmittags 2^{1/2} Uhr auf Steglitzer Friedhof, Bergstraße, statt.

201/6 Der Vorstand.

Allgem. Kranken- u. Sterbekasse d. Drechsler u. Berufsgenossen. (E. M. 88 Hamburg.)

Verwaltungsstelle Berlin A.

Nachruf. Hermann Reichel

Den Mitgliedern hierdurch zur Nachricht, daß unser Mitglied

verstorben ist.
Die Beerdigung hat bereits am 29. Januar stattgefunden.

286/7 Die Ortsverwaltung.

Dankfagung.

Für die herzliche Teilnahme und vielen Kranzpenden bei der Beerdigung unseres lieben Sohnes und Bruders

Hermann Lück

sagen wir allen Verwandten, Freunden und Bekannten, sowie den Kollegen der Witwenkassen-Genossenschaft unseren herzlichsten Dank.

27186 Familie Lück, Dirschauerstr. 7.

Dankfagung.

Für die überaus liebevolle Teilnahme und zahlreichen Kranzpenden bei der Beerdigung meines lieben Mannes und unseres guten Vaters, Sohnes, Schwiegerjohnes, Bruders und Schwagers, des Metallbrüders

Otto Gossiau

lage ich allen Freunden und Bekannten sowie den Kollegen und Kolleginnen der Firma Imms & Löbner, dem Deutschen Metallarbeiterverband, dem Sozialdemokratischen Wahlverein Rixdorf, den Stammgenossen des Restaurants Nitschke und seinem Freund Otto Meier vom Fußballklub „Normanna“ meinen herzlichsten Dank.

Helene Gossiau geb. Jäger.

17712

Dankfagung.

Für die liebevolle Anteilnahme und zahlreichen Kranzpenden bei der Beerdigung meiner lieben Frau

Ernesline Göriz

17712

Theodor Göriz.

Dankfagung.

Für die herzliche Teilnahme bei der Beerdigung unserer Tochter

Alice

sagen wir allen unseren herzlichsten Dank.

Dankfagung.

Für die herzliche Teilnahme und zahlreichen Kranzpenden bei der Beerdigung meiner lieben Frau und unserer guten Mutter sagen wir allen Beteiligten unseren tiefgefühlten Dank.

Karl Ladmann nebst Kindern.

Für die zahlreiche Teilnahme sowie Kranzpenden bei der Beerdigung meiner lieben Frau sage ich allen Freunden und Bekannten, insbesondere dem Schwimmklub „Balzer“, den Kollegen der D.-R.-H. der Mechaniker und dem Gesangsverein „Nichte-Georgiana“ meinen herzlichsten Dank.

27196 Max Neumann.

H. Pfau, Bandagist

Berlin Direksenstraße 20
zwischen Bahnhof Alexanderplatz und Voltzebräuhaus. — Amtl. Kat. 3398.

Für Damen Frauen-Bandierung. *
Lieferant für alle Krankenkassen.
Abonnenten erhält 10% Rabatt.

Haut- u. Harn- leiden, Ehrlich-Mata, Schiden d. Quecksilber. — Konsultation frei! Blutuntersuchung, Fäden im Harn, etc. Teilszahlung gestattet!!

Dr. Homeyer & Co. (konz. Spez. Lab.)
Friedrichstr. 189
a.s.Hochb. Spr. 9-2,4-8, Sonnt. 11-12.

Zigarren- W. Herbst

Fabrik
gegr. 1862. — Tel.: IV, 3873.
BERLIN SW., Ritterstr. 83
Erstklassige Ware. Zigarren-
händlern bestens empfohlen.
Tarifarbeit.

In jedem Loos
Gewinnt man jetzt
zum Loos, Loos,
Loos nur noch
Polmir
und kriegt ein
Liefes Butterbrot mit
Polmonor
Haugen, Lutter, Margarine

NB. Polmir ist auch „weich“
(schmalzähnlich) zu haben.

Zeitungs-Ausgabebestellen und Inseraten-Aannahme.

- Zentrum: Albert Dabnich, Auguststr. 50, Eingang Joachimstraße.
2. Wahlkreis, W.: Gust. Schmidt, Kirchbachstr. 14, Hochparterre, S. und SW.: Hermann Werner, Gneisenaustr. 72.
3. Wahlkreis: St. Fritz, Fehmsstr. 31, Hof rechts part.
4. Wahlkreis: Osten: Robert Engels, Gr. Frankfurterstr. 120, Richard Dadebusch, Weidenburgerplatz 4 (Laden).
4. Wahlkreis: Südosten: Paul Böhm, Lauerplatz 14/15.
5. Wahlkreis: Leo Buch, Jannauellstr. 12 (Hof).
6. Wahlkreis (Noah): Karl Hubers, Sehwedelstr. 8.
Wedding: J. Dörlitz, Kogarellstr. 49.
Rosenthaler und Oranienburger Vorstadt: Wilhelm Baumann, Rheinbergstr. 67, Laden.
Gesundbrunn: F. Trapp, Steintstr. 10.
Schönhauser Vorstadt: Paul Rars, Greifenhagener Str. 27.
Adlershof: Karl Schwarzkopf, Hoffmannstr. 9.
Alt-Glienicker: Wilhelm Dörre, Köpenickerstr. 6.
Baumschulenweg: H. Dorzig, Marienfelderstr. 13, L.
Bernau, Röntgenal., Zepernick, Schönow und Schönbrück: Heinrich Drost, Köpenickerstr. 5, Laden.
Bohndorf und Falkenberg: Wilsch 2 auf, Bohndorf, Genossenschaftshaus „Paradies“.
Charlottenburg: Gustav Ehornberg, Selenheimerstraße 1.
Eichwalde: Oskar Rahle, Stubenrauchstr. 60.
Erkner: Ernst Hoffmann, Friedrichshäger Chaussee.
Friedrichshagen: E. Dieckhoff, Petersdamm.
Friedenau-Steglitz-Südende-Groß-Lichterfelde-Lankwitz: H. Bernice, Wiesenstr. 5 im Sieglitz.
Friedrichshagen: Ernst Westmann, Köpenicker Straße 18.
Grünau: Franz Klein, Friedrichstr. 10.
Johannisthal: Heide, Kailer-Wilhelm-Platz 6.
Karlshorst: Richard Küter, Köpenickerstr. 2, II.
Königs-Wusterhausen: Friedrich Baumann, Bahnhofstr. 13.
Köpenick: Emil Friedrich, Kiefernstr. 6, Laden.
Lichtenberg, Friedrichsfelde, Hohenschönhausen: Otto Seifert, Bartenbergstraße 1 (Laden).
Mahlisdorf, Kaulsdorf: F. Heßberg, Kaulsdorf, Ferdinandsstraße 17.
Mariendorf: August Leib, Chaussee, 206, Hof.
Marienfelde: Emil Weiser, Dorststr. 60.
Neuenhagen: Gustav Ley, Wolterstraße.
Nieder-Schöneweide: Gehr, Beierstr. 6.
Nowawes: Wilhelm Jander, Friedrichstr. 7.
Ober-Schöneweide: Alfred Bader, Wilhelmshofstr. 17 II.
Pankow-Niederschönhausen: Richard Baum, Köpenickerstr. 30.
Reinickendorf-Ost, Wilhelmshagen und Schönholz: F. Gursch, Provingstr. 56, Laden.
Rixdorf: N. Heinrich, Redarstr. 2, im Laden; Rohr, Sieglitzstraße 28/29.
Rummelsburg, Boxhagen: H. Rosenkrantz, Alt-Boxhagen 64.
Schönberg: Wilhelm Baumier, Martin Lutherstr. 69, im Laden.
Spandau, Nonnendamm, Staaken, Seefeld und Falkenhagen: Köppen, Breiterstr. 64.
Tegel, Borsigwalde, Wittenau, Waldmannslust, Hermsdorf und Reinickendorf-West: Paul Riegraf, Borsigwalde, Mühlstraße 10.
Teltow: Wilhelm Dönow, Teltow, Berliner Str. 16.
Tempelhof: Franz, Berliner Straße 76, Laden.
Trenthow: Rob. Gramenz, Niesholzstraße 412, Laden.
Weißensee: A. Fuhrmann, Sebanstr. 103, parterre.
Wilmsdorf-Halensee-Schmargendorf: Paul Schubert, Wilhelmstr. 26.
Zehlendorf, Hiersdorf: Ernst Häutig, Zehlendorf, Dorststr. 15.
Sämtliche Verteilungsorte sowie alle wissenschaftlichen Werke werden geliefert.

Partei-Angelegenheiten.

Schöneberg. Heute, Dienstag, den 30. d. Mts., abends 8 Uhr, in den Neuen Rathausgalerien, Reiminger Str. 8. Generalversammlung des Wahlvereins. Tagesordnung: 1. Vortrag über: Der Ausfall der Reichstagswahlen. Referent: Stadtd. Genosse H. Hüter. 2. Diskussion. 3. Halbjahresbericht des Vorstandes. 4. Vereinsangelegenheiten. 5. Verschiedenes. Der Vorstand.

Groß-Lichterfelde. Heute, Dienstag, den 30. d. M., abends 7/9 Uhr, im Lokal von Fr. Wahrensdorf, Bälkestr. 7: Generalversammlung. Der Vorstand.

Voghten-Rummelsburg. Zur Errichtung einer zweiten Verkaufsstelle für Voghten findet am Mittwoch, abends 8 Uhr, im Café Bellevue eine öffentliche Versammlung statt. Referent ist Genosse Buchholz. Die Bezirksleitung.

Treptow-Baumhulsenweg. Umständehalber findet die Generalversammlung des Wahlvereins heute nicht statt. Der Vorstand.

Rehendorf (Wannseebahn). Für die Bewohner des Ortsteils Schönrow werden die Wählerlisten vom Genossen Karl Wiederstein, Dorfstraße, eingesehen. Diejenigen, welche nicht selbst Einsicht nehmen können, wollen sich an obige Adresse wenden. Der Vorstand.

Sankwitz. Am Mittwoch, den 31. Januar, abends 8 Uhr, Generalversammlung bei H. Schulz, Mühlenstraße. Tagesordnung: Vorstand- und Kassenbericht. Bericht der Gemeindevertreter. Gemeindevahl. Aufnahme neuer Mitglieder. Vereinsangelegenheiten. Der Vorstand.

Abterhof. Heute, Dienstag, abends 8 1/2 Uhr, im Lokale des Genossen Kauf, Bismarckstr. 16: Generalversammlung des sozialdemokratischen Wahlvereins.

Karlshorst. Heute abend 8 1/2 Uhr Mitgliederversammlung im Restaurant Fürstendamm, Joh. Bartels. 1. Vortrag des Genossen Heinrich Stühmer: Die Situation nach den Reichstagswahlen. 2. Diskussion. 3. Stellungnahme zur Gemeindevahl und Aufstellung des Kandidaten. Die Bezirksleitung.

Friedrichshagen. Am Mittwoch, den 31. Januar, abends 8 1/2 Uhr, bei Verhe, Friedrichstr. 112: Generalversammlung. Tagesordnung: 1. Geschäfts- und Kassenbericht. 2. Ergänzungswahl zum Vorstande. 3. Anträge zur Kreisgeneralversammlung. 4. Vereinsangelegenheiten und Verschiedenes.

Reinickendorf-Ost. Heute, Dienstag, abends 8 Uhr, in „Ramlows Kolanienwäldchen“, in Schönholz 14: Mitgliederversammlung des Wahlvereins. Tagesordnung: „Kann Deutschland reiten?“ Referent: Genosse Otto Braun (Mitglied des Parteivorstandes). Halbjahresbericht und Vereinsangelegenheiten. Der Vorstand.

Erkner. Die Generalversammlung findet der Kreisconferenz wegen nicht Mittwoch, den 31. Januar, sondern Donnerstag, den 1. Februar, statt. Die Bezirksleitung.

Bezirk Pankow. Donnerstag, abends 8 Uhr, in den Pankowwalder Festhäfen: Mitgliederversammlung des Bezirkswahlvereins. Die Bezirksleitung.

Spanden. Die Beerdigung des Genossen Anton Henschmüller findet am heutigen Dienstag, den 30. Januar, nachmittags 1 Uhr, von der Wohnung, Hochgerichtstr. 4, aus statt. Es ist erwünscht, daß sich die Genossen zahlreich daran beteiligen.

Diejenigen Genossen, welche noch in Besitze von Sammelkarten für die Reichstagswahl sind, werden ersucht, sofort beim Genossen Senfleben, Quarsstr. 7, oder beim Genossen Köppen, Breitenstr. 64, abzurechnen. Der Vorstand.

Berliner Nachrichten.

Von der Verteuerung des Brotes.

Ueber die Brotpreise in Berlin veröffentlicht das Statistische Amt der Stadt jetzt das Ergebnis der Feststellungen, die es im Dezember 1911 hierüber gemacht hat. Im Durchschnitt von 40 Bäckereien, in denen das Statistische Amt, wie allmonatlich, Gebäck ankauft, um aus dem Gewicht den Preis zu ermitteln, kostete im Dezember das Kilogramm Roggenbrot 29 Pf. Der durchschnittliche Preis für das ganze Jahr 1911, der sich jetzt aus den für die einzelnen Monate ermittelten Preisen berechnen läßt, stellte sich pro Kilogramm Roggenbrot auf 27 1/10 Pf. In der zweiten Hälfte des Jahres standen die Preise über diesem Durchschnitt, in der ersten Hälfte hatten sie noch unter ihm gestanden. Der Jahresdurchschnitt war für 1911 nur wenig höher als für 1910, wo er rund 27 1/10 Pf. betragen hatte. Wenn man indes die Preisbewegung durch die einzelnen Monate verfolgt, so zeigt sich in beiden Jahren ein sehr verschiedenes Bild. Im Jahre 1910 waren die Brotpreise noch in der absteigenden Bewegung, die nach dem im Winter 1907/08 erreichten Höchststand endlich wieder begonnen hatte und dann etwa drei Jahre hindurch andauerte, das Jahr 1911 aber brachte wieder eine aufsteigende Bewegung. Während z. B. im Dezember 1909 der durchschnittliche Preis pro Kilogramm Roggenbrot noch 26 1/10 Pf. war, berechnete er sich für Dezember 1910 auf 26 1/10 Pf., aber im Dezember 1911 stand er dann, wie oben angegeben, wieder auf 29 Pf. Pro Kilogramm 29 Pf., das bedeutet, daß das Durchschnittsgewicht des Fünftelroggenbrotes unter 3 1/2 Pfund beträgt. Auch der Preis des Weißgebäcks ist nach wie vor außerordentlich hoch. Nachdem er im Jahre 1909 seinen Höchststand erreicht hatte, ist er seitdem nicht viel heruntergegangen. Der Preis pro Kilogramm Schrippen berechnete sich für Dezember 1909 auf 55 1/10 Pf., für Dezember 1910 auf 51 1/10 Pf., für Dezember 1911 wieder auf 53 1/10 Pf. Der Jahresdurchschnitt war für 1911 mit 53 1/10 Pf. etwas niedriger als in 1910, wo er 53 1/10 Pf. betragen hatte.

Die Teltower Kreisbahnen und die Grunewaldbahn haben im Kalenderjahr 1911 insgesamt 7 472 704 Personen befördert und 725 211 M. Betriebsmaßnahmen erzielt. Fahrseine zu 10 Pf. wurden 4 048 498 abgesetzt, solche zu 15 Pf. insgesamt 727 029 usw. Auf Zeitkarten wurden 2 083 615 Personen befördert. Die Wagen der Bahnen leisteten 1 847 973 Kilometer, die Motowagen für sich allein 1 622 586 Kilometer. Die Bahnen besitzen jetzt 35 Motor- und 17 Anhängewagen. Die Länge des Netzes beträgt 80 Kilometer. Davon kommen auf die Strecke von Steglitz nach Lichterfelde und Süden 15 Kilometer, auf die Strecke Lichterfelde-Teltow-Machnower Schenke 10 Kilometer usw. Der Hauptverkehr mit 4 1/2 Millionen beförderten Personen kommt auf die Süden-Linie. Er brachte 482 572 M. Einnahmen. Die Teltow-Machnower Strecke beförderte etwas über 1 Million Personen. Die Bahn von Steglitz nach dem Grunewald beförderte 1 187 567 Personen.

Vom künftigen Straßenbahnwesen. 3 Millionen Mark hat der Berliner Magistrat für den Ausbau der städtischen Straßenbahn bewilligt. Hierunter entfallen rund 250 000 M. auf die geplante Strecke Köpenicker Bahnhof-Rixdorf-Hermannsplatz, rund 1 Million Mark auf die Strecke Rixdorf-Hermannsplatz-Alte Jakobstraße-Dönhofsplatz, rund 700 000 M. auf die Linie Kreuzberg-Markgrafenstraße-Beckenstraße und rund 1 Million Mark auf die Strecke Großgörschenstraße-Markgrafenstraße-Beckenstraße. Die neue Linie wird über die Köpenicker Brücke, die Linie Rixdorf-Dönhofsplatz über die neue Brücke im Zuge der Alten Jakobstraße erbaut werden unter Mitbenutzung der Gleise der elektrischen Straßenbahn nach Treptow und der Gleise der Großen Berliner Straßenbahn. Eine Verlängerung nach Norden durch den geplanten Tunnel am Franz-Josef-Platz ist vorgesehen.

Opfer des Eisports.

Auf dem Müggelsee herrschte am Sonntag wieder lebhaftes Sporttreiben. Tausende waren, obwohl das Wetter nicht gerade einladend aussah, hinausgefahren, um dem Eisport zu huldigen. Durch das vor einigen Tagen eingetretene Tauwetter war jedoch die Eisdecke an einigen Stellen bereits so morstig, daß sie unter den Füßen der Schlittschuhläufer zusammenbrach. In der Nähe der Rettungsstation am Müggelsee, gegenüber der Försterei, ereigneten sich nicht weniger als vier schwere Unglücksfälle, von denen einer tödlich verlief. Gegen 10 Uhr vormittags brach an einer Stelle, die mehrwöchentlich nicht abgegrenzt worden war, obwohl das Eis dort fest und morstig geworden, ein junger 23jähriger Mann ein, geriet unter die Eisdecke und ertrank, ehe ihm noch Hilfe gebracht werden konnte. Da der Tote keinerlei Legitimationspapiere bei sich führte, gelang es noch nicht den Namen festzustellen. — Fast an derselben Stelle brach nachmittags gegen 3 Uhr ein Kaufmann ein. Da der Verunglückte des Schwimmens kundig war, konnte er sich 25 Minuten im Wasser halten, bis er von Angehörigen der Rettungsgesellschaft ans Ufer gebracht wurde. — Nachmittags gegen 6 Uhr brach ein Herr Johannes Neber, Rühnowstr. 18 wohnhaft, der mit einem Sportseglerschlittschuh lief, bei der Försterei ein, konnte jedoch ebenfalls von der Rettungsgesellschaft geborgen werden. — Schwieriger gestaltete sich das Rettungswerk bei dem Taubstummen Richard Loser, Rationenstr. 48 wohnhaft, der ebenfalls bei der Försterei einbrach und erst nach 31 Minuten aus seiner furchtbaren Lage befreit werden konnte. Die drei Verletzten erhielten sich sämtlich wieder unter der ärztlichen Pflege.

Die Beerdigung Leopold Liepmanns

Am gestrigen Vormittag 1/11 Uhr auf dem künftigen Friedhofe in Friedrichshagen unter zahlreicher Beteiligung statt. Schon am Sonnabend war der Verstorbene vom Krankenhaus nach der Leichenhalle gebracht und gestern war der Sarg in der Kapelle unter Blattpflanzen aufgebahrt worden. Wohl über 1000 Parteigenossen und Genossinnen hatten sich eingefunden, um dem toten Freunde die letzte Ehre zu erweisen. Vertreten waren die politischen Organisationen von Groß-Berlin, auch zahlreiche örtliche Organisationen der Vororte, außerdem die Gewerkschaftskommission und eine große Anzahl Gewerkschaften und Körperschaften mit denen Leopold Liepmann infolge seiner Tätigkeit in Beziehungen gestanden.

Die Trauerfeier fand in der Friedhofskapelle statt, die nur einen kleinen Teil der Erhaltenen faßte. Sängere des Gesangsvereins „Typographia“ leiteten den Trauerakt ein. „Ein Sohn des Volkes wollt er sein und bleiben“ klang es mächtig aus dem Nebenraum der Kapelle. Nachdem die erste Strophe verlungen war, trat Genosse Robert Schmidt an den Sarg und widmete dem Dahingegangenen warme Worte des Dankes und der Anerkennung für sein Wirken. In von Herzen kommenden und zu Herzen gehenden Worten entwickelte Genosse Schmidt ein Lebensbild Leopold Liepmanns. Eifer und treue Pflichterfüllung seien in Liepmann verkörpert worden; seiner Gewerkschaft sowohl wie der Partei habe Leopold Liepmann seine ganze Person zur Verfügung gestellt. Dank ihm für seine Tätigkeit, die der Verstorbene nur ausüben konnte mit anerkannter Unterstützung der aufopferungsvollen und nun trauernden Gattin und Tochter.

Im Namen des Parteivorstandes, dessen Mitglied Leopold Liepmann gewesen, widmete Genosse Pfannkuch dem toten Genossen schlichte Abschieds- und Dankesworte. Das Andenken des Verstorbenen könne nicht besser geehrt werden, als wenn wir Zurückbleibenden uns mit aller Kraft den großen Aufgaben widmen, die unserer noch harren und für die Leopold Liepmann gelebt und gestrebt hat.

Für den Verband der Wahlvereine von Groß-Berlin, dessen Sekretär Genosse Liepmann gewesen, sprach Genosse Ernst Herzliche Abschiedsworte, während Genosse Friedländer besonders der Tätigkeit Liepmanns im fünften Kreise gedachte; Genosse Albert Kohn stattete dem toten Freunde den Dank für die langjährige Mühe im Zentralverband der Handlungsgehilfen ab, in dessen vordersten Reihen er gestanden.

Dann traten der Reihe nach die Vertreter der einzelnen Organisationen und Körperschaften an den Sarg, um nach kurzer Widmung ein letztes Liebeszeichen niederzulegen: die Reuerkommission, der Ausschuss der Berliner Gewerkschaftskommission, Hauptvorstand des Zentralverbandes der Handlungsgehilfen Deutschlands, die Bezirksleitung der Provinz Brandenburg, Zentralwahlvereine Teltow-Beeskow und Nieder-Barnim, die einzelnen Berliner Wahlvereine, die sozialdemokratische Landtagsfraktion, Redaktion, Expedition und Buchhandlung des „Vorwärts“, Arbeiter-Vereinigung, Transportarbeiterverband, Saitenwerkgehilfen, Väter, Taubstummen Berlins und viele andere Organisationen.

Wieder legten die Sängere ein. Dann wurde der Sarg von den Trägern angehoben und nun bewegte sich der Zug nach dem Grabe, an welchem Anreden nicht gehalten werden durften.

Wühmtig klangen die Sängere: „Zum Reich der Gräber“ und langsam senkte sich der Sarg mit unserem toten Genossen in die Gruft. Wortlos häufte sich Kranz auf Kranz. Und immer wollten die Liebeshenden kein Ende nehmen. Noch einmal intonierte der Sängeschor: „Da unten ist Frieden“. Einen letzten stillen Abschiedsgruß und die zahlreichen engeren Parteifreunde verließen den Friedhof in dem Bewußtsein, einen eifrigen Streiter für unsere Sache und einen guten Menschen verloren zu haben.

Auffälligkeit der preussischen Ordensliste. Die Nachfrage nach preussischen Orden ist andauernd so reg, daß es dringend notwendig erscheint, das stark geräumte Lager ganz bedeutend zu ergänzen. Am Geburtstag des Königs ist eine frische Sendung eingetroffen, die Liebhabern nur warm empfohlen werden kann. Auf der Preisliste steht namentlich auch ein preussisches Verdienstkreuz in Gold mit der Krone, ferner ein dito Kreuz in Silber, drittens ein Allgemeines Ehrenzeichen in Bronze. Warum nicht auch in Aluminium? Solche Kreuze sind doch noch leichter zu tragen. Das neue goldene Verdienstkreuz hat als Anfänger der Berliner Kriminalkommissar Toussaint erhalten, offenbar für seine pflichtgemäßen Ermittlungen zu den Obdachlosenvergiftungen. Mit dem dito silbernen Kreuz wurde ein Kieler Kapitän beschenkt, vermutlich für richtiges Segeln im preussischen Kurs. Die neugegründete Bronzemedaille sollen dagegen diejenigen erhalten, welche für das bisherige Allgemeine Ehrenzeichen in Silber

noch nicht reif sind. Wer bleibt dann für die Bronzierung noch übrig? Wir schlagen, damit es gleich ein glattes Aufwischen ist, in Wachs und Bogen die gesamte Berliner Schützmannschaft vor. In Zukunft sollte man übrigens, da unter dem jetzigen Regiment noch keine Siege zu erfassen waren, lieber fingen: Seil dir im Ordenskranz! Es ist eine ganz achtbare Leistung: Rentennarrmedaille, Wilhelmorden, rote Kreuz-Medaille mit einem halben Dugend Abstufungen, Kriegsgeschäftsschnallen, Feuerwehorden und nun gleich noch drei neue Garnituren. Da muß ja das Ordenssieber zur Siedetemperatur steigen.

Als angenehme Ueberraschung betrachteten Schlittschuhläufer, die am Sonntag sich auf dem Müggelsee tummelten, das Erscheinen eines Aeroplans, der über dem See kreuzte und sich langsam im Gleitflug auf die Eisfläche niederließ. Nach kurzem Aufenthalt setzten sich die Propeller wieder in Bewegung, um unter Ovationen der Menge wieder nach Johannisthal heimzukehren.

Zum Gedenken des im Vorjahre verstorbenen Stadtverordneten Hermann Voigt haben Freunde des Verstorbenen die Mittel zur Errichtung eines einfachen Denksteins zusammengebracht. Am heutigen Tage ist es ein Jahr, daß Voigt die Augen geschlossen. Am kommenden Sonntag soll der Stein aufgestellt und mit einer schlichten Feier seiner Bestimmung übergeben werden. Die Zeit wird noch später bekannt gegeben werden.

Ein schwerer Straßenbahnunfall ereignete sich am Sonntag nachmittag gegen 3 Uhr an der Ecke der Stralauer- und Klosterstraße. Dort verließ der Arbeiter Emil Hagedorn, der bei den Untergrundbahnbauarbeiten beschäftigt ist, die Waukade in dem Augenblick, als der Rotowagen 1788 heranfuhr. Er wurde zwischen der Breiterwand und dem Straßenbahnwagen eingeklemmt und trug mehrere Rippenbrüche, einen Bruch des Oberschenkels und Kopfverletzungen davon, so daß er, nachdem er auf der Unfallstation die erste Hilfe erhalten hatte, nach dem Krankenhaus am Friedrichshagen geschafft werden mußte. — Bei dem Zusammenstoß eines Straßenbahnwagens und einer Pferdewoche wurde am Sonnabend abend gegen 10 1/2 Uhr der Kaufmann Urmöhlen, Schöneberg, Bahnstraße wohnhaft, verletzt. In der Ecke des Kaiser-Friedrichplatzes und der Camphausenstraße rannte ein durchgehendes Pferdewoche gegen die Seitenwand des Rotowagens 14 der Linie V. Der Anprall war so heftig, daß eine große mittlere Seitenleiste des Wagens in Trümmer ging. Durch die umherfliegenden Glassplitter wurde Herr U. nicht unerheblich verletzt, so daß er die Hilfe eines Arztes in Anspruch nehmen mußte. — An der Ecke der Kommandanten- und Alten Jakobstraße wurde Sonntag früh gegen 2 Uhr ein junger Mann von einer Automobilwoche überfahren und so schwer verletzt, daß er bald darauf starb. Die Leiche wurde zunächst nach der Unfallstation in der Kommandantenstraße und von dort nach dem Schauhaus geschafft. Wie die polizeilichen Ermittlungen ergeben, ist der Tote der 24 Jahre alte Bureauchhilfe Otto Zimmermann aus der Fürststraße 24.

Einbrecher aller Art werden in den letzten Nächten wieder eifrig an der Arbeit. So erbeuteten Geldschieber in Kontor der chemischen Fabrik „Union“ in Heiligensee für ungefähr 600 M. bares Geld, für 200 M. preussische Staatsanleihen und eine größere Anzahl von Brief- und Invalidentaxen. Die Diebe warteten, bis der Wächter des Grundstücks einen Rundgang um das große Fabrikgelände angetreten hatte. Sie schlichen sich dann in den Hof ein, kletterten einige Türen mit Nachschlüsseln auf, gelangten so in das Kontor und „machten“ hier den Geldschrank auf. Die ganze Arbeit hatten sie bewältigt, noch ehe der Wächter von seinem Rundgange zurückgekehrt war. — Für 2000 M. Wäsche, Handschuhe und Waschseifen Geschäftseinbrecher in die Hände, die dem Warenhaufe von Weinstock in der Bodstr. 16 einen Besuch abstatteten. Die Diebe erbrachen hier vom Flur aus mit einem Stemmmeißel die Ledertür und stahlen dann soviel sie nur wegbringen vermochten. — Einbrecher, die das Papiergeschäft von Schönerberger u. Co. in der Potsdamer Straße 134 heimsuchten, stahlen außer einer großen Anzahl von Spielkarten aller Art wertvolle Reißzweifen, Perlmutterfederhalter, Gelbtafeln usw. im Gesamtwerte von ungefähr 1000 M. — Schaufensterbrecher öffneten den Ausstellungsladen des Herren- und Damenmodengeschäfts von Steinhilber, Unter den Linden 10, und entnahmen daraus Glacéhandschuhe, Strümpfe usw. im Werte von zusammen 500 M.

300 M. Belohnung sind auf die Wiederbeschaffung eines großen sehr wertvollen Brillantohrreinges ausgesetzt, den eine Dame auf dem Wege vom Deutschen Theater nach dem Bahnhof Friedrichstraße verlor.

Eine Geschäftsvorfälle unter Polizeiaufsicht. Uns wird geschrieben: Unter diesem Titel veröffentlichte Sie in der Sonntagnummer eine Notiz, die mich an eine ähnliche Begebenheit erinnert, die schon viele Jahre zurückliegt. Es war Ende der achtziger Jahre, als in der Weinstr. 22 ein Gastwirt Haupt ein Schankgeschäft betrieb, in dem zu jener Zeit ein Teil Genossen des vierten und hauptsächlich des fünften Kreises, gelegentlich auch mit Familie, sich trafen und bei einem Glase Bier die Begebenheiten des Tages besprachen und auch der Fröhlichkeit sich hingaben. Bei Schluß des Geschäftes ging alles in fröhlicher Laune nach Hause. Diese gelegentlichen Zusammenkünfte mußten es der in ihren Maßnahmen unerforschlichen Polizei wohl angetan haben, denn eines schönen Tages erklärten ebenfalls ein polizeiliches Aufgebot mit der Anweisung, während der Dauer der Geschäftsstunden das Lokal zu bewachen. Dies wiederholte sich täglich, jedoch wurden die Beamten des öfteren abgefeßt, sodah dieselben mit der Zeit den dort verkehrenden Gästen bekannt wurden. Waren zuerst die Besucher von der ständigen polizeilichen Aufsicht nicht angenehm berührt, so kam man doch bald zu der Ansicht, daß es eigentlich recht weise gehandelt wäre, die Schutzleute nach einem sozialdemokratischen Verkehrslokal zu senden, konnten dieselben doch nirgends besser als im ständigen Umgang mit den Roten mit deren Ideen vertraut gemacht werden. Ob die dort täglich postierten Schutzleute sich den sozialistischen Anschauungen angegeschlossen haben, ist öffentlich nicht bekannt geworden. Wenn nun die Gäste des betreffenden Wirtes, vorausgesetzt daß Sozialdemokraten darunter sind, die Sache ebenso an und aufpassen würden, den anwesenden Schutzleuten gelegentlich die sozialdemokratischen Lehren unterbreiteten und zu Anhängern der Partei machen würden, so hätten die im übrigen unverdächtig Anordnungen des Herrn Leutnants, für die Allgemeinheit wenigstens etwas Gutes geschaffen.

Ein Opfer der Kälte ist in der Nacht zum Sonntag ein unbekannter Mann geworden, der wahrscheinlich aus einer Anstalt entwichen war. Zwei Arbeiter fanden ihn am Sonntagmorgen um 9 Uhr in einer offenen Laube auf dem Gelände an der Behmstraße im äußersten Norden der Stadt erschoren daliegen. Sie brachten ihn gleich mit einem Handwagen nach der Rettungsstation in der Gaudystraße. Hier gab er noch Lebenszeichen von sich und die Ärzte bemühten sich, ihn zu retten. Nach einer halben Stunde aber mußten sie feststellen, daß der Mann gestorben war. Die Leiche wurde beschlagnahmt und nach dem Schauhaus gebracht. Der Tote ist etwa 45 Jahre alt, hat spärliches blondes Haar und einen dunkelblonden Schnurr- und Kinnbart und trug einen blauen Anzug, wie sie in Anstalten wohl getragen werden und Wäsche mit dem Stempel „St. J. A.“ Nachfragen in den hiesigen städtischen Irrenanstalten, an die man zunächst dachte, hatten noch kein Ergebnis. — Ein zweiter unbekannter Mann wurde gestern in der Oberförsterei in Grünau im Jagd 90 tot aufgefunden. Er hatte sich dort die Pulsader aufgeschnitten und war verblutet. Er ist etwa 38 bis 40 Jahre alt, hat blondes Haar und einen kurz geschnittenen Schnurrbart und trug einen grauen Heberjäger, einen schwarzen Gehrock, dunkle Weinkleider und Gummigütel.

Ein Selbstmordversuch ereignete gestern in der Markthalle an der Lindenstraße Aufsehen. In dem Keller des Fleischermeisters Florenz Jaspel aus der Simeonstraße 12 wurde dieser von einem Kutscher mit durchdringendem Halse aufgefunden. Der Schwerverletzte war noch bei Besinnung und redete von einem schwarzen Ranne, der ihm die Treppe heruntergeholt habe. Ein Arzt, den der Kutscher rief, legte dem Verwundeten einen Rotverband an und ließ ihn nach dem Krankenhaus am Urban bringen.

Das Opfer einer verhängnisvollen Gasvergiftung wurde die 23jährige Maria Bialki, Schmidstr. 10. Das junge Mädchen hatte sich Sonntagabend schlafen gelegt und aus Versehen den Gasbrenner im Schlafzimmer geöffnet. Seitern Morgen wurden Hausbewohner durch starken Gasgeruch aufmerksam gemacht und als man das Zimmer der B. betrat, war dieses vollständig mit giftigen Gasen angefüllt. Die B. lag leblos auf ihrem Bett. Wohl gelang es mit Hilfe des Sauerstoffapparates die Bewußtlose wieder etwas zur Besinnung zu bringen, doch ist der Zustand des bedauernswerten jungen Mädchens, das im Krankenhaus am Urban Aufnahme fand, hoffnungslos.

Ein schwerer Betriebsunfall ereignete sich am Montagmorgen in der Webfabrik von Grünthal, Wassertor u. Co., Frankfurter Allee 161/62. Dort geriet der an der Präpariermaschine tätige Arbeiter Hermann Winuth mit der Hand in die Maschine und erhielt dadurch schwere Verletzungen. Aus dem Handteller wurde dem Verunglückten ein etwa 4-5 Quadratcentimeter großes Stück Fleisch herausgerissen. Wie uns weiter mitgeteilt wurde, soll kein Verbandszeug in dem Betriebe vorhanden gewesen sein, wie dies vorgeschrieben ist, um etwa Verunglückten sofort einen Rotverband anlegen zu können. Statt dessen habe ein Meister ein Handtuch, das noch dazu schmutzig war, genommen und dem Verletzten um die Hand gewickelt. Dann sei der Verunglückte zur Unfallstation geleitet worden. Auch sonst scheint in dem Betriebe der Firma nicht alles in Ordnung zu sein. So soll im Keller eine Treibladung aufgestellt sein, was ebenfalls den gesetzlichen Vorschriften nicht entspricht.

200 Zentner Holzmehl in Flammen. Wegen eines gefährlichen Brandes wurde die Feuerwehre in der Nacht zum Sonntag nach der Pöfener Str. 27, im Osten Berlins, gerufen. Im Erdgeschloß befindet sich dort die Fabrik für Kleingur-Wärmeschutzmasse von Horn u. Taube. Mit der Fabrik ist ein großes Lager verbunden, in dem über 200 Zentner Holzmehl aufgestapelt waren. Das Mehl wird als Wärmeschutzmasse um Dampfleitungsrohre und Dampfessel gelegt, um die Wärme festzuhalten. In diesem Holzmehllager brach das Feuer aus. Die Gefahr wurde erst bemerkt, als schon mehrere große Klotze in Flammen standen. Bei Anbruch des ersten Lösungsversuches brannte dann bereits nahezu zweihundert Zentner der Masse, so daß Brandmeister Gumpf schleunigst noch einen zweiten Zug zu Hilfe holen mußte. Der Lösungsversuch erfolgte mit zwei Schlauchleitungen, doch zogen sich die Lösungsarbeiten über zwei Stunden hin, da die zusammengepreßten Restmassen größtenteils auseinandergerissen und auf den Hof geschafft werden mußten, um Leuchtzündungen zu vermeiden. Die Fabrik selbst konnte geschützt werden. Ueber die Ursache des Feuers ist nichts ermittelt. — Gleichzeitig hatte die Feuerwehre noch in der Lindenstr. 76 zu tun, wo Kupföler in einer Zinkerei brannten.

Eine Ehekränkung, die wahrscheinlich mit dem Tode beider Eheleute enden wird, spielte sich gestern nachmittag im Haus Löwenstraße 17 ab. Dort wohnt im vierten Stock seit 8 Jahren der 50 Jahre alte frühere Kaufmann Julius Sonntag mit seiner zwei Jahre jüngeren Frau Marie und seinem einzigen, 28 Jahre alten Sohn. Als dieser gestern nachmittag um 4 1/2 Uhr die elterliche Wohnung aufsuchte, bot sich ihm im Schlafzimmer ein schrecklicher Anblick. Zur Seite lag die Mutter mit einer Schwundwunde in der rechten Schläfe, dicht daneben saß, auch aus einer Wunde am Kopfe blutend, auf einem Stuhle der Vater. Beide hatten die Besinnung verloren. Er benachrichtigte durch Nachbarn Beamte des 9. Polizeirevierts in der Bornhorster Straße, die gleich darauf mit einem Kraftwagen kamen und die Eheleute ins Krankenhaus am Friedrichshain brachten. Hier liegt der Mann in sehr bedenklichem Zustande darnieder, auch die Frau ist schwer verletzt, doch hofft man sie noch am Leben erhalten zu können. Die Ursache der Tragödie ist in Krankheitszuständen zu suchen.

Lustentheater. Wenn unsere Vorstadtbühnen von Zeit zu Zeit das Gedränge nach gesunden Tendenzen in den Ausdrücken bringen, so kann das für das Publikum unter Umständen von Nutzen sein. Am Donnerstag kam nun ein Drama aus der Sphäre der Redefreiheit zur erstmaligen Aufführung. Es führt den bezeichnenden Titel: „Aus Mangel an Beweisen“ (non liquet) und hat einen bekannten Berliner Verteidiger, nämlich den Juristen Richard Wolff zum Verfasser. Es wird darin eine sehr ernste Materie behandelt. Oft geschieht es ja, daß wegen irgendeines Verbrechens Angeklagte freigesprochen werden, entweder, weil sich ihre Unschuld nicht herausgestellt hat, oder weil es an Beweisen mangelt. Nun kann aber gerade eine Freisprechung aus Mangel an Beweisen von einschneidender Bedeutung sein, wie der Verfasser durch die Handlung seines Dramas darlegt, um tragischen Folgen begleitet sein; denn die absolute Unschuld des Delinquenten wird mit einem „non liquet“-Urteil nicht erbracht. Die staatliche Anklagebehörde operiert nur mit logischen Beweisstücken; sie konstruiert auf Grund der vorhandenen oder einschlägigen Paragraphen des Strafgesetzbuches ihre Anklage, ohne psychologische Momente aufzunehmen zu lassen. Letzten Falles ist auch der Strafrichter bei Auswertung seines Urteilsvermögens an den harten Buchstaben des Strafgesetzbuches gebunden. Und selbst der Verteidiger, der mit dem ganzen Gewicht herdrämmer Gegenbeweise für die Freisprechung seines Klienten eingetreten ist, kann angesichts eines aus Mangel an Beweisen ergangenen Freispruchs ins Schwanken geraten darüber, ob der Freigesprochene nun auch wirklich schuldig ist. Diesen Konflikt hat Richard Wolff zur Handlung für sein „Drama eines Tages“ erhoben. Nur verfährt er auch einseitig; er konstruierte sich eine Tragödie, die den von ihm gewählten Ausgang nehmen muß. Es ist nämlich nicht mit den Tatsachen des täglichen Lebens vereinbar, daß ein aus Mangel an Beweisen Freigesprochener nun auch zugrunde gehen muß. Der Verfasser operiert lediglich mit delabenten Anschauungen der literarischen Weltanschauung. Er hätte seinen Helden ja nur in den Kampf um eine Existenz zu stellen brauchen, anstatt ihn tatlos enden zu lassen. Hierin liegt der Kardinalfehler seines im übrigen sehr geschickt und sehr wirkungsvoll aufgearbeiteten Dramas, das zu den besseren seiner Gattung zählt und dem zu einer überraschend starken Aufführung mit vorzüglichen literarischen Leistungen verbunden ist, daß die Leitung des Lustentheaters wie besonders die Darsteller zur Ehre rechnen dürfen. Alex. Küster, Ernesto Promoli, Richard Gsell, Georg Wald, Paul Nennens, Herbert O'Strée und Doris Krause sind mit Auszeichnung zu nennen. Der starke Erfolg des Dramas zwang den Verfasser nach mehreren Abschlüssen immer wieder, dankend vor die Rampe zu treten.

Vorort-Nachrichten.

Der heutige Dienstag ist der letzte Tag an dem die Gemeindewählerliste zu jedermanns Einsicht öffentlich anliegt. Wer der Pflicht, sich zu vergewissern ob er auch in der Liste verzeichnet, bisher nicht nachgekommen ist, tue dies heute noch.

Das Wahlrecht besitzt nur derjenige, der auch in der Liste steht!

Charlottenburg.

Städtische Kochschule in Charlottenburg. Zum Unterrichts in der Beschäftigung gesundheitlich und wirtschaftlich zweckmäßiger Nahrungsmittel.

Verantwortlicher Redakteur: Albert Wachs, Berlin. Für den

mittel verankert der Magistrat von Charlottenburg unter Nr. 111 liche Kochkurse. Die Kurse finden im Februar und März werktäglich von 8 Uhr abends ab in den Räumen von sechs Gemeindefrauen durch städtische Fortbildungsschullehrerinnen statt. Jede Kursistin erhält drei je durch eine Woche getrennte Abende. Jede Teilnehmerin erhält ein Buch mit Kochrezepten unentgeltlich (ausschließlich Kartoffeln, Fleisch und Gemüse) zum Selbstkostenpreis in der Küche angegeben. Die Speisen können an Ort und Stelle verzehrt oder nach Hause mitgenommen werden. Teilnehmerinnen sind auf mündlichen oder schriftlichen Antrag durch den Magistrat Stelle III (Nathans Berliner Straße 72/73, I., Obergeschloß, Zimmer 24) zu erhalten.

Die Stadterordnetenwahl am Sonntag brachte der Sozialdemokratie den Sieg in den beiden zur Neuwahl stehenden Bezirken. Im 3. Bezirk erhielt unser Genosse Hermann Scheel 2742 Stimmen. Obwohl kein Gegenkandidat aufgestellt war, wurden 53 gemüßigte Stimmen abgegeben. Für den Bezirker Wilhelm Ehrensd., der im 6. Bezirke kandidierte, stimmten 1438 Wähler, für den von den Gegnern aufgestellten Herrn Haal 758.

Necht enttäuscht mußten am Sonntag, den 27. Januar, eine große Anzahl Arbeiter und Arbeiterinnen wieder von dannen ziehen, die allmählich die Badeanstalt in der Dandelmännstraße besuchen. Die von der Arbeit kommenden hatten nicht damit gerechnet, daß am Sonntagabend zu Kaisers Geburtstag auch die Badeanstalt geschlossen war. An der Tür war zu lesen, daß die Anstalt Sonntagabend von 8 Uhr früh bis 9 Uhr nachmittags geöffnet sei. Erst als die Zahl der Einlassbegehrenden eine immer größerer wurde, dachte man daran, daß doch eigentlich Kaisers Geburtstag und die Badeanstalt deshalb geschlossen sei. Von einer Mitteilung der städtischen Behörden war den Wartenden nichts bekannt.

Neukölln.

Die byzantinische Kaserne, die die Mitteilung des Kaisers von der Genehmigung der Umwandlung des Namens Nizdorf in Neukölln bei den versammelten Kurpatrioten am Sonntagabend auslöste, scheint auch die beiden Ortsblätter ergriffen zu haben. In dieser Richtung muß man kommen, wenn man sich vergegenwärtigt, in welcher Breite die um die Kunst des lesenden Publikums kühnenden Blätter über die Kaisergeburtstagsfeier einiger Duzend Spießer berichten. Fast drängt sich die Vermutung auf, als suchten sich beide Blätter auf diesem Gebiete den Rang abzulaufen, dieselben Blätter, die, wenn es sich um wichtige die Arbeiterinteressen betreffende Vorgänge handelt, sich eine auffallende Reserve auferlegen. Ist schon tat die „Neuköllner“ — pardon „Neuköllner Zeitung“ so, als wären sie die Interessen ihrer Leser — nicht etwa die ihren — ganz anders zu vertreten wie ihr unliebbarer Konkurrent, das dem Herrn Glasemann gehörige „Nizdorfer“ — jetzige „Neuköllner Tageblatt“. Doch wer ein Freund von Geburtstagsberichten ist, der kann sich auch in diesem Blatt ganz gewissenhaft informieren.

Vielleicht hat die neugeborene „Neuköllner Zeitung“ mit ihrem wundervollen Festbericht die Kunst nach der Speckseite werfen wollen, um endlich das 11. Tausend Abonnenten voll zu machen. Daß das mit der demokratischen Logik sich immer gerechtfertigende Blatt durch eine solche gewissenhafte und den patriotischen Werten des Ortes schmeichelnde Berichterstattung den Reiz des „Neuköllner“ Tageblattes hervorzurufen muß, ist ohne Zweifel.

Uebrigens bemerken die Redaktionen beider Ortsblätter den denkwürdigen Tag in der Geschichte des Ortes, um zu betonen, daß nunmehr auch für sie die Pflicht erwachsen sei, ihrem Blatt einen neuen Namen zu geben. Und nachdem sie das getan, geloben sie, es auch für die Zukunft als ihr heiligstes Bestreben betrachten zu wollen, sich die Kunst der Bürgerschaft weiter zu erhalten. — Die armen Abonnenten.

Sonntag, den 4. Februar, nachmittags von 12-4 Uhr, findet die Gewerbeämterwahl der Arbeitnehmer am hiesigen Orte statt. Als Wähler gilt jeder am Ort Beschäftigte oder Wohnhafte gewerbliche Arbeiter, welcher am Tage der Wahl das 25. Lebensjahr vollendet. Die am Orte Beschäftigten Arbeiter haben sich von ihrem Arbeitgeber darüber eine Bescheinigung geben zu lassen und die hier Wohnhaften Wähler haben sich, genau wie in den Vorjahren, diese Bescheinigung von den zuständigen Polizeireviere in Laufe dieser Woche zu besorgen, dieselben werden dort kostenlos ausgestellt. Ohne Legitimation kann niemand wählen. Die Wahllokale wo ein jeder zu wählen hat, werden an den Anschlagtafeln sowie durch Anschlag in den Geschäften bekannt gegeben. Sollte auch, wegen der beendeten Reichstagswahlen, eine großzügige Agitation bisher nicht stattgefunden haben, so erwarten wir doch von den Parteigenossen, daß am Tage der Wahl ein jeder einzelne seinen Mann steht und sein Wahlrecht ausübt.

Berliner Gewerbeschäftigtenkommission.

Friedenau.

Welche Zeitungen die Eltern lesen, danach hat in der Knaben-Gemeinschaft (Altestraße) in Klasse IVa M eine Lehrerin Fräulein v. Rabenau ihre 9- bis 10-jährigen Jünger gefragt. Solche Bspiegler hat schon öfter sich bei Volksschulpädagogen gezeigt, so daß wiederholt im „Vorwärts“ darüber berichtet werden mußte. Die Proger können zur Begründung sich darauf berufen, daß ein Erzieher sich auch über die Umgebung seiner Jünger und über die von ihr ausgehenden Einflüsse unterrichten müsse. In der Bevölkerung, die für ihre Kinder auf die Volksschule angewiesen ist, wird mancher Vater und manche Mutter geneigt sein, noch andere Gründe zu vermuten. Wandern muß man sich, daß Schulpädagogen, die nach der Zeitungslektüre der Eltern forschen, nicht immer sich mit der bloßen Kenntnisnahme begnügen. Wenn sie lediglich über die in der Familie wirkenden Einflüsse sich belehren wollen, so haben sie doch wahrlich keinen Anlaß, hinterher noch ihre eigene Meinung über diese oder jene Zeitung ihren Meinen kundzutun. Auch Fräulein v. Rabenau hat, nachdem mehrere Schüler verschiedene Zeitungen — z. B. „Morgenpost“, „Voll-Anzeiger“, „Vorwärts“ — genannt hatten, sich nicht daran genügen lassen. Sie fügte eine Bemerkung hinzu, die dahin verstanden wurde, die Eltern sollten die „Morgenpost“ oder den „Voll-Anzeiger“ lesen. Ein Vater, der ein solches Verhalten einer Lehrerin als ungebührlich empfand, macht entsetzt und Mitteilung davon. In der Tat ist es ein furchtbarer Einfluß, Schulkinder zu sagen, welche Zeitung die Eltern lesen sollen. Es ist möglich, daß Fräulein von Rabenau antwortete, sie sei nicht verständlich worden. Auch dann wird die ihr vorgelegte Dienstbehörde gut daran tun, sie zu belehren, daß im Interesse der Schule sie sich aller Bemerkungen über die Zeitungslektüre der Eltern zu enthalten hat.

Wilmerdorf.

Ein schwerer Unfall hat sich hier beim Untergrundbahnbau zugezogen. In dem sich unter dem Wittenbergerplatz entlang ziehenden Bahntunnel war Sonntagabend nachmittags gegen 4 Uhr der 21-jährige Monteur Hermann Böhm aus der Anobelsdorffstraße in Charlottenburg mit der Fertigstellung der Verankerungsanlage beschäftigt. Infolge einer plötzlichen seitlichen Bewegung stürzte er von der Leiter herab und zog sich einen Bruch des rechten Armes und beider Oberextremitäten sowie schwere innere Verletzungen zu. Der Verunglückte wurde in besinnungslosem Zustande nach dem Krankenhaus Westend gebracht.

Ober-Schöneeweide.

Wegen schlechter Behandlung hat, wie man uns mitteilt, die Waisenverwaltung den Waisenmutteroffizier 47 wohnhaften Papenfischen Eheleuten das dort befindliche Waisenpflanzgut entzogen.

Inseratenteil verantw.: Th. Wiese, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts

Weihensee.

Der Kartoffelverkauf durch die Gemeinde ist vor Weihnachten vorläufig eingestellt worden, da der Absatz immer weiter zurückging. Als Hauptabnehmer sollen die im alten Ortsteil wohnenden Einwohner in Frage gekommen sein, was erklärlich erscheint, da die Verkaufsstelle sich am Industriebahnhof befand. Weitere Verbindungen zu Kartoffelabnehmern konnten der Räte wegen nicht geführt werden, jedoch ist das Postfachamt beauftragt worden, neue Abschlüsse zu treffen, damit beim Eintreten gelinden Wetters der Verkauf wieder aufgenommen werden kann. Die Preise für Kartoffeln sind so beträchtlich in die Höhe gegangen, daß der Zentner unter 4,50 M. nicht zu haben ist, während man vor Weihnachten noch den Zentner für 3,35 M. abgeben konnte. Der Fischverkauf wird gänzlich eingestellt, da der Absatz angeblich zu gering war.

Zeugengefuch. Personen, die gesehen haben, wie am Freitag, den 19. Januar, abends 8 Uhr, vor dem Hause Streustr. 2 ein Mann infolge der Glätte hinfiel und den rechten Fuß brach, werden gebeten, ihre Adresse an Franz Schulze, Streustr. 15, Aufg. III, gelangen zu lassen.

Friedrichshagen.

Die Gemeindewählerliste weist in der 1. Abteilung 58 Wähler (1008 47 Wähler), in der 2. Abteilung 578 (553) Wähler und in der 3. Abteilung 2736 (2691) Wähler auf. Der höchste Steuerzahler in der 1. Abteilung ist die Stadt Berlin mit einem Steuerbetrage von 62 445,00 M. Die 1. Abteilung schließt mit einem Steuerbetrage von 935,40 M., die 2. Abteilung mit 108,40 M. Bei der im März stattfindenden Wahl wird über den ganzen Ort gewählt.

Spandau.

Stadterordnetenversammlung. Eine Reihe von Spezialersatz waren der Versammlung zur Genehmigung vorgelegt, von denen aber nur ein geringer Teil erledigt werden konnte. Der Schuletat schließt ab in Einnahme und Ausgabe mit 1 336 055,90 M. gegen 1 249 135,95 M. im Vorjahre. Da in diesem Jahre die Oberrealschule fertig ausgebaut sein wird (Michaelis 1912 wird die Oberprima eröffnet), so sind die Ausgaben derartig gestiegen, daß man mit dem jetzigen Schulgeld nicht mehr auskommen glaubt, zumal auch die Stadt trotz des erhöhten Schulgeldes für jeden Schüler der Realschule noch einen Zuschuß von 126,27 M. zu leisten hat. Es werden jetzt folgende Schulgebühren vorgeschlagen: Vorschule 100 M. (früher 80 M.), Sexta bis Untersekunda 120 M. (früher 100 M.), Obersekunda bis Oberprima 140 M. (früher 100 M.). Auch bei der höheren Mädchenschule sind erhöhte Schulgebühren vorgeschlagen und zwar 10. bis 8. Klasse 100 M. (früher 84 M.), 7. bis 1. Klasse 120 M. (früher 100 M.). Interessant ist eine Zusammenstellung über die städtischen Zuschüsse pro Schüler und Jahr.

In der Debatte sprachen verschiedene Stadterordnete gegen die Erhöhung der Schulgebühren. Auch unsere Genossen ließen durch den Genossen Piek erklären, daß sie gegen die Erhöhung stimmen würden, und schlugen vor, das Schulgeld auch für die gehobenen Schulen ganz fallen zu lassen, damit jeder befähigte Schüler in der Lage ist, die gehobenen Schulen besuchen zu können, oder aber, man möge die Vorschule fallen lassen. Die Magistratsvertreter und auch einige Stadterordnete wiesen auf die schlechte Finanzlage der Stadt hin und erwiderten die Stadterordneten mit einer Erhöhung der Kommunalzuschläge. Oberbürgermeister Koelge ging sogar so weit, zu bedauern, daß nicht auch für die Gemeindefschulen Schulgeld erhoben werden dürfte. Wenn es möglich wäre, das Schulgeld da wieder einzuführen, böte er als erster seine Hand dazu. Die Versammlung stimmte schließlich für die Erhöhung des Schulgeldes. Bei der weiteren Debatte über den Schuletat beantragte Genosse Pieper, in jedes neue Schulhaus ein Brannebad einzubauen. Ferner sollte die Jubiläumshalle, die von dem Gelde sämtlicher Steuerzahler erbaut ist, sowie die übrigen städtischen Turnhallen auch der freien Turnerschaft zur Verfügung gestellt werden. Weiter hat Redner festzustellen, wie viel Kinder morgens in die Schule kommen, ohne ein warmes Frühstück genossen zu haben. Die Jugendpflege, wie sie jetzt geübt werde, sehe es nur auf militärischen Drill ab. Vor allem sollten von den Kindern dazu keine Beiträge erhoben werden. Redner ersuchte um Annahme der Anträge. Die 1100 sozialdemokratischen Wähler in Spandau würden sicher damit einverstanden sein, wenn dieselben abgelehnt würden. Trotz dieses Hinweis und trotzdem sich die Genossen Piek und Veiler für die Anträge einlegten, lehnte die Versammlung sowohl den Einbau der Brannebäder wie die Freigabe der Turnhallen an die freie Turnerschaft ab. Gegen diese Anträge stimmten auch sämtliche ungewählten Stadterordneten, die wieder einmal zeigten, daß sie bei wichtigen Arbeiterfragen versagen und denen der Stadterordnete Piek mit Recht zurief: „Nette Arbeitervertreter.“ Angenommen wurde die Vornahme von Erhebungen über warmes Frühstück und ein Antrag des Dr. Baumert, Brannebäder in die Turnhallen einzurichten. Im übrigen wurde der Etat unverändert angenommen. — Der Hausetat wurde nach längerer Debatte mit 215 062 M. festgelegt. Der städtische Zuschuß beträgt 108 000,43 M. Es ist gleichzeitig beabsichtigt, um die städtischen Zuschüsse herabzumindern, hauseigene Gebäude des Hafens zu verkaufen. — Der Elektrizitätskassen-Etat schließt in Einnahme und Ausgabe mit 420 900 M. ab und wird in dieser Höhe festgelegt. — Der Forstkaassen-Etat zeigt eine Einnahme von 65 412 M. und eine Ausgabe von 44 267,50 M., jedoch ein Ueberschuß von 21 144,50 M. verbleibt. Er wurde nach längerer Debatte genehmigt. — Ein dringlicher Antrag betreffend die Wahl von Bürgerdeputierten in die Deputationen wurde einer gemeinsamen Kommission überwiegen. — Das Ortsstatut über die Sonntagstruhe im Handelsgewerbe soll dahin abgeändert werden, daß die Handelsgeschäfte im Sommer Sonntags nur in der Zeit von 1/2 bis 1/10 Uhr, im Winter von 1/2 bis 1/2 Uhr geöffnet sein dürfen. Auf den Handel mit Nahrungsmitteln und Gewürzen sowie mit Blumen soll diese Einschränkung keine Anwendung finden. Genosse Piek hatte vollständige Sonntagstruhe der Angestellten beantragt. Der Antrag wurde abgelehnt und die Magistratsvorlage angenommen. Die übrigen Anträge wurden vertagt.

Potsdam.

Ein Tag der Erinnerung für die Arbeiterbewegung wird die Versammlung auf dem Grundstücken des Volkereichthüters Knud am vergangenen Sonntag bleiben. Reichstagsabgeordneter Dr. Liebknecht sprach vor etwa 3500 Personen, die trotz des Schneestäubers mit Begeisterung seinen Ausführungen lauschten. Man hat, so fährt Redner u. a. aus, gegen uns gekämpft in einer Weise, die ohne gleichen dasteht. In Potsdam am hat man der Arbeiterpartei den einzigen Versammlungssaal vor der Wahl abgetrieben. Es sind aber trotz der Winterzeit in Potsdam unter freiem Himmel Versammlungen zustande gekommen, die sonst niemals möglich wären. Potsdam, die Stadt der Beamten, Rentiers und Offizieranten, hat sich in diesem Wahlkampfe überaus glänzend geschlagen. In der Hauptwahl Abgang der konservativen Stimmen und Zunahme der Stimmen der Sozialdemokratie, die damit zur stärksten Partei in Potsdam geworden ist. In der Stichwahl über die Sozialdemokratie nur um 700 Stimmen hinter dem konservativen Kandidaten, dem Oberbürgermeister der Stadt, zurück. Nun heißt es weiter arbeiten. Stärkung der politischen und gewerkschaftlichen Organisation, Vermehrung der Abonnenten auf die Parteipresse: das ist unsere nächste Aufgabe. Diese mit lebhaftem Beifall aufgenommenen Aufforderungen wird bei den nächsten Versammlungen Teilnehmern wohl nicht ohne Erfolg geblieben sein.

Feie- und Diskussionsklub „Wilhelm Liebknecht“. Sitzung: Dienstag, den 30. Januar, abends 8 1/2 Uhr, bei Eichhorn, Dantziger Straße 3/61. Tagesordnung: Vortrag. — Gölle willkommen.

Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW.